

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

3 | **2016** € 5,50



Kommen & Bleiben

Integration in Deutschland

Lale Akgün | Alan Posener | Roger
Liddle · Florian Ranft | Herfried Münkler |
Jürgen Kocka | Thomas Meyer | Cornelia
Schu | Erhard Eppler | Judith Klein u.a.

Europa am Abgrund? Eine zu dramatische Diagnose. Nicht übertrieben ist aber der Befund, dass die Europäische Union im Begriff ist, ihren Charakter zu verändern – nicht zum Besseren. Und Risse verbreiten sich im Fundament. Dass schon der Vertrag von Amsterdam 1997 die Flüchtlings- und Asylpolitik zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt hat, bekümmert angesichts der großen und immer noch unbeherrschten Herausforderung der gegenwärtigen Flüchtlingsbewegung nur noch wenige Mitgliedsländer. Dabei ist dies doch der Augenblick der Bewährung. Wenn an dieser Wegkreuzung eine größere Gruppe wichtiger Mitgliedsländer, zumal der osteuropäische Kern, in die falsche Richtung abbiegt – zurück zur Illusion des homogenen Volkes und der Illusion des sicheren Nationalstaats – rückt auch die Überwindung der anderen großen Krisen, vorweg die unbewältigte des Euro, in weite Ferne. Schlechte Aussichten.



Selbstkritisch ist allerdings zu vermerken, dass in der Flüchtlingskrise Deutschland seiner Führungsrolle nicht gerecht geworden ist und immer noch dabei ist, den Kredit zu schmälern, den ihre wirksame Ausübung verlangt. Eine Veränderung dieser Größenordnung erfordert nämlich unbedingt eine gründliche Debatte und Abstimmung mit allen Betroffenen, bevor zur Tat geschritten wird. Das gilt für beide Seiten: die europäischen Partner und die Bürger/innen im eigenen Land. Das alte Rezept der Kanzlerin, sich selbst als Vertrauensikone zu inszenieren und dann in der Hoffnung auf geschlossene Gefolgschaft eine Politik des ergebnisoffenen Durchwurstelns (»auf Sicht fahren«) zu praktizieren, funktioniert bei diesem Thema nicht. Wahrscheinlich braucht ein neuer Ansatz zur Europäisierung in der Flüchtlings- und Integrationspolitik zunächst ein überall zu hörendes Signal der Kanzlerin, dass die Grenzöffnung vom letzten September in dieser Form eine einmalige Nothilfe war und künftig das europäische Tor in erster Linie für Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte offen bleibt, wer in Europa aber Arbeit sucht, sich um geregelte Einwanderung bewerben muss (und dieser Kanal muss dann auch ganz schnell funktionsfähig gemacht werden).

Wie wir die Integration der schon Angekommenen schaffen können, was sie voraussetzt und was ihre Ziele sein sollten, steht in den Beiträgen zu dieser Debatte, dieses Mal mit besonders großer Spannweite. Ja, auch viele Probleme sind zu erwarten – aber die Vorteile für alle können überwiegen. Freilich nur, wenn jetzt gleich die nötigen Anstrengungen und zu erwartenden Kosten beim Namen genannt werden und die immer noch große Hilfsbereitschaft auf realistischer Grundlage für Integration nutzbar gemacht wird. Andernfalls könnten die Angstmacher triumphieren.

Thomas Meyer



Folgen Sie uns auf: www.facebook.com/NeueGesellschaftFrankfurterHefte

Übrigens: Die NG/FH können Sie auch digital lesen, im Browser oder als App: für PC/Mac, Smartphone und Tablet.

1 Editorial

Zur Sache

5 Alan Posener
Religion – ein Integrationshindernis?

Aktuelles

9 Roger Liddle / Florian Ranft
Warum Großbritannien und die EU am Scheideweg stehen

Integration in Deutschland

12 Herfried Münkler
Über einen Masterplan für Integration

14 Jürgen Kocka
Ein neuer deutscher Sonderweg

17 Cornelia Schu
Integration muss als Teilhabe verstanden werden

21 Armin Pfahl-Traugher
Kulturpluralismus statt Multikulturalismus

26 Lale Akgün
Der Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft

29 Martin Kronauer
Was die Wohnsituation für eine gelungene Integration (nicht) leisten kann

33 Tobias Moorstedt
Die Flüchtlingsfrage und die Mobilisierungskraft der neuen Medien

37 Thomas Meyer
Integration – das unbekannte Wesen

Sozialdemokratie. Eine Debatte

40 Gespräch mit Erhard Eppler
*»Ein Politiker hat kein Recht
auf eine Karriere«*

47 Johano Strasser
Sozialismus revisited

online/offline

52 Aleksandra Sowa
Anonymität im Netz

Kultur und Kritik

55 Judith Klein
*Begriff und Praxis der französischen
Aufnahmepolitik*

60 Rudolf Walther
*Vom sinnvollen Wirken eines
Geheimdienstes*

62 Carl Wilhelm Macke
*Zum 100. Geburtstag von
Giorgio Bassani*

64 Wolf Scheller
*Erinnerung an einen Besuch bei
Stanislaw Lem*

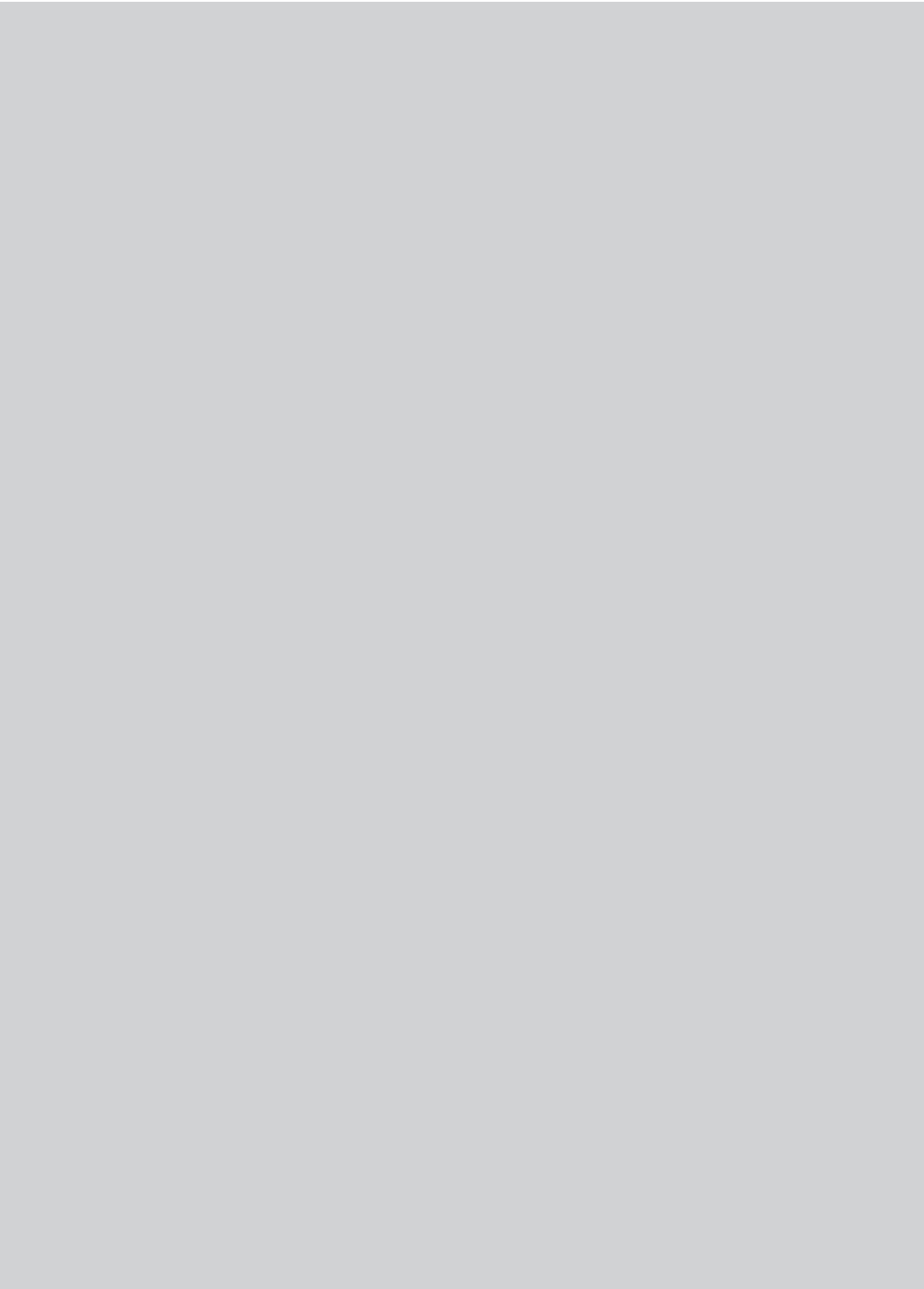
66 Ulrich Baron
Drogenkriege gestern und heute

69 Peter Brandt
Die Erinnerungen von Erhard Eppler

73 Karsten Rudolph
*Der Umgang der SPD mit den
Hypothesen des »Dritten Reiches«*

76 Dietmar Herz
*Der politische Intellektuelle
Peter Glotz*

80 Impressum



Alan Posener

Religion – ein Integrationshindernis?

Die Einwanderer gelten als unzivilisiert. Statt sich Chancen in der neuen Heimat zu erarbeiten, bilden sie Parallelgesellschaften. Die Männer, so heißt es, seien oft arbeitsscheu, auf die Wohlfahrt angewiesen und in der Verbrecherstatistik überdurchschnittlich stark vertreten. Die Frauen, ungebildet und erniedrigt, bekommen überdurchschnittlich viele Kinder, was der Elite Angst macht. Schlimmer als die soziale Misere ist für die Mehrheitsgesellschaft die Tatsache, dass diese Einwanderer einer Religion anhängen, die sich dem Kampf gegen die Moderne und die Demokratie verschrieben hat und die Gläubigen in ihrer Rückständigkeit bestärkt. Die Rede ist natürlich von den irischen Einwanderern in den USA und der katholischen Kirche. Wenn wir uns heute fragen, ob der Islam ein Hindernis für die Integration ist, können die Erfahrungen der Katholiken in den USA – bei allen Unterschieden – lehrreich sein.

Ob der Katholizismus die Integration der Iren und der Italiener im 19., der Polen im 20. und der Hispanics im 21. Jahrhundert behinderte und behindert, ist heute, wo die Katholiken die größte Einzelkonfession der USA bilden und weiße Protestanten zum ersten Mal in der Geschichte in der Minderheit sind, immer noch umstritten. Erst Mitte des 20. Jahrhunderts wurde mit dem Wahlsieg des irischstämmigen John F. Kennedy die Frage geklärt, ob ein Katholik Präsident dieses von einer angelsächsisch-protestantischen Elite gegründeten Landes sein könne, ob also der Katholizismus wirklich zu Amerika gehöre.

Das leugnete etwa der Freimaurer Elmer E. Rodgers bei einer Anhörung vor dem Repräsentantenhaus 1947. Die amerikanischen Katholiken würden vom Vatikan gesteuert, sagte er, dem es darum gehe, »unsere Freiheiten zu zerstören und ihre Theokratie als Weltregierung weiter auszudehnen«. 13 Jahre später wurde Kennedy nicht nur von Spinnern verdächtigt, nicht der Kandidat der Demokraten, sondern des Vatikans zu sein. Ramsey Pollard, Präsident der »Southern Baptist Convention«, wollte »nicht schweigen, wenn sich ein von der katholischen Kirche kontrollierter Mann um die Präsidentschaft bewirbt«. Die »National Association of Evangelicals«, die 34 verschiedene Einzelkirchen vertrat, bezweifelte, dass ein katholischer Präsident »dem Druck der Kirchenhierarchie« widerstehen könne oder wolle. Auch der »American Council of Christian Churches« verabschiedete eine Resolution gegen Kennedy.

»Es gibt einen alten Spruch in Boston«, sagte Kennedy 1947: »Unsere Religion kriegen wir aus Rom, unsere Politik von hier.« Das hat natürlich schon damals nicht gestimmt. Dass sein Vater Joseph Kennedy Antisemit und Anhänger der Appeasement-Politik gewesen war, hatte mit der Politik von Papst Pius XII. zu tun. Unter dem Einfluss der katholischen Soziallehre begann John F. Kennedy seine politische Karriere als Konservativer; auch sein Flirt mit dem McCarthyismus hat mit seinem Katholizismus zu tun. Als Antwort auf seine protestantischen Kritiker stellte Kennedy 1960 jedoch die Verfassung über die Religion: »Welcher Religion einer auch immer in seinem Privatleben anhängen mag, für den Amtsinhaber geht nichts über seinen Eid, die Verfassung in allen ihren Teilen zu schützen – einschließlich des ersten Verfassungszusatzes« (der die Einrichtung einer Staatsreligion verbietet und gleichzeitig die freie Religionsausübung garantiert, A.P.) »und der strikten Trennung von Kirche und Staat«. Dazu schrieb die Wochenzeitschrift der Jesuiten: »Mr. Kennedy glaubt nicht wirklich daran. Kein religiöser Mensch, sei er Katholik, Protestant oder Jude, hat eine solche Meinung.« Richtig.

*Jede abrahamistische
Religion hat einen
nicht-integrierbaren
Kern*

Wir berühren hier nämlich einen Kernpunkt der Diskussion um das Verhältnis von Religion und Staat und damit von Religion und Integration; einen Bereich, der vielen nichtreligiösen Menschen – zu denen ich mich zähle – verschlossen bleibt, weshalb sie darauf mit Unverständnis und Ärger reagieren. Es geht um die Forderung, »Gott mehr zu dienen als den Menschen«, wie es Papst Benedikt XVI. formulierte. Diese Forderung ist einerseits in unsere Kultur eingeschrieben. Wir feiern den Ungehorsam der Antigone, den Aufstand der Juden gegen Rom, das Martyrium der frühen Christen und den christlichen Widerstand gegen Hitler. Aber wir neigen andererseits dazu, diesen Widerstand politisch misszuverstehen und zu werten. Martin Niemöller und Clemens August von Galen bewundern wir als Gegner des Nationalsozialismus; die christlichen Widersacher der Revolutionen in Frankreich, Russland oder China oder der sowjetischen Unterwerfung Osteuropas weniger. Schon gar nicht begreifen wir Symbole wie das muslimische Kopftuch und dergleichen als Ausdruck eines legitimen religiösen Vorbehalts gegen bloß menschliche Satzungen, und seien sie noch so demokratisch zustandegekommen. Auch bei der Frage der Beschneidung, wo das Recht auf freie Religionsausübung mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit kollidiert, wurde und wird deutlich: Jede abrahamistische Religion – im Gegensatz zu den Staatsreligionen der Antike – hat einen nicht-integrierbaren Kern.

Bleiben wir doch kurz bei den amerikanischen Katholiken. Noch im 21. Jahrhundert verlangt Samuel P. Huntington, der den Begriff »Kampf der Kulturen« geprägt hat, in seinem Buch *Who We Are* von katholischen Einwanderern in die USA – er meint die Hispanics aus Lateinamerika – »totale Assimilation« an die »anglo-protestantische Gesellschaft« als Voraussetzung des Bürgerrechts. Denn die amerikanische Demokratie sei mehr als bloß Regeln und Gesetze; sie setze eine bestimmte Auffassung vom Individuum, seiner Selbstverantwortung und Selbstbestimmung voraus, ganz zu schweigen von der Arbeitsmoral und Disziplin, die zutiefst im Geist des Protestantismus verankert, aber der katholischen Kultur fremd seien.

Die Frage der Integration, so verstanden, wird zur Lenin'schen Frage »Wer – wen?«. Wer integriert, wer wird integriert? Kann die Mehrheit die totale Assimilation der Minderheit verlangen? Und tut sie das nicht, kann sie dann realistisch erwarten, dass sie selbst und die von ihr geprägte Gesellschaft unverändert bleiben? Die jüngere Geschichte legt einige Antworten nahe. So hat sich keine Gruppe stärker, ja bis zur Selbstverleugnung assimiliert als es die deutschen Juden nach der Emanzipation taten. Eigentlich waren sie unsichtbar. Und gerade dadurch zogen sie das Misstrauen und den Hass der Mehrheitsgesellschaft auf sich. So beschreibt Adolf Hitler seine Konversion zum Antisemiten: »Als ich einmal so durch die innere Stadt strich, stieß ich plötzlich auf eine Erscheinung in langem Kaftan mit schwarzen Locken. Ist dies auch ein Jude? war mein erster Gedanke. So sahen sie freilich in Linz nicht aus.« Dort nämlich hatte sich »im Laufe der Jahrhunderte ihr Äußeres europäisiert und war menschlich geworden; ja, ich hielt sie sogar für Deutsche«. Hitler »beobachtete den Mann verstohlen und vorsichtig, allein je länger ich in dieses fremde Gesicht starrte und forschend Zug um Zug prüfte, umso mehr wandelte sich in meinem Gehirn die erste Frage zu einer anderen Frage: Ist dies auch ein Deutscher? Wo immer ich ging, sah ich nun Juden, und je mehr ich sah, umso schärfer sonderten sie sich für das Auge von den anderen Menschen ab.«

Gewiss, Hitler spricht hier von Rasse, nicht Religion. Jedoch dürften viele Menschen in Deutschland die Erfahrung gemacht haben, dass sie vor 9/11 für ihre Umwelt

Türken, Iraker oder Iraner gewesen seien, danach aber zu Muslimen mutierten. Osama bin Laden wurde für viele Deutsche das, was der »Kaftanjude« für Hitler war – die Gestalt, die ihnen den fremden Blick, den Blick auf den Anderen als Fremden aufdrängte. Bald schossen »Islam-Experten« aus dem Boden, die nachwiesen, dass der Koran mit der Moderne unvereinbar sei, dass dem Islam eine Reformation fehle und so weiter. Ist also der Islam ein Hindernis für die Integration? Insofern er von einem nicht unbedeutenden Teil der Mehrheitsgesellschaft so gesehen wird: auf jeden Fall.

Es ist auch kein Zufall, dass zwar die Aktivisten gegen die »Islamisierung des Abendlandes« eher von rechts kommen, obwohl im Osten viele ehemalige Anhänger der Linkspartei darunter sind, dass aber das einflussreichste Buch gegen die Zuwanderung von einem Sozialdemokraten geschrieben wurde. Thilo Sarrazin bemühte zwar krude Theorien, um seine eugenische Vision eines Siegs der blonden Akademikerinnen im Gebärwettstreit mit den dunkelhaarigen Gemüsehändlerfrauen zu unterfüttern. Aber es ist klar, dass die soziale Basis des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats eigentlich die religiös indifferente, aber restprotestantische Gesellschaft Nordeuropas ist. Schon in Bayern funktioniert das nicht. Es ist ebenso wenig Zufall, dass die CDU am klügsten mit den Muslimen umgeht, die sie weder – wie die SPD und DIE GRÜNEN – als Objekte der Fürsorge und des *social engineering* betrachtet, noch – wie die FDP etwa – abstrakt als Staatsbürger, und schon gar nicht wie die AfD als Bedrohung, sondern als Gruppe, deren Religiosität, wie es mit dem Christentum in der Bundesrepublik geschah, für Gesellschaft und Staat nutzbar gemacht werden kann.

Sarrazin ist eigentlich Nachfolger des »weißen Revolutionärs« Bismarck, dessen verheerender »Kulturkampf« gegen die katholische Kirche die deutschen Demokraten um Jahrzehnte zurückwarf und ein Misstrauen der deutschen Katholiken gegen das Reich begründete, das noch Hitlers Aufstieg begünstigte und im bayerischen Poltern gegen Berlin als Farce fortlebt. Katholiken vergessen überdies nicht, wie sie als Flüchtlinge aus dem Osten nach 1945 in protestantischen Gegenden mit offener Feindschaft empfangen wurden. Noch 1964 stellte der Protestant Georg Picht »das katholische Mädchen vom Lande« als Verkörperung der »deutschen Bildungskatastrophe« dar.

Kein Wunder, dass Sarrazin von Muslimen Zuspruch erhielt, die Bewunderer des »weißen Revolutionärs« Kemal Atatürk sind. Von Bismarck beeinflusst, wollte der »Vater der Türken« das Türkentum und den Nationalismus anstelle religiöser Loyalitäten – den Staat anstelle der Moschee – setzen. In der ganzen muslimischen Welt machte er Schule. Freilich ist das Konzept gescheitert; in Syrien wird gerade der letzte blutige Akt dieses Dramas gespielt. Das Versagen des Kemalismus, Panarabismus, Baathismus und so weiter hat aber erst den Aufstieg des politischen Islam hervorgerufen.

Noch einmal also: Ist die Religion ein Hindernis für die Integration? Ja, wenn unter Integration schlicht An- und Einpassung gemeint ist; wenn die Vision der multikulturellen Gesellschaft sich erschöpft in der Vorstellung, alles solle wie früher unter Helmut Schmidt sein, nur mit Döner. Die massenhafte Einwanderung von Muslimen verändert die deutsche Gesellschaft, und wer das nicht will, sollte ehrlich genug sein, gegen Zuwanderung zu sein, und nicht mehr Mittel für die Integration fordern. Noch so viele zusätzliche Sozialarbeiter, Lehrer, Polizisten etc., so notwendig sie sind, werden die kulturell-religiösen Prägungen von Jahrhunderten nicht in wenigen Jahren aus den Köpfen kriegen. Und wer die geistig-moralischen Verheerungen betrachtet, die der von den Kommunisten geführte Kulturkampf in der DDR hinterlassen hat, kann das auch nicht wollen. Das dauert; das ist ein Prozess, bei dem sich beide Seiten verändern; und der Ausgang ist offen.

In seinem Roman *Unterwerfung* beschreibt Michel Houellebecq eine mögliche Folge der Einwanderung: die Entstehung einer Partei des politischen Islam, deren Eintreten in die Regierung und die allmähliche Islamisierung der Gesellschaft. Das Buch ist zu Unrecht als Warnung gelesen worden. Houellebecq sieht den Islam ähnlich, wie manche Intellektuelle den Katholizismus um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert sahen: als Alternative zu einer als geistlos, materialistisch, oberflächlich, sexbesessen und würdelos empfundenen kapitalistischen Gesellschaft; und in seinem Roman unterwerfen sich die Menschen freiwillig der süßen Verführung der Religion. Ist das ein mögliches Szenario? Ja.

Die Gesellschaft bewegt sich – auch ohne Zuwanderung übrigens – nicht automatisch auf jenen sedierte Zustand zu, den Nietzsche als »die letzten Menschen« bezeichnete und Francis Fukuyama als das »Ende der Geschichte«. Auf die libertäre und religiös indifferente Gesellschaft des 18. Jahrhunderts folgte in England der frühe und protestantisch geprägte Viktorianismus; das war vielleicht der Preis für die Industrialisierung und den sozialen Fortschritt, das Korsett, das die Gesellschaft brauchte, um nicht an ihren Fliehkräften zugrunde zu gehen. In der Bundesrepublik war die Nachkriegszeit geprägt von reuiger Rückkehr zur Religion nach der Libertinage von Weimar und dem mörderischen Paganismus des Nationalsozialismus; unter dem Deckmantel dieser »Restauration« trieb Adenauer die Modernisierung voran. In Lateinamerika, wo Nationalismus und Marxismus krachend gescheitert sind und die katholische Kirche durch ihre Verbindung zu den korrupten Eliten diskreditiert ist, setzen viele Aufsteiger auf evangelikale Kirchen nordamerikanischer Prägung mit ihrer Botschaft der Hilfe zur Selbsthilfe und des Lohns der Tüchtigen schon im Diesseits. In der Türkei, Teilen Afrikas und Amerikas und zunehmend auch in Europa erfüllt die Gülen-Bewegung für aufstiegsorientierte Muslime eine ähnliche Funktion.

Kommen wir zum Schluss auf die katholische Erfahrung in den USA zurück. Ende des 19. Jahrhunderts entstand dort eine Häresie, der »Amerikanismus«, gegen den Papst Leo XIII. eine Enzyklika richtete. Es handelte sich in der Tat um eine Amerikanisierung des Katholizismus: die Betonung der Arbeit, der guten Werke, der Selbsterziehung und Selbstverbesserung. Der Papst mochte dagegen wettern, aber Aufsteiger wie die Kennedys haben den Amerikanismus internalisiert. Er entsprach ihren Bedürfnissen, eine neue Form der alten Religion für eine neue Welt. Wir dürfen auf den »Europäismus« im Islam gespannt sein, und auf die islamischen Kennedys, die er hervorbringen wird.



Alan Posener

ist Korrespondent für Politik und Gesellschaft bei der Welt-Gruppe. Zuletzt erschien bei Rowohlt: *John F. Kennedy: Biographie* (2013).

alan.posener@wams.de

Roger Liddle / Florian Ranft

Beziehungsstatus: kompliziert

Warum Großbritannien und die EU am Scheideweg stehen

Am 23. Juni wird Großbritannien darüber abstimmen, ob es weiterhin Mitglied der EU bleiben wird. Der britische Premier hat nach den erfolgreichen Verhandlungen auf dem EU-Gipfel im Februar den britischen Sonderstatus gefestigt und kehrte mit einem kleinen Reformpaket in der Tasche nach London zurück. Dies beinhaltet eine vierjährige Sperrfrist für den Zugang zu bestimmten Sozialleistungen für Zuwanderer aus der EU, eine Garantie auf Mitsprache bei Entscheidungen der Euro-Gruppe, die London betreffen könnten, und die endgültige Verabschiedung der Briten von einer tieferen Integration Europas.

In den Analysen zum EU-Gipfel wird viel vom Schicksal geschrieben. Die Zukunft David Camerons, Großbritanniens, ja gar Europas, stehe auf dem Spiel, denn trotz der Einigung mit den EU-Regierungschefs bleibt der Ausgang des Referendums vollkommen offen. Derzeit liegen Befürworter und Gegner in den Umfragen gleichauf, wobei sich etwa ein Fünftel der Bevölkerung noch nicht festgelegt hat. Daran werden die erzielten Kompromisse kaum etwas ändern. Wie konnte David Cameron Großbritannien und die EU in diese missliche Lage manövrieren und wo liegen die Gefahren eines möglichen Austritts?

Ursprünglich wollte David Cameron nie ein Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft abhalten. Die Analysen der verlorenen Wahlen – 1997, 2001 und 2005 – lieferten eine wichtige Erkenntnis: Die Tories hatten verloren, weil sie Europa zu sehr in den Mittelpunkt rückten. Kurz nach seiner Wahl zum Parteichef im Dezember 2005 stellte Cameron in einer Schlüsselrede unmissverständlich klar: »Statt über die Dinge zu reden, die den meisten Menschen am wichtigsten sind, haben wir darüber geredet, was uns am wichtigsten ist. Während Eltern sich um ihre Kinder sorgten, um Schule, um die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, sind wir auf Europa herumgeritten.«

Seit die Konservativen 1997 in die Opposition gegangen waren, hatten sie die Ratifizierung aller vier europäischen Verträge abgelehnt, welche die Labour-Regierung unterzeichnet hatte. Unter einer konservativen Regierung, so verkündeten sie, werde Großbritannien »niemals« dem Euro beitreten. Als Cameron Parteichef wurde, galt er nicht gerade als Europafreund. Er war in den 80er Jahren zu Zeiten von Margaret Thatchers ausgesprochener EU-Skepsis in die Parteizentrale der Tories gekommen. Später war er Berater von Norman Lamont und Michael Howard, zwei führenden Euroskeptikern. Trotzdem fällt es schwer zu glauben, dass ein Politiker mit einer grundlegend konservativen Gesinnung wie Cameron als derjenige in die Geschichte eingehen will, der beim EU-Austritt Großbritanniens federführend mitgewirkt hat. Allerdings ist Cameron den Europagegnern in seiner Partei nie entschieden genug entgegengetreten. Das hat er nun als Premierminister teuer bezahlen müssen.

Die Eurozonenkrisen 2010/2011 brachte die europäische Frage mit voller Wucht in die britische und insbesondere die konservative Politik zurück. Viele Konservative hofften insgeheim, dass der Euro scheitert: Schatzkanzler George Osborne trat diesen innerparteilichen Stimmungen entgegen, indem er argumentierte, dass mehr Integration für ein Überleben der Eurozone notwendig sei. Großbritannien könne diese Gelegenheit nutzen, für seine EU-Mitgliedschaft ein »neues, loserer Verhältnis« auszuhandeln.

Dies führte im Oktober 2011 zu einer Abstimmung im Unterhaus, in der mehr als 100 konservative Hinterbänkler ein EU-Referendum forderten. Cameron wurde somit gezwungen, eine Volksabstimmung über die britische EU-Mitgliedschaft bis Ende 2017 in Aussicht zu stellen. In seiner Bloomberg-Rede im Januar 2013 führte er Argumente für eine EU-Reform an, die viele Menschen in Europa, insbesondere im Mitte-Rechts-Spektrum, in der Wirtschaft und in den nördlichen Mitgliedstaaten, durchaus überzeugten.

Politischer Druck von rechts Aber es kam anders. Anstatt institutioneller Reformen rückte die Einwanderung als politisches Thema in den Vordergrund und bescherte der UK Independence Party massiven Zulauf. Dieser gipfelte darin, dass die UKIP aus der Europawahl im Mai 2014 als stärkste britische Partei hervorging. Der populistische UKIP-Chef Nigel Farage verknüpfte die Frage der Einwanderung explizit mit der EU-Mitgliedschaft und behauptete, Großbritannien werde, solange es in der EU bleibe, seine eigenen Grenzen nie wieder in den Griff bekommen. Cameron sah sich aufgrund des politischen Drucks von rechts gezwungen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die Agenda der Nachverhandlungen zu nehmen. Im Dezember 2014 legte er ein Maßnahmenpaket vor, welches auch die Begrenzung von Sozialhilfeleistungen für arbeitende Migranten aus der EU beinhaltet.

Die Mehrheit der Briten unterstützt die EU nicht fanatisch. Man hegt Misstrauen gegenüber der EU, ganz im Gegenteil zur politischen Klasse, die oft weniger euroskeptisch ist als sie es vorgibt. In den drei Jahren vor der Parlamentswahl im Mai 2015 verbesserte sich die öffentliche Meinung zur britischen EU-Mitgliedschaft in den Umfragen. Die Zahlen unterschieden sich je nach Umfrageinstitut, doch ein pro-europäischer Trend war erkennbar. Die Flüchtlingskrise jedoch – besonders die chaotischen Szenen in Calais und die wahrgenommene Unfähigkeit Europas, seine Grenzen in den Griff zu bekommen – hat die Umfrageergebnisse nach unten stürzen lassen. Nach aktuellen Umfragen ist die öffentliche Meinung zur EU-Mitgliedschaft gespalten: 38 % sind für den Verbleib, 40 % für den Austritt, 16 % unentschieden.

Das Thema »Europa« spielte im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Mai 2015 eine untergeordnete Rolle. Seit dem Herbst ist es jedoch zu dem wichtigsten innenpolitischen Thema geworden. Die Europabefürworter werden es schwerer haben als 1975, die Wählerinnen und Wähler vom Verbleib zu überzeugen. Das liegt vor allem an der heute überwiegend europafeindlichen Presse. Dies gilt insbesondere in der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der europäischen Identität.

Zudem ist unklar, inwieweit das Referendum die Conservative Party spalten wird. Cameron und Osborne werden sich für Europa einsetzen und das große Potenzial des Kontinents für die britische Wirtschaft hervorheben. Andererseits werden führende Konservative und mögliche Gegenkandidaten zu George Osborne als Camerons Nachfolger erst entscheiden, welche Seite sie unterstützen, wenn die Ergebnisse der Nachverhandlungen feststehen. Dazu zählt etwa die Innenministerin Theresa May, die sich die Begrenzung der Einwanderung auf die Fahnen geschrieben hat. Auch gilt dies für den beliebten Boris Johnson, derzeit Bürgermeister von London und Parlamentsmitglied: Nach Ende seiner Amtszeit im Mai hätte er gerne einen Posten in Camerons Kabinett.

Abgesehen von innerparteilichen Unsicherheiten könnte auch eine neue Welle des Populismus das Ende der britischen EU-Mitgliedschaft markieren – ausgelöst durch ein Wiederaufflammen der Flüchtlingskrise. Die Sachlage ist kompliziert. Zwar kommt die populistische Reduktion zum Thema Migration eines Nigel Farage bei etwa einem

Fünftel der Wählerinnen und Wähler sehr gut an, doch viele andere befremdet sie auch. Die öffentliche Haltung zur Migration hat viele Nuancen: Die Menschen würden sie nicht so massiv ablehnen, wenn sie »fairere Regeln« wahrnehmen würden. Europabefürworter haben hier ein starkes Argument an der Hand: Die Europageegner gehen davon aus, dass sie durch einen Austritt aus der EU einen freien Handel mit Europa ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit erreichen könnten. Doch die Schweiz, die oft als Vorbild genannt wird, die sich dem »Würgegriff« der Europäischen Union entzogen hat, beherbergt im Verhältnis zu seiner Bevölkerung mehr EU-Migranten als Großbritannien. Wie bei jeder Volksabstimmung steht zu befürchten, dass die Menschen über das Referendum ihre Unzufriedenheit mit der politischen Klasse in Westminster zum Ausdruck bringen könnten, die sich viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

Im Falle eines »Nein« haben beide Seiten viel zu verlieren. Für die Briten würde der Austritt bedeuten, dass sie den freien Zugang zu den wichtigsten Handelspartnern und zum europäischen Binnenmarkt verlieren. Letzterer garantiert ein weit höheres Maß an wirtschaftlicher Integration »hinter der Grenze«, als es der freie Handel je könnte, und ist auf ein komplexes EU-Regelwerk angewiesen. Wie der Gouverneur der Bank of England es jüngst in einer Rede dargestellt hat, profitiert Großbritannien wirtschaftlich mehr als die meisten EU-Staaten von der Mitgliedschaft. Insbesondere weil diese als Magnet für Investitionen aus dem Rest der Welt und der EU wirkt. Jedenfalls würde Großbritannien durch den EU-Austritt zu einem »rule taker rather than a rule maker«: Es müsste sich nach wie vor an die meisten EU-Vorschriften halten, wenn Unternehmen Handel mit der EU treiben wollen (Pat McFadden/Andrew Tarant: *What does Out look like?*).

In Zeiten, in denen Europa wirtschaftlich und politisch Macht einbüßt, birgt ein Austritt Großbritanniens auch für die EU große Risiken: Ohne das wirtschaftliche Gewicht, die globale Ausrichtung und Vision, die transatlantische Verbundenheit und die militärische Kapazität des Vereinigten Königreichs würde sie ernsthaft geschwächt werden. Hinzu kommt ein politisches Argument: Der mögliche Grexit würde auch deswegen abgelehnt, weil er die Unumkehrbarkeit der europäischen Integration infrage gestellt hätte. Wie viele Argumente würde man mit dem Brexit antieuropäischen Populisten an die Hand geben! Nach wie vor ist es im Interesse der anderen EU-Mitglieder, Großbritannien in der Union zu halten. Doch in welchem Maße sind sie bereit, Camerons Forderungen nachzugeben? Und selbst mit einem Kompromiss in der Tasche ist das Rennen für Cameron und die EU noch nicht gelaufen. Es bleibt also spannend.

(Dieser Artikel basiert auf der Studie von Roger Liddle und Florian Ranft: »Brexit – Was für die EU und Großbritannien auf dem Spiel steht«. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2015.)



Roger Liddle

ist Mitglied des House of Lords und Co-Vorsitzender von Policy Network. Er war europapolitischer Berater von Tony Blair.



Florian Ranft

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei dem Thinktank policy networks.

FRanft@policy-network.net

Herfried Münkler

Politische Wege aus der Flüchtlingskrise

Über einen Masterplan für Integration

Eine heikle Feststellung vorweg: Das Projekt einer gesellschaftlichen Integration der im Jahr 2015 nach Deutschland gekommenen Migrant/innen wird umso eher gelingen, je weniger weitere dazukommen. Erst dann nämlich wird es möglich sein, die Ressourcen des Staates und die Kräfte der Zivilgesellschaft von den Aufgaben der Unterbringung und Versorgung auf die der Integration umzustellen. Und erst dann wird man einigermaßen zuverlässig abschätzen können, welche Dimensionen das Integrationsprojekt haben wird. Nicht alle von denen, die in den letzten Monaten nach Deutschland gekommen sind, werden bleiben wollen, und nicht alle von denen, die bleiben *wollen*, werden aufgrund der Asylregelungen bleiben *können*. Das freilich ist die erste Voraussetzung eines gelingenden Integrationsprozesses: dass die Aufnahmegesellschaft weiß, bei wem sich die erforderlichen Aufwendungen lohnen, und dass die Aufzunehmenden eine Perspektive haben, in der die ihnen abverlangten Anstrengungen sinnvoll sind. Die Integrationschance ist dort am größten, wo beide Seiten das, was sie aufwenden und leisten müssen, als eine Investition begreifen, die sich auf die Dauer auszahlen wird.

Daraus erwächst der zweite Imperativ für einen Masterplan zur Integration: dass die Aussicht auf einen dauerhaften Verbleib in der deutschen Gesellschaft schnell geklärt werden muss; ausdrücklich nicht: so schnell wie möglich – nach Maßgabe juristischer Prozeduren und des dafür verfügbaren Personals, sondern *wirklich schnell*. Jeder Tag, den die Flüchtlinge in einem Zustand der Ungewissheit verbringen, ist ein verlorener Tag im Hinblick auf die Integration, und wenn sich die Tage zu Monaten summieren, werden sie zu regelrechten Integrationsblockaden. Hier findet ein Wettlauf mit der Zeit statt, und diesen Wettlauf kann die Aufnahmegesellschaft durchaus verlieren. Sie hat deswegen eine Entscheidung von erheblicher Tragweite zu treffen: Sind ihr die formalen Prozeduren des Sortierens der Flüchtlinge und der zeitraubenden Klärung ihres Rechtsstatus unverzichtbar oder entscheidet sie dies in beschleunigten und generalisierten Rechtsakten, damit der Integrationsprozess umgehend beginnen kann? Was aber auf jeden Fall vermieden werden muss, ist die Häufung eines typischen Produkts der juristischen Sortiermaschine: des abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerbers. Dieser Rechtsstatus, der das Ergebnis einer sorgfältigen und gewissenhaften Prüfung des Einzelfalls sein mag, ist eine integrationspolitische Katastrophe. Wer an einem nachhaltigen Integrationsprozess interessiert ist, muss dafür sorgen, dass dieser Status ein absoluter Ausnahmefall bleibt.

Daraus folgt dann sogleich der dritte Imperativ eines Masterplans für Integration: dass die juristische Sortiermaschine der Statuszuweisung gegenüber den Migrant/innen auf den Imperativ der Integration umgestellt wird. Das wird der juristisch geschulten Beamtenschaft des Staatsapparats gegen den Strich gehen, weil es dann unvermeidlich ist, mit Ausnahme- und Sonderregelungen zu arbeiten, wie sie in einem sauberen Entscheidungsprozess nicht vorgesehen sind. Aber die Integration einer so großen Zahl von Migrant/innen ist eine Herausforderung, die einen Ausnahmefall darstellt, der seine eigenen Prozeduren erfordert – jedenfalls dann, wenn die Integration gelingen soll und man eine Häufung von Fällen des Scheiterns vermeiden will. Integration ist keine administrative Maß-

*Umdenken
der Verwaltung*

nahme, sondern ein langwieriger Prozess, der sich auf dem Arbeitsmarkt, in der Zivilgesellschaft und in der politischen Werteordnung abspielt. Dem wird kaum einer widersprechen; das tatsächliche Agieren des Staates erfolgt zurzeit aber noch weitgehend so, als würde es sich bei der Integration um einen Verwaltungsakt handeln. Dem dritten Imperativ zu genügen, wird also erhebliche Anstrengungen erfordern; in jedem Fall hat es ein grundlegendes Umdenken in der Verwaltung zur Voraussetzung.

Neben diesen drei Imperativen, die wesentlich an den Staat und seine Verwaltung adressiert sind, gibt es eine Reihe von Erwartungen an die Arbeits- und Zivilgesellschaft sowie an die Migrant/innen selbst. Zunächst gilt die Regel, dass eine Gesellschaft von den Neuankömmlingen, die auf Dauer bleiben wollen, umso mehr Integrationsbereitschaft erwarten – und auch einfordern – kann, je freundlicher und hilfsbereiter sie diese nach einer mühsamen und gefährlichen Flucht in Empfang genommen hat. Derlei ist nicht auf dem Verordnungswege zu erreichen; hier spielen Mitgefühl und Klugheit zusammen: Mitgefühl mit denen, die ihre Heimat hinter sich gelassen haben, um in einem Land anzukommen, dessen Sprache sie nicht sprechen, dessen Lebensart ihnen unvertraut ist und dessen Regeln sie noch lernen müssen. Und die Klugheit der Alteingesessenen, dass man mit demonstrativem Misstrauen und offen bekundeter Ablehnung auf längere Sicht bei vielen Migrant/innen gerade jene Feindseligkeit hervorbringt, vor der einige lautstark warnen. Das Gerede über mögliche Terroristen, die sich in den großen Migrantenbewegungen verbergen, läuft Gefahr, überhaupt erst jene Milieus zu schaffen, in denen der Dschihadismus seine Rekrutierungserfolge erzielt. In diesem Sinne sind die Brandstifter, die in Asylunterkünften Feuer legen, die funktionalen Helfershelfer der IS-Terroristen.

Entschieden wird über Gelingen oder Scheitern der Integration aber letzten Endes auf dem Arbeitsmarkt und in der Zivilgesellschaft. Alle einschlägigen Untersuchungen zeigen, dass die Ausübung einer bezahlten Tätigkeit, von deren Ertrag der Betreffende leben und womöglich eine Familie unterhalten kann, die wichtigste Voraussetzung von Integration ist. Am Arbeitsplatz entstehen die intensivsten Kontakte zu den Menschen der Aufnahmegesellschaft, hier lernt man sich kennen und schätzen, macht die Erfahrung, dass man sich aufeinander verlassen kann. Wo das der Fall ist, entsteht das gegenseitige Vertrauen, ohne das keine Gesellschaft auf Dauer bestehen kann. Diese Beschreibung des Arbeitslebens ist freilich keine Selbstverständlichkeit, sondern enthält normative Elemente: Die Arbeit ist so zu gestalten, dass man sich wechselseitig kennen- und schätzen lernen kann, dass man die Erfahrung des Sich-aufeinander-verlassen-könnens macht, so dass gegenseitiges Vertrauen entsteht. Das alles ist nicht selbstverständlich. Aber wo es der Fall ist, ist ein großer Schritt bei der Integration der Neuankömmlinge getan. Ein Masterplan für Integration hat also die Voraussetzungen und Begleitmaßnahmen dafür zu schaffen, dass der Arbeitsplatz für die Migrant/innen zu einem Ort der Akzeptanz und nicht der Ablehnung wird.

Die Erfahrungen mit den sogenannten Gastarbeitern der 60er und 70er Jahre zeigen jedoch, dass eine auf den Arbeitsplatz beschränkte Integration nicht genügt, zumal dann nicht, wenn es eine Familie gibt, in der die Ehefrau nicht berufstätig ist und demgemäß auch nicht über Arbeit in die Gesellschaft integriert werden kann. Mit Blick auf die zweite und dritte Generation kommt den Frauen aber eine Schlüsselfunktion im Integrationsprozess zu. Sie sind der Faktor, der über die Entstehung geschlossener Parallelgesellschaften entscheidet, zumal dann, wenn sie kaum Deutsch können und darum keinerlei Kontakte mit der Aufnahmegesellschaft unterhalten. Im Masterplan

Die Schlüsselfunktion der Frauen

für Integration ist auf die Integration dieser Frauen ein gesondertes Augenmerk zu legen: durch Hilfen, die auch ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtern, was freilich nur möglich sein dürfte, wenn die Ehemänner schon recht weit in die deutsche Gesellschaft integriert sind und akzeptieren, dass ihre Frauen arbeiten gehen. Das sollte ein Ziel der Integration sein, ist aber kurzfristig nicht erreichbar. Gerade hier dürften sich Mentalitäten als die »Gefängnisse der langen Dauer« erweisen. Deshalb ist komplementär zum Arbeitsprozess auf die Integration in die Zivilgesellschaft zu achten, und hier ist eine Reihe unterstützender Maßnahmen denkbar, die vom Sport (bei den Kindern) bis zu Nachbarschaftsinitiativen im Wohnumfeld reichen.

Eine Gesellschaft, die solche Integrationsbemühungen unternimmt, kann auf Seiten der Migrant/innen auch eine entsprechende Integrationsbereitschaft erwarten: was die Religion als Privatangelegenheit anbetrifft, aber ebenso auch im Hinblick auf die politischen und gesellschaftlichen Werte unserer Gesellschaft. Je selbstbewusster eine Gesellschaft diese Werte vertritt, desto eher kann sie erwarten, dass die Neuankömmlinge sich auf sie einstellen und schließlich selber darauf einlassen. Wobei zum Selbstbewusstsein gehört, dass man die Respektierung von Werten und Normen nicht nur von anderen einfordert, sondern sich selbst daran hält. Auch das gehört zu einem Masterplan für Integration.



Herfried Münkler

ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität in Berlin. Ende 2015 erschien bei Rowohlt Berlin: *Kriegssplinter. Die Evolution der Gewalt im 21. Jahrhundert*.

herfried.muenkler@rz.hu-berlin.de

Jürgen Kocka

Ein neuer deutscher Sonderweg

Rechnet man die zwei Millionen Flüchtlinge, die 2014 und 2015 ihren Weg in die EU fanden, auf die Bevölkerungszahl um, kommt ein Flüchtling auf etwa 540 Einwohner. Der britische Guardian errechnete kürzlich, dass Deutschland etwa 200 % der nach dieser Formel auf das Land entfallenden Ankömmlinge aufnahm, nur Ungarn, Schweden und Österreich waren in Relation zu ihrer Bevölkerung über den Gesamtzeitraum großzügiger. Die entsprechenden Zahlen für Frankreich und England lagen dagegen bei nur etwa 50 % und 33 %, in den osteuropäischen Ländern unter 10 %. Zwischen Anfang 2015 und September/Okttober 2015 wurden in Deutschland 690.000 Menschen erfasst, die Asyl beantragten oder auf ein Asylverfahren warteten, in Frankreich dagegen nur 85.000 und in Großbritannien 47.000. Das entspricht einem Zahlenverhältnis von 100:13:7. Während 2015 über eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kamen, betrug die Zahl für Großbritannien etwa 35.000. Mittlerweile hat sich dieses Missverhältnis noch weiter vergrößert. Nach Ungarn haben auch die skandinavischen Länder ihre Grenzen geschlossen, Österreich bremst, und die anderen verhalten sich eher noch defensiver als früher. Umso größere Anteile entfallen auf Deutschland. Mit mehr als 50.000 Neuankömmlingen im Januar 2016 ist es sehr wahrscheinlich, dass auch in diesem Jahr die Zahl wieder über eine Million steigt, wenn nicht mit neuen Methoden gegengesteuert wird.

Deutschland ist einsamer Spitzenreiter in Europa, was die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen angeht. Kein anderes europäisches Land verhält sich ähnlich, auch nicht die USA. Offensichtlich gibt es einen neuen deutschen Sonderweg. Wie ist er zu erklären?

Zum einen, Deutschland ist wohlhabend, es geht uns derzeit gut. Hätten wir süd-europäische Arbeitslosenzahlen oder die Knappheit der osteuropäischen Länder, wären wir weniger gastlich. Überdies haben einflussreiche Wirtschaftsverbände früh für die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen plädiert und setzen sich auch jetzt gegen die Wiedererrichtung nationaler Grenzkontrollen ein, aus ökonomischen Interessen. Menschenrechtler und Kapitalisten ziehen am selben Strang, nicht zum ersten Mal. Die linke Kapitalismuskritik hat diese Affinität meist übersehen, die rechten Kapitalismuskritiker kennen sie dagegen gut, ihnen ist der Kapitalismus nicht national genug, zu universalistisch.

Zum anderen: das Parteiensystem. Die sehr große Koalition, die einschließlich der GRÜNEN in der Länderkammer das Land regiert, macht eine rasche Anpassung an neu anstürmende Herausforderungen schwer. Am ehesten einigt sie sich auf den Status quo, in dem das Asylrecht, ausgiebige Sozialleistungen und die Betonung der Menschenrechte fest verankert sind. Veränderungen geschehen nur in Trippelschritten. Diese sehr große Koalition hat verhindert, dass der rasch zunehmende gesellschaftliche Konflikt in der Flüchtlingsfrage einen angemessenen parlamentarischen Ausdruck fand: ein irritierendes Demokratiedefizit. Der Aufstieg einer APO, diesmal weit rechts, war die Folge. Aber es gibt noch keine starke Rechtspartei *im* Parlament, die wie der Front National in Frankreich, die Schwedendemokraten oder die österreichische FPÖ, entsprechende Besorgnisse und Stimmungen in der Bevölkerung aufnehmend, die Regierenden vor sich her treibt, weiter nach rechts. Das wird sich bald ändern.

Aber am wichtigsten ist die Geschichte, die in Deutschland anders verlief, vor allem aber anders aufgearbeitet worden ist als in den anderen Ländern. Die immer entschiedene Absetzung von der Nazi-Diktatur ist glücklicherweise zu einem zentralen Moment der Identität der Bundesrepublik Deutschland geworden. Die böse Erbschaft selbstkritisch zu durchleuchten, aus dieser Geschichte zu lernen, dadurch ein anderes und besseres Deutschland zu bauen – das ist immer eindeutiger zu einem Konsens über Parteigrenzen hinweg geworden, von dem die Bundesrepublik mit ihren Institutionen, Debatten und Stimmungen lebt. Der Konsens ist durch die kritische Auseinandersetzung mit der »zweiten deutschen Diktatur« nach dem Ende der DDR weiter verstärkt worden. Dass dies nicht auf Sonntagsreden, symbolische Politik und intellektuelle Minderheiten begrenzt geblieben ist, zeigt sich jetzt: in der Betonung humanitärer Imperative, menschenrechtlicher Prinzipien und »europäischer Werte« in der praktischen Politik, dem alles durchdringenden Moralismus unserer veröffentlichten Meinungen, aber eben auch in der zivilgesellschaftlich getragenen »Willkommenskultur« und in der breiten Unterstützung, die Merkels radikale Pro-Flüchtlingspolitik bei den Deutschen über die Monate gefunden hat und zum Teil noch findet. Asylrecht und Flüchtlingsschutz sind zu symbolischen Kristallisationskernen der Neubestimmung deutscher Identität nach dem Nationalsozialismus geworden. Hier etwas grundsätzlich zu ändern, ginge schnell an die Substanz.

Es gibt gute Gründe, über diese Entwicklung Genugtuung und Stolz zu empfinden. Aber der Preis ist hoch und wird immer höher.

Zum einen steht die europäische Integrationspolitik auf der Kippe und damit ein großes historisches Projekt, dem auch die Bundesrepublik Entscheidendes verdankt.

Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung trägt zur Desintegration der EU kräftig bei. Sie fußt auf einsamen deutschen Entscheidungen, deren Folgen durch Quotenverteilung europäisiert werden sollen. Dies ist eine Chimäre. Selbst wenn die europäischen Staaten dafür gewonnen werden könnten, was unwahrscheinlich ist, die Flüchtlinge wollen es nicht. Wie soll man sie aber außer mit polizeistaatlichen Mitteln und ständigen Grenzkontrollen in Polen und Tschechien, Portugal und Frankreich halten? Sie gehen dorthin, wo ihre Verwandten und Freunde leben, wo sie am besten behandelt werden, die großzügigsten sozialstaatlichen Leistungen bekommen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehen. Sie drängen in Länder wie Deutschland, Österreich, Schweden. Eine wirklich europäische Lösung würde bedeuten: Angleichung der praktischen Flüchtlingspolitik und der den Ankömmlingen gewährten Leistungen hin zu einem europäischen Mittelwert. Hat man diese Herkulesaufgabe in der EU im Blick? Ist Deutschland dazu bereit? Man liest davon wenig. Laut aber bisher vergeblich wird dagegen die Stärkung der EU-Außengrenzen gefordert. Wer die EU als Rechtsordnung wiederherstellen und stärken will, kann in der Tat auf die effektive Begrenzung des Geltungsbereichs dieser Rechtsordnung, also auf wirksame Außengrenzen, nicht verzichten. Wenn die europäischen Staaten dieses Ziel – als Bedingung der Fortexistenz der Schengen-Zone und der EU – mit Priorität verfolgten, könnte die gegenwärtige Flüchtlingskrise sogar zu einem Schritt auf dem Weg der weiteren Integration Europas werden. Aber nur dann.

Zum anderen wachsen uns Ausmaß und Geschwindigkeit der Zuwanderung über den Kopf. Wenn die Kosten der unbegrenzten Flüchtlingsaufnahme – notwendigerweise auf Kosten von anderem und anderen – erst einmal bewusst und die gesellschaftlichen Folgen fühlbarer werden als bisher, werden Unzufriedenheit, Spannungen und offene Konflikte erheblich zunehmen. Viele Zuwanderer zeigen sich in ihren hohen Erwartungen jetzt schon enttäuscht, erst recht in der Zukunft. Die extreme Rechte legt bereits deutlich zu, sie kann mit weiterem Zuwachs rechnen. Die Debatte wird schriller, Gewalt häufiger. In Reaktion auf all das wird sich staatliche Politik verändern: in Richtung von mehr Überwachung, Polizei und Härte. Deutschland ändert sich, aber nicht zum Besseren. Der historische Vergleich zeigt, dass erfolgreiche Integration nicht Jahre, sondern Jahrzehnte, ja Generationen dauert und oft nicht gelingt. Auf diesem Gebiet stößt die wohlmeinendste Politik rasch an Grenzen, besonders in einem Land, dessen durchorganisierter Arbeitsmarkt – anders als sein Territorium – von hohen Zugangsbarrieren geschützt ist. Vor allem: Die Chancen der Integration sinken mit der Zahl der zu Integrierenden und ihrem gebündelt-massiven Auftreten. Die Zuwanderung muss rasch und erheblich begrenzt werden.

Zwar ist ein radikales Umsteuern unmöglich und auch nicht erwünscht. Denn die Ursachen der massenhaften Zuwanderung sind Bürger- und Religionskriege, Repression und harte Verfolgung, verbreitete Armut und Elend, zunehmend auch Folgen des Klimawandels und die eklatante Ungleichverteilung von Lebenschancen zwischen den verschiedenen Regionen der Welt, jetzt sehr sichtbar im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung. Manches davon ist Folge westlicher Politik und Eigensüchtigkeit, vieles auch nicht. Man wird das nur sehr langsam verändern können, so notwendig es auch ist, daran mit Kraft, Geduld und erheblichem Mitteleinsatz zu arbeiten – wie es die deutsche Politik tut. Unser Asylrecht und die geltenden Konventionen zum Schutz von Flüchtlingen binden uns. Es besteht eine moralische Pflicht zur Hilfe für Opfer. Schließung der Grenzen, Abschottung, eine »Festung Europa« – dies können unsere Ziele nicht sein, sie würden gegen unsere Werte, aber auch gegen unsere Interessen verstoßen, denn wir brauchen Zuwanderung, Impulse von außen und Offenheit.

Aber zwischen nicht gewollter Abschottung einerseits und unbegrenzter Offenheit andererseits liegt ein großes mittleres Feld, das, wie beispielsweise der Blick in die Schweiz genau zeigt, durch realistische Politik gestaltet werden kann. Zu dieser gehört nüchterne Information über die realen Chancen und Schwierigkeiten der Zuwanderer in Deutschland, deutliche Zeichen mit der Signalkraft der Merkel-Selfies, aber mit umgekehrter Stoßrichtung und der Abbau falscher Anreize zum Kommen. Die zeitliche Begrenzung der Asylgewährung kann Teil der Lösung sein. »Asyl« und »Flüchtling« sind enger zu definieren. Man muss unterscheiden: zwischen den Opfern von Verfolgungen und Kriegshandlungen, die auch zukünftig unbedingt Schutz erhalten müssen; und der großen Zahl der Armuts- und Chancenwanderer, die auf der Suche nach einem besseren Leben, oft aufgrund strategischer Entscheidungen ihrer sehr risikobereiten Familien und meist mithilfe einer ausgebauten Schlepperindustrie, zu uns kommen. Für sie brauchen wir ein faires Einwanderungsgesetz, das ihnen Chancen bietet und uns die Auswahl unter Berücksichtigung hiesiger Interessen erlaubt. Für sie ist das Asyl- und das Flüchtlingsschutzrecht nicht gedacht. Sowohl die Politik als auch die Medien und die »Willkommenskultur« behandeln aber alle Ankommenden als Opfer, Flüchtlinge, Schutzbedürftige gleich, sprachlich wie praktisch. Das ist eine Art Lebenslüge unserer gegenwärtigen »Flüchtlingspolitik«, die mit der Generalisierung des medienwirksamen Opfernarrativs Zuwanderer aller Art zu verzweifelt fliehenden »Flüchtlingen« erklärt, deren freundliche Aufnahme damit aus moralischen Gründen zwingend erscheint. Um diesen Selbsttäuschungsmechanismus zu durchbrechen, braucht es Kontrollen, wenn nicht an der EU-Außengrenze oder irgendwo sonst, dann an den nationalen Grenzen, auch wenn dies mit anderen Nachteilen verbunden ist.

Der deutsche Sonderweg des 20. Jahrhunderts hat sich als verderblich erwiesen. Wir sollten auch den neuen deutschen Sonderweg möglichst rasch beenden.



Jürgen Kocka

Professor (em.) für Geschichte an der FU Berlin und Herausgeber der NG/FH, war Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Zuletzt erschien bei J.H.W. Dietz Nachf.: *Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse* (2015).

kocka@wzb.eu

Cornelia Schu

Integration muss als Teilhabe verstanden werden

Vor allem die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt sind entscheidend

Über eine Million Menschen sind 2015 als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Über den erheblichen Anstieg der Asylanträge wurde im letzten Jahr viel debattiert, über die Kommunen, die erheblich unter Druck sind, um die Flüchtlinge angemessen aufzunehmen, über die vielen Ehrenamtlichen, ohne die es mancherorts nicht gegangen wäre, über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das einen massiven Rückstau von Anträgen zu bewältigen hat und schließlich über die Mitgliedstaaten der EU, die bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht bereit sind, einen nennenswerten Beitrag zu einer fairen Verantwortungsteilung bei der Schutzgewährung zu leisten. Die Auf-

nahme, Unterbringung und Versorgung von Hunderttausenden neu ankommenden Flüchtlingen stellt Deutschland vor eine große Herausforderung. Sie ist aber nur der Anfang eines noch größeren Unterfangens: Für die vielen Flüchtlinge, die einen Schutzstatus bekommen, beginnt ein neues Leben in Deutschland. Deutschland wird zu ihrer neuen Heimat – vielleicht für ein paar Jahre, vielleicht für immer. Wir müssen die Grundlagen dafür legen, dass sie sich eine neue Existenz aufbauen können. Integration ist das Gebot der Stunde. Was heißt das eigentlich?

Der Begriff Integration kann Unterschiedliches meinen. Er kann den Charakter einer Erwartung haben, die an Zuwanderer gerichtet wird, dass sie sich einfügen, anpassen, ihre kulturell oder religiös bedingten Gewohnheiten und Lebensweisen aufgeben. Dieses Verständnis von Integration bezeichnet man in der Forschung als »Assimilation«. Demgegenüber hat sich in Deutschland mittlerweile ein Verständnis von Integration durchgesetzt, das auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) vertritt: Integration wird als Teil einer umfassenden auf gleiche Teilhabechancen ausgerichteten Gesellschaftspolitik verstanden. Danach ist Integration bei gleichzeitigem Erhalt unterschiedlicher Gewohnheiten und Lebensweisen möglich. Die Grenze gibt das Grundgesetz, geben die deutschen Gesetze vor, nicht aber die Konventionen, Riten und Bräuche der Mehrheitsbevölkerung. Der teilhabeorientierte Integrationsbegriff bedeutet die möglichst chancengleiche Partizipation aller Menschen an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: an Bildung, Arbeit, sozialen Rechten und politischer Beteiligung.

Ohnehin ist Deutschland längst nicht (mehr) so homogen, wie manche annehmen mögen: In Deutschland leben Menschen aus über 200 Ländern; jeder fünfte Einwohner hat einen Migrationshintergrund, bei Kindern bereits jedes dritte. Die Mitgliedschaft in den beiden christlichen Kirchen nimmt seit Jahren kontinuierlich ab, während andere Religionen Zuwachs verzeichnen und zugleich der Atheismus oder eine Ausübung des Glaubens ohne Anbindung an die Institution Kirche zunimmt. Insgesamt hat sich das Spektrum der Lebensweisen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten deutlich erweitert. Wie also sieht das Deutschland genau aus, in das sich Flüchtlinge integrieren sollen? In einem modernen und vielfältigen Einwanderungsland wie Deutschland müssen beide Seiten – Zuwanderer, aber auch die Mehrheitsgesellschaft – einen Beitrag zum Gelingen von Integration leisten. Dies setzt eine Bereitstellung von entsprechenden Möglichkeiten voraus.

Sehr positiv ist, dass das Ziel einer möglichst frühen Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive mittlerweile parteiübergreifend bejaht wird. Die Politik hat somit ihre Lehren aus dem Umgang mit der »Gastarbeitergeneration« gezogen. Max

Die Fehler der Vergangenheit gilt es zu vermeiden

Frisch wies bereits in den 60er Jahren mit seinem berühmt gewordenen Satz »Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen« darauf hin, dass der verkürzte Blick auf den Aufenthaltstitel von Zuwanderern eine verkehrte Erwartungshaltung schafft. Diese Fehleinschätzung ist mitursächlich für die gänzlich fehlende Integrationspolitik der Bundesrepublik, die bis in die 90er Jahre reichte. Die Folgen sind auch heute noch deutlich spürbar: Nach wie vor ist ein Teil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bis in nachfolgende Generationen benachteiligt, schlechtere Schulleistungen, geringere Deutschkenntnisse, höhere Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Die Fehler der Vergangenheit gilt es jetzt zu vermeiden. Wir sollten Flüchtlinge nicht auf ihre Flüchtlingseigenschaft reduzieren: Flüchtlinge sind zuallererst Menschen mit Bedürfnissen, Träumen und eigenen Erwartungen: ohne Angst leben, zur Schule gehen, Arbeit finden, eine

Familie oder eine Firma gründen, deutsche/r Staatsbürger/in werden, für den Bundestag kandidieren oder ins Kino gehen.

Damit sich ihre Erwartungen an Teilhabemöglichkeiten erfüllen, sofern sie als schutzbedürftig anerkannt werden und bei uns bleiben, müssen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Einiges ist bereits erreicht: Seit Ende 2015 dürfen auch Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive, also jene aus Kriegs- und Krisengebieten, bereits während des Asylantragsprozesses einen Integrationskurs besuchen. Dort liegt der Fokus zunächst auf dem Spracherwerb, dessen Bedeutung für ein Leben mit Teilhabemöglichkeiten in Deutschland kaum überschätzt werden kann. Daneben besteht die große Herausforderung darin, frühzeitig die Weichen für eine erfolgreiche Beteiligung am Arbeitsmarkt zu stellen, indem beispielsweise erhoben wird, welche Kompetenzen Flüchtlinge aus ihrem Heimatland mitbringen und zu prüfen, ob ihre Abschlüsse hier anerkannt werden können. Dass der Chef der Bundesagentur für Arbeit derzeit auch dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorsteht, steht nicht nur symbolisch, sondern auch ganz praktisch für das ambitionierte Ziel, einen möglichst großen Teil der Flüchtlinge zu Erwerbstätigen zu machen. In Pilotprojekten wird die frühzeitige Qualifikationsabfrage und Vermittlung in den Arbeitsmarkt getestet. Allerdings: Es gibt derzeit keine verlässlichen Daten über die Qualifikationsstruktur der Asylbewerber. Erste Analysen deuten auf eine große Heterogenität in Bezug auf Schulabschlüsse, Qualifikationen und Arbeitserfahrungen hin. Für die Arbeitsmarktintegration werden in vielen Fällen daher umfangreiche fachliche und sprachliche (Nach-) Qualifizierungsmaßnahmen notwendig sein. Die vorschnelle Erwartung, die Flüchtlinge würden in Windeseile unseren Fachkräftemangel beseitigen, ist inzwischen jedenfalls zu Recht einer realistischeren Sicht gewichen. Erst müssen die entsprechenden Strukturen im Schul- und Hochschulsystem sowie auf dem Ausbildungsmarkt aus- und zum Teil auch aufgebaut werden. In den Schulen fehlen Lehrkräfte und Kapazitäten für Klassen ohne Deutschkenntnisse; entsprechende Stellen sind in allen Bundesländern ausgeschrieben. Die Schulpflicht gilt nicht in allen Bundesländern für Asylbewerber im Schulalter. In einigen Bundesländern gilt eine mehrmonatige Wartezeit für Kinder von Asylbewerbern, bevor sie die Schule besuchen können (in Bayern und Thüringen gilt eine dreimonatige Wartezeit, in Baden-Württemberg sind es sogar sechs Monate). Eine betriebliche Ausbildung dürfen Asylbewerber nach mindestens dreimonatigem Aufenthalt in Deutschland beginnen. Hier gilt die neue BAföG-Regelung – davor konnte erst nach vierjährigem Aufenthalt BAföG bezogen werden! Wird der Asylantrag während der Ausbildung abgelehnt, wird eine Duldung ausgesprochen, die jährlich bis zum Ausbildungsabschluss verlängert wird – auch für langjährig Geduldete gilt die Verlängerung. Allerdings gilt seit der Verabschiedung des Asylbeschleunigungsgesetzes im Oktober 2015 die Einschränkung, dass die Person bei Ausbildungsbeginn jünger als 21 Jahre sein muss und nicht aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland stammt. Hier wurden bereits bestehende Zugangsregeln wieder verschärft. Der Hochschulbesuch steht dagegen jedem Asylbewerber mit den entsprechenden Voraussetzungen offen. Gleichwohl sind einige Hürden zu nehmen: Wenn die Hochschulzugangsberechtigung nicht als Originaldokument verfügbar ist, müssen bürokratische Umwege beschritten werden. Liegt die Hochschule außerhalb des zugeordneten Landkreises, muss die Ausländerbehörde dem Hochschulbesuch zustimmen. In den meisten Studiengängen sind mindestens gute Deutschkenntnisse vonnöten, um den Inhalten folgen zu können. Auch die Finanzierung des Studiums ist eine große Hürde. Immatrikulationsgebühren, Studiengebühren und Kosten für Lehrmaterialien sind nicht über das Asylbewerber-

leistungsgesetz abgedeckt. Zwar schafft die neue BAföG-Regelung eine Erleichterung, da einige dieser Kosten nach einem Mindestaufenthalt in Deutschland von 15 Monaten übernommen werden können. Das reicht allein oft nicht aus. Einige Hochschulen bieten bereits Stipendien für Flüchtlinge an, auch der DAAD sowie Stiftungen haben Sonderfonds für die Zielgruppe eingerichtet. Nach wie vor werden aber die meisten Angebote für Flüchtlinge unter dem »Gasthörerstatus« gemacht, was die reguläre Einschreibung erspart, aber auch keinen Hochschulabschluss ermöglicht.

Die institutionellen und rechtlichen Weichen für Teilhabe in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt sind oder werden also derzeit gestellt. Das sind gute Voraussetzungen. Darüber hinaus sind zwei Punkte zu berücksichtigen: Erstens, Integrations-

*Integrations-
politik ist Gesell-
schaftspolitik.
Sie betrifft alle*

prozesse sind Generationenprozesse. Der Erwerb der deutschen Sprache braucht Zeit, Ausbildung und Nachqualifikationen sind aufwendig und gleichwohl keine Garantie für einen adäquaten Arbeitsplatz. Der Integrationsprozess verlangt eine große Arbeits- und auch Anpassungsleistung von den Zuwanderern. Abnehmen kann der Staat diese Aufgaben den Zuwanderern nicht, aber er muss ihnen die Chancen da-

zu eröffnen. Oft werden die Erfolge erst in der zweiten oder der dritten Generation sichtbar, so wie es beispielsweise viele Bildungsbiografien von bisherigen Zuwanderern zeigen. Maßnahmen nachholender und begleitender Integration werden auf absehbare Zeit nötig bleiben, gerade im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt. Hierbei geht es um nicht mehr, aber auch nicht weniger, als den Einzelnen zu wirtschaftlicher Autonomie zu befähigen und nicht etwa um eine kulturelle Assimilation. Zweitens, Integrationspolitik ist keine Zuwanderer-, sondern Gesellschaftspolitik. Sie betrifft alle und kann mitunter mühsam sein. Neuankömmlingen Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, setzt voraus, dass sich die Mehrheitsbevölkerung nicht nur öffnet, sondern verändert. Nur die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe für alle (und das heißt auch für Menschen, deren Familien seit jeher hier leben) sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Akzeptanz über alle Unterschiede hinweg. Sicher erfordert dieser Veränderungsprozess von denen, die zuwandern, ein größeres Maß an Anpassung, aber die Anpassungsleistung der Alteingesessenen ist ebenso wichtig und sollte nicht unterschätzt werden. Es gilt, Kontakt zueinander zu finden. Zugangsbarrieren müssen abgebaut, Diskriminierung muss konsequent bekämpft werden. Die viel beschworene und zu Unrecht verspottete Willkommenskultur ist ein wichtiger Baustein der Integration. Die Vielzahl der Ehrenamtlichen, die sich um die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge kümmern, sind derzeit »Deutschlands freundliches Gesicht«; die alarmierende Zunahme fremdenfeindlicher Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im vergangenen Jahr ist dagegen beschämend. Willkommenskultur muss auch institutionell zum Normalfall werden. Als Kontaktstellen zu den neuen Mitbürger/innen kommt Ausländerbehörden, Schulen, Jobcentern eine entscheidende Rolle zu. Auch sie setzen den Ton für unser Miteinander. Schließlich ist die Gesellschaft insgesamt gefragt: Wir müssen unsere Werte, unsere Form des Zusammenlebens im alltäglichen Miteinander im Beruf, in Vereinen, in der Nachbarschaft vor Ort erlebbar machen, beispielsweise die Rolle der Frau in westlichen Gesellschaften im Jahr 2016. Dabei sollten wir uns daran erinnern, dass Frauen in Deutschland noch bis 1977 gesetzlich »zur Führung des Haushaltes« verpflichtet waren und der Ehemann (zumindest theoretisch) darüber bestimmen konnte, ob seine Frau arbeiten gehen durfte. Auch in unserer Gesellschaft hat es Jahrzehnte gebraucht, bis sich der Gedanke der Gleichberechtigung von Mann und Frau vollends durchgesetzt hat.

Keine Frage: Die wachsende Vielfalt bringt auch Unübersichtlichkeit und Probleme mit sich. Doch gerade im Angesicht zunehmender gesellschaftlicher Diversität müssen wir uns den gemeinsamen Grundkonsens vergegenwärtigen, der in der Verfassung unseres Landes verankert ist und zu dem sich alle gleichermaßen bekennen sollten, zu dessen Kerngedanken auch der Schutz von Minderheiten gehört. Auf dieser Basis können und sollten wir uns über die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens verständigen. Dass dies die Menschen sehr bewegt, zeigen die Auseinandersetzungen um kollidierende Normen; als Stichworte seien nur die Beschneidung von Jungen oder die Frage genannt, ob es Lehrerinnen erlaubt sein soll, ein Kopftuch zu tragen. Hier muss der gesellschaftliche Diskurs neben den rechtlichen treten. Argumente und Entscheidungen mögen dann dem Einzelnen nicht gefallen; wichtig ist, dass der Grundkonsens über das friedliche Zusammenleben im demokratischen Rechtsstaat immer wieder aufs Neue bestätigt wird. Zum Selbstverständnis einer pluralen (Einwanderungs-)Gesellschaft gehört die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Heterogenität der Normalfall ist. Zuwanderung ist dabei ein Faktor der Pluralisierung unter anderen. Die Bereitschaft zur Veränderung ist unabdingbare Folge.



Cornelia Schu

ist Geschäftsführerin des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und Direktorin des SVR-Forschungsbereichs. Zuvor war sie Leiterin des Themenschwerpunkts Integration bei der Stiftung Mercator.
schu@svr-migration.de

Armin Pfahl-Traugher

Grundlagen einer Einheit in Vielfalt

Kulturpluralismus statt Multikulturalismus

Die aktuelle Flüchtlingsentwicklung hat die Frage, was die normativen Grundlagen für Integration sein sollen, erneut in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Dabei handelt es sich um keine neue Herausforderung, war die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland doch immer wieder von Migrationsprozessen geprägt. An Grundpositionen und Modellen dazu fehlte es meist in der Praxis, aber auch in der Theorie. Dies gilt für viele Bereiche der Gesellschaft, so auch für Anhänger der sozialen Demokratie. Denn diese müssen ebenfalls eine Antwort auf die Frage geben: Wovon soll die Einstellung zu und der Umgang mit Menschen anderer kultureller und religiöser Orientierung geprägt sein? Eine Positionierung setzt eine Selbstvergewisserung voraus. Denn die jeweilige Auffassung bezieht sich nicht nur auf die individuell Eingewanderten, sondern auch auf die eigene Identität. Die Einstellungen und Handlungen gegenüber Migrantinnen und Migranten halten allen Akteuren in der Debatte wie der Politik einen moralischen und politischen Spiegel vor.

Eine Antwort auf die gestellte Frage lautet häufig: »Toleranz«. Doch was ist damit gemeint? Die beabsichtigte Definition ist nicht nur eine intellektuelle Übung. Denn das diffuse Alltagsverständnis bedarf der Konkretisierung. Geht es um herablassende Duldung oder gegenseitigen Respekt, artikuliert Indifferenz oder inhaltlichen Relativismus, gegenseitige Nächstenliebe oder sozialen Nihilismus? Für eine genauere Begriffsbe-

stimmung bietet sich der Blick auf die Technik an, wo damit eine noch akzeptable Abweichung von einer Norm gemeint ist. Dies veranschaulicht folgendes Beispiel: Schlage ich einen Nagel in die Wand, um ein Bild aufzuhängen, ist eine gewisse Schiefe tolerabel, solange das Bild hängen bleibt. Demnach lassen sich auch gegenläufige oder -teilige Entwicklungen akzeptieren, aber nur so lange die beabsichtigte Funktion noch bestehen oder die gewünschte Zielsetzung erreichbar bleibt. Hier existiert zwischen Abweichung und Akzeptanz ein Spannungsverhältnis und genau dieses ist bezogen auf die Grenzziehung der Toleranz konstitutiv eigen.

Für den gesellschaftlichen Bereich steht dafür die Koexistenz unterschiedlicher Einstellungen und Verhaltensweisen, die aber die Basis für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben nicht gefährden dürfen. Somit lässt sich eine

Zur Toleranz gehören auch Grenzen »Ablehnungskomponente«, also eine negative Bewertung als Falsches, und eine »Akzeptanzkomponente«, also eine positive Bewertung zur

Duldung, ausmachen (Preston King). Demnach existiert eine dialektische Dimension des Toleranzverständnisses. Es bedarf jeweils einer Antwort auf die Frage: Warum soll etwas, das als anders oder gar bedenklich gilt, trotzdem anerkannt und geduldet werden? Diese Paradoxie macht Toleranz aus. Insofern besteht bei einer solchen Einstellung ein Gegensatz sowohl zu Bejahung wie zu Indifferenz. Es bleibt immer eine ablehnende oder distanzierte Position gegenüber dem Gemeinten präsent. Bei der damit einhergehenden negativen Bewertung müssen aber in der Abwägung die positiven Gründe für die Anerkennung oder Duldung überwiegen. Daher gehören Grenzen konstitutiv zur Toleranz.

Diese Aussage bedeutet, hier bezogen auf die Frage nach der Einstellung gegenüber Migrant/innen, ein Bekenntnis zum Kulturpluralismus und eine Negierung des Kulturrelativismus. Wofür steht die letztgenannte Auffassung? Alltagssprachlich artikuliert sie sich in dem Sprichwort »Andere Länder, andere Sitten«. Damit kann eine Erklärung für Besonderheiten, aber auch eine Relativierung von Werten in anderen Kulturen gemeint sein. Alle Erscheinungsformen gelten damit als Form von Identität. Demnach geht eine kulturrelativistische Auffassung davon aus, dass die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen wünschenswert ist, sie in ihren Ausprägungen um der Toleranz willen bewahrt werden sollen und daher in sie hinein wirkende Forderungen nicht angemessen sind. Damit verweigert sich ein solcher Relativismus der Auseinandersetzung mit den Normen, die »in »anderen Kulturen«, bürgerliche Rechte des Individuums verletzen« (Paolo Flores d'Arcais). Dies gilt etwa für die Bedeutung des Einzelnen oder die Rolle der Frau.

Die Auffassung von der Gleichrangigkeit aller Kulturen negiert denn auch den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Menschenrechte in den Kulturen. Das Grundrecht auf religiöse Freiheit, das Glaubensabfall einschließt, und das Grundrecht auf sexuelle Selbstbestimmung, das Homosexualität erlaubt, finden nicht in gleichem Maße gesellschaftliche Wertschätzung. Damit geht eine bedenkliche Beliebigkeit gegenüber einem konstitutiven Grundprinzip des modernen Humanismus einher. Dieser kritische Einwand kann auch gegenüber einem diffusen und werterelativistischen »Multikulturalismus« formuliert werden, beschreibt die Formulierung doch nur die Koexistenz verschiedener Kulturen. Weder gehen damit Aussagen über die normative Basis in den jeweiligen Kulturen noch über deren Verhältnis zu anderen Kulturen einher. Ein solcher »Multikulturalismus« kann zu »Parallelgesellschaften« führen. Damit trägt er längerfristig zu einer Fragmentarisierung der Gesellschaft und nicht zu einer Integration der Gesellschaft bei.

Welches Konzept kann einem mit dem Kulturrelativismus einhergehenden kollektivistischen und werterelativistischen Verständnis entgegengestellt werden? Dafür bedarf es eines Modells, das einerseits das gesellschaftliche Miteinander von Angehörigen unterschiedlicher Kulturen ermöglicht, andererseits aber auch für Autochthone wie Migrant/innen verbindliche Regeln festlegt. Letzterem bedarf es, um Ersteres zu garantieren. Dabei besteht ein Spannungsverhältnis: Die freie Entfaltung unterschiedlicher kultureller Werte ist nur dann möglich, wenn alle Akteure eben diese Möglichkeit auch den jeweils anderen Akteuren einräumen. Die Bedingung für die Anwendung solcher Freiheiten besteht demnach in ihrer Anbindung und Eingrenzung, was die Absolutsetzung und Willkürlichkeit von Werten negiert. Die allseitige kulturelle Freiheit setzt die gesamtgesellschaftlich gesicherte Garantie für ihr Ausleben voraus. Damit berührt die Frage nach der normativen Grundlage für Integration auch die Frage nach dem normativen Selbstverständnis des Gemeinwesens.

Aus dem Blick auf dessen Grundprinzipien ergeben sich dann umgekehrt Einsichten für die Gestaltung der Integrationspolitik. Dafür soll hier für das Konzept des Kulturpluralismus plädiert werden. Die darin enthaltene Formulierung »Pluralismus« bezieht sich auf ein Grundprinzip offener Gesellschaften in traditionellen Nationalstaaten. Demnach ist kein politisches Gemeinwesen lebensfähig, dessen Normensystem nicht auf einem anerkannten Wertekodex beruht. Er ermöglicht erst die Einheit in Vielfalt. Denn es besteht für die Gesellschaft ein »kontroverser Sektor« mit unterschiedlichen Positionen. Alle Beteiligten müssen aber in ihr an einen Rahmen gebunden sein, wozu neben rechtsstaatlichen Verfahrensregeln auch inhaltliche Wertvorstellungen gehören. Der damit gemeinte »nicht-kontroverse Sektor« (Ernst Fraenkel) oder »überlappende Konsens« (John Rawls), der von allen Bürgerinnen und Bürgern geteilt werden sollte, besteht aus Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität.

*Kein politisches
Gemeinwesen ohne
anerkannten
Wertekodex*

Diese Grundpositionen können auf die inhaltliche Ausgestaltung eines Kulturpluralismus für die Migrationsgesellschaft übertragen werden. Doch welche Normen und Regeln gelten dabei als »nicht-kontroverser Sektor«? Sie dürften erstens nicht aus den Besonderheiten nur einer kulturellen Identität bestehen, würde dies doch zu deren Dominanz führen und die Akzeptanz in anderen kulturellen Identitäten relativieren. Und sie müssten zweitens in möglichst vielen Kulturen zumindest latent vorhanden sein, woraus sich Anknüpfungspunkte für ihre Akzeptanz als Bestandteile eines »nicht-kontroversen Sektors« ergeben. Es hängt also von seiner inhaltlichen Benennung ab, welche Aktivitäten jeweils Individuen im Namen ihrer kulturellen Identität entfalten könnten oder welche damit verhindert werden würden. Die Menschenrechte dürfen als die entscheidende Grundlage eines solchen »nicht-kontroversen Sektors« gelten. Denn sie sind Bestandteile eines »interkulturellen Rechtsdiskurses« (Otfried Höffe) – und nicht nur westlicher Wertvorstellungen.

Neben der Akzeptanz der Menschenrechte gehören die Einhaltung der geltenden Gesetze und die Kenntnis der deutschen Sprache zu Bestandteilen des Kulturpluralismus. Bei dem letztgenannten Aspekt geht es nicht primär um den Ausdruck einer besonderen kulturellen Wertschätzung. Denn die Beherrschung der Landessprache bildet die entscheidende Voraussetzung für Kommunikation, die erst die formale Möglichkeit für soziales Miteinander schafft. Die Einhaltung der geltenden Gesetze bedarf als Bestandteil des Kulturpluralismus keiner inhaltlichen Erläuterung, handelt es sich doch um eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit. Bezüglich der hier zu behandeln-

den Fragen sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass kulturelle Besonderheiten für die Rechtsprechung nicht von strafmildernder Relevanz sein dürfen. Für die beschriebene Auffassung von Kulturpluralismus bilden die drei Bestandteile die Minimalbedingungen, die bei allseitiger und gleichrangiger Anerkennung erst eine Einheit in Vielfalt ermöglichen.

Um eventuelle Irritationen zu vermeiden, soll abschließend noch zu zwei Gesichtspunkten eine Klarstellung erfolgen: Für den »nicht-kontroversen Sektor« des Gemeinwesens wurden die Prinzipien »Gewaltenteilung«, »Individualität«, »Menschenrechte«, »Pluralismus«, »Rechtsstaatlichkeit« und »Volkssouveränität« und für den »nicht-kontroversen Sektor« der Migrationsgesellschaft die Prinzipien »Akzeptanz der Menschenrechte«, »Beherrschung der Landessprache« und »Einhaltung der geltenden Gesetze« genannt. Dabei besteht inhaltlich kein Unterschied oder Widerspruch. Denn zur »Akzeptanz der Menschenrechte« gehören »Individualität« und »Pluralismus« und zur »Einhaltung der geltenden Gesetze« zählen »Gewaltenteilung«, »Rechtsstaatlichkeit« und »Volkssouveränität«. Für die inhaltliche Ausrichtung des Kulturpluralismus, der nicht nur, aber primär auf die Migrationsgesellschaft bezogen ist, bedarf es der besonderen Hervorhebung von konstitutiven Prinzipien. Dies erklärt die Benennung von einmal sechs und von einmal drei Merkmalen.

Und schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass es bei der »Akzeptanz der Menschenrechte«, der »Beherrschung der Landessprache« und der »Einhaltung der geltenden Gesetze« eine Dimension der sozialen Erwünschtheit und eine Dimension der rechtlichen Verbindlichkeit gibt. Mitunter können sie ineinander übergehen, mitunter ist dies nicht möglich. Die damit einhergehende Problematik sei anhand von zwei Beispielen erläutert: Der Besuch von Deutschkursen ermöglicht die Beherrschung der Landessprache. Dazu kann indessen niemand gezwungen werden. Gleichwohl besteht über die Kürzung von Geld- oder Sachleistungen die Möglichkeit zu Sanktionen. Anders verhält es sich bezogen auf angeblich kulturell oder religiös bedingte Handlungen ohne strafrechtliche Relevanz: Niemand kann dazu verpflichtet werden, einer Frau zur Begrüßung die Hand zu reichen. Gleichwohl ist deutlich vermittelbar, dass dies nicht als sozial erwünscht gilt. Es gibt demnach eine rechtliche und eine soziale Dimension der Toleranz.

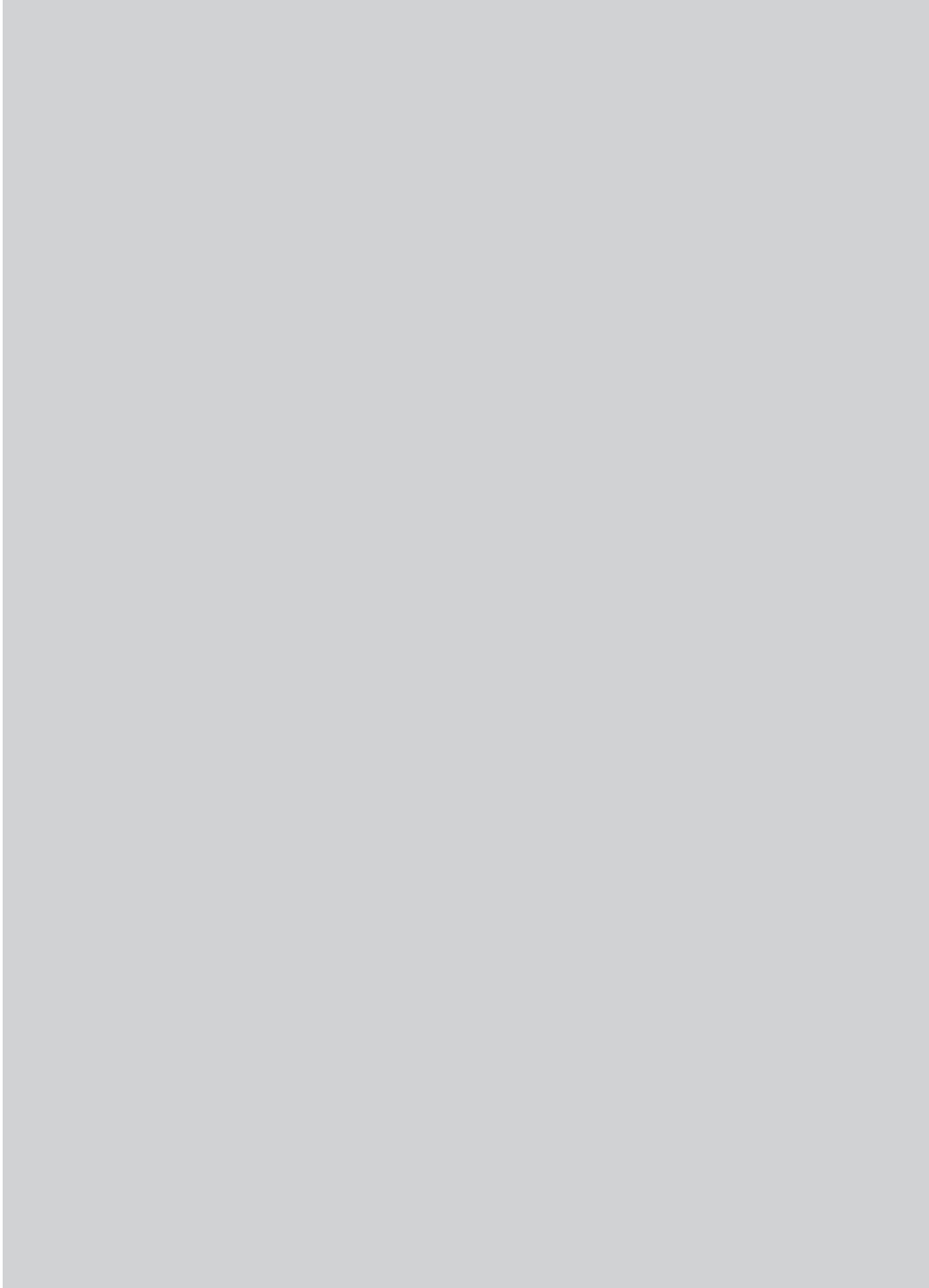
Die Auseinandersetzung um die Frage »Von welchen Grundsätzen, Prinzipien und Werten soll die Einstellung zu und der Umgang mit Menschen anderer kultureller und religiöser Orientierung geprägt sein?«, ist nicht nur für die gesellschaftliche Herausforderung der Integration wichtig. Denn die Antwort darauf spiegelt ein Bild von der Identität der Mehrheitsgesellschaft. Die Abkehr von einer kulturellrelativistischen und das Bekenntnis zu einer kulturell-pluralistischen Grundposition macht auch die klare Positionierung im Sinne der erwähnten Prinzipien notwendig. Dazu gehört etwa die Ablehnung des Antisemitismus ebenso wie die Gleichstellung von Mann und Frau, die auch gegenüber Autochthonen und nicht nur gegenüber Migrant/innen eingefordert werden müssen. Eine Debatte über solche Fragen kann zu einem neuen Gesellschaftsvertrag führen, welcher das Ergebnis eines kontinuierlich neu verhandelten Konsenses über das Ausmaß und die Grenzen der Toleranz ist. Der Kulturpluralismus bietet dazu eine formale und normative Grundlage.



Armin Pfahl-Traugher

Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Brühl. Zuletzt erschien bei Springer VS: *Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme.*

Armin.Pfahl-Traugher@HBund.de



Lale Akgün

Wie können wir das schaffen?

Der Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft

In diesen Tagen ist es schwer und leicht zugleich, Gedanken zum Thema Integration in Worte zu fassen: Schwer, weil sich der Fokus durch das Tagesgeschäft permanent ändert und die Forderungen immer aktionistischer werden (ob die Forderungen auch zu Lösungen führen, steht auf einem anderen Blatt), und leicht, weil die Maßstäbe und Richtlinien für eine ordentliche Einwanderungs- und Integrationspolitik langfristigen Planungen unterliegen.

Hat sich – etwa im Laufe eines Jahres – gar nichts geändert? Doch! Die Prognose der Fachleute, dass mehr Flüchtlinge den Weg nach Europa suchen, hat sich qualitativ und quantitativ in einem stärkeren Maße realisiert als angenommen. Angela Merkels Entscheidung, am 5. September 2015, die Grenzen für die Flüchtlinge zu öffnen und dies mit dem Satz »Wir schaffen das« zu bekräftigen, hat nicht nur die Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland verstärkt. Der Satz »Wir schaffen das« ist eine Aufmunterung an die Gesellschaft, ihre Entscheidung mitzutragen.

Tatsächlich hat ein Teil der deutschen Öffentlichkeit bei der Erstversorgung der Flüchtlinge sehr viel Engagement an den Tag gelegt, das Wort »Willkommenskultur« ist quasi die zustimmende Antwort auf die Aufforderung »Wir schaffen das«.

Allerdings kann auch nicht übersehen werden, dass ein anderer Teil der Gesellschaft sehr viel skeptischer war und ist. Während das linksliberale Milieu den Zuzug der Flüchtlinge als eine politische Verantwortung interpretiert, zeigt sich in der sich als absteigsbedroht empfindenden Mittelschicht und im kleinbürgerlichen Milieu Besorgnis, ob wir das denn wirklich schaffen können.

Besorgt ist man dabei vor allem, weil man befürchtet, die Integration könnte misslingen. Zu Merkels These von »Wir schaffen das« entwickelte sich im Laufe des Herbstes und des Winters immer lauter die Anti-These: »Wir schaffen das nicht« – wir können das nicht schaffen. Angefeuert wurde die Diskussion auch durch die politische Debatte, wobei vor allem die Parteien und Gruppierungen am rechten Rand die Deutungshoheit über die möglichen Probleme der Einwanderung und Integration für sich beanspruchen.

Festzuhalten ist: Die Polarisierung zu der Frage der Flüchtlingseinwanderung ist in keinem Land so ausgeprägt wie in Deutschland. Kaum irgendwo sonst werden Flüchtlinge mit Gesängen und Geschenken empfangen, andererseits müssen aber in keinem anderen demokratischen Land Flüchtlinge so sehr um ihr Leben fürchten wie in Deutschland. Fast täglich wurde und wird hier ein Flüchtlingsheim angegriffen.

Hinzu kommt: Die Themen »Flüchtlinge, Einwanderung und Integration« sind ideologisch besetzt. Es geht daher nicht in erster Linie um einen pragmatischen Umgang mit dem Machbaren, sondern um eine politische Standortbestimmung. Überspitzt formuliert: Es geht uns in Deutschland weniger um die Flüchtlinge als vielmehr um unser politisches Selbstverständnis im Umgang mit ihnen. Eine Umgangsweise, die bereits seit 70 Jahren praktiziert wird und von der die Arbeitsmigrantinnen und -migranten der 60er Jahre und ihre Nachkommen ein Liedchen singen können. Obwohl immer wieder davor gewarnt wird, die Fehler der 60er Jahre zu wiederholen – ich fürchte, Deutschland ist gerade dabei, wieder in alte Muster zu verfallen. Dabei könnte die jetzige Einwanderungswelle die Chance sein, mit den althergebrachten

Konzepten und Mustern aufzuräumen und den Weg zu ebnen in eine moderne Einwanderungsgesellschaft.

Denn Deutschland ist nun einmal eine Einwanderungsgesellschaft geworden. Keine klassische wie die USA oder Australien, aber de facto doch. Kaum ein anderes Land nimmt aktuell so viele Menschen auf wie Deutschland, und die meisten kommen, um hier zu bleiben.

Es ist also eine andere Situation als vor 50 Jahren, als Konsens darüber herrschte, dass die Gastarbeiter nur auf Zeit in Deutschland bleiben würden und sowohl die Betroffenen selbst als auch die Politik dementsprechend geplant und gehandelt haben. Integration ja, aber nur soweit, dass die »Lebensabschnittspartnerschaft« zwischen Mehrheit und Minderheiten ungestört ablaufen konnte.

Die Mehrheitsgesellschaft der Deutschen behielt ihr Selbstverständnis als »geschlossene« Gesellschaft auch dann, als klar wurde, dass die Zugewanderten auf Dauer bleiben würden. Sie entwickelte sich zu einer »Integrationsgesellschaft«. Diese definiert die Zugewanderten immer noch als »die anderen«, versucht aber durch die Integration der verschiedenen Gruppen das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten möglichst konfliktfrei zu gestalten, unter Hinnahme der Tatsache, dass es darin unterschiedliche Gruppen gibt – beispielsweise solche, die nur teilweise integriert sind. So kann man eine Integrationsgesellschaft auch über Differenzen definieren, in der Gruppen als bereichernd oder belastend bewertet werden können.

Einwanderungsgesellschaften funktionieren anders, sie müssen zusammenwachsen, sie brauchen ein gemeinsames Wertesystem und eine starke Identifikation ihrer Bürgerinnen und Bürger damit. Etwas, das alle zusammenhält. In den USA sind dies beispielsweise das Wertesystem der amerikanischen Verfassung und der Glaube daran, dass die USA jedem Bürger und jeder Bürgerin eine Chance bietet. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Staat dieses Versprechen für alle einlösen kann oder nicht. Wichtig ist, dass ein gemeinsamer Überbau da ist. »Der amerikanische Traum« – ein Leben in Freiheit und die Chance auf Selbstverwirklichung – ist die gemeinsame Legende, die die Gesellschaft bei allen Differenzen zusammenhält und mit der sich die Amerikaner identifizieren können.

Gemeinsames Wertesystem und starke Identifikation

An ähnlichen Kriterien muss das zukünftige Einwanderungsland Deutschland ansetzen. Das Grundgesetz als in Gesetzesform gegossene Menschenrechte ist ein wichtiges Dach, unter dem sich alle Bürgerinnen und Bürger wiederfinden können. Diese Möglichkeit ist in den vergangenen Jahren immer wieder als »Verfassungspatriotismus« thematisiert worden. Weniger bis gar keine Rolle spielt dagegen die verbindende Kraft einer gemeinsamen Vision.

Deutschland hat bis vor wenigen Jahren den Schwerpunkt der Integration auf den Dreiklang: Bildung – Ausbildung – Arbeitsmarkt gelegt. Das liegt vor allem an der historischen Entwicklung: an dem Zusammenhang von Einwanderung und Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt gilt als die Integrationsmaschine per se. Tatsächlich ist Deutschland in dieser Frage auch sehr erfolgreich. Bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt liegt Deutschland laut MIPEX – dem »Migrant Integration Policy Index« des Brüsseler Thinktanks »Migration Policy Group« – weltweit auf Platz vier, gleichauf mit Kanada. Konkret bedeutet das: 78 % der Einwanderer in Deutschland haben Arbeit.

Das ist sehr erfreulich. An dem Strang Bildung – Ausbildung – Arbeitsmarkt sollte weiterhin festgehalten werden, aber für eine Einwanderungsgesellschaft ist dieser Teilbereich nicht ausreichend.

Das ist allerdings symptomatisch für das Integrationsverständnis in Deutschland. Immer noch werden Sprach- und Integrationskurse mit verschiedenen Projekten als Lösung des Problems und die soziale Integration als Integration per se verstanden. Das zeigt, dass es hier noch am »Geist« der Einwanderungsgesellschaft fehlt.

Die oben genannten Maßnahmen sind nur Instrumente der Integration. Sie sind notwendig, reichen aber nicht. Eine Einwanderungsgesellschaft braucht gemeinsame

Differenzpolitik contra gemeinsame Visionen?

Werte und ein gemeinsames Wir, das eben auch von einer gemeinsamen Vision begleitet wird. Nichts wäre im Moment kontraproduktiver als wieder in die Integrationsfalle zu tappen, indem wir die »technische Seite« der Integration mit Bravour erledigen, ansonsten aber über die Differenzpolitik Menschen über Jahrzehnte in ihren sogenannten kulturellen Nischen lassen, indem wir ihnen nichts anbieten, womit sie sich mit dieser Gesellschaft identifizieren können.

Zuerst sollte man die verstaubte Vorstellung begraben, dass Menschen aus »anderen« Kulturen kommen, und damit aufhören, ihre Lebensauffassung und ihr Verhalten aus ihrer kulturellen Herkunft zu erklären und ihnen eine kulturelle Nische in unserer Gesellschaft anzubieten. Kultur und kulturelle Differenzen mögen bereichernd oder interessant sein, aber eine Einwanderungsgesellschaft kann sie nicht zur Grundlage ihrer Integrationspolitik erklären. Und der Alltag ist kein Oberseminar in Kulturgeschichte. Kulturelle Erklärungen, die sich aus dem Herder'schen Kulturbegriff ableiten, sind für die Integrationspolitik nicht hilfreich.

Es kann nur eine universale, allgemeine Ethik geben, die für alle Menschen gilt. Das entspricht auch dem Ansatz der Menschenrechte, die ebenfalls nicht teilbar sind. Mit dieser Erkenntnis hat auch der Kulturrelativismus ausgedient, der jahrzehntelang die Debatte in Deutschland beherrscht hat. Wer heute von Rassismus spricht, sollte sich vergegenwärtigen, dass der Kulturrelativismus die Eingewanderten zu Gefangenen eines falsch verstandenen, paternalistischen Verständnisses gemacht und sie jahrzehntelang in »ihrer Kultur« eingemauert hat. Ob »der Türke um die Ecke« oder der »Lieblingsitaliener« – sie alle sorgten für Multikulti-Stimmung, zu Bürgern wurden sie nicht.

Kulturrelativismus mag angebracht sein, wenn man die Einwanderer auch nach Jahrzehnten noch als Gäste betrachten will, deren »Kultur« man respektieren muss. Dahinter steckt wohl mehr Folklore als Kultur, mehr Hilflosigkeit als böser Wille. Eine Gesellschaft, die noch in dem »kulturellen WIR« verharret, und versucht, mit dem »kulturellen ANDEREN« in Kommunikation zu treten.

Die Theorie des Philosophen Wolfgang Ivers zum Konzept der Multikulturalität besagt: »Es greift die Probleme des Zusammenlebens verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft auf (...). Es geht von der Existenz klar unterschiedener, in sich homogener Kulturen aus, nur jetzt innerhalb ein und derselben staatlichen Gemeinschaft. Das Multikulturalitätskonzept sucht dann nach Chancen der Toleranz, Verständigung, Akzeptanz und Konfliktvermeidung oder Konflikttherapie. Das ist ebenso löblich wie die Bemühungen um Interkulturalität, aber ebenso ineffizient, denn vom alten Kulturverständnis aus lässt sich allenfalls ein Stillhalten auf Zeit erreichen, nicht aber eine wirkliche Verständigung zwischen den kulturell heterogenen Gruppen oder eine Überschreitung der separierenden Schranken konzipieren.«

Eine Einwanderungsgesellschaft muss somit die Definition des Erziehungswissenschaftlers Georg Auernheimer von Kultur als »Aushandlungs-, Diskurs- und Darstellungsprozess« übernehmen, wenn aus Minderheiten und Mehrheit erfolgreich ein gemeinsames Ganzes entstehen soll. »Wenn wir Kultur als Orientierungssystem ver-

stehen, so ergibt sich daraus die Konsequenz, dass Kultur sich mit der Änderung von Lebensverhältnissen verändern muss, um weiter zur Orientierung tauglich zu sein. Um Veränderungsprozesse aber verstehen zu können, müssen wir totalisierende Kulturbegriffe aufgeben.« Somit wird der Weg frei zur Gestaltung einer gemeinsamen Kultur und einer gemeinsamen Vision.

Die wirkliche Herausforderung der nächsten Jahre liegt in der Transformation Deutschlands von einer Integrationsgesellschaft zu einer Einwanderungsgesellschaft.

Das heißt, dass Deutschland ethnisch/kulturelle Zuschreibungen seiner Bürgerinnen und Bürger hinter sich lässt und allen Menschen auf seinem Territorium die Chance eröffnet, in der Gesellschaft als Bürger – als Citoyen – anzukommen. Das muss von denen, die hier seit Generationen heimisch sind, genauso angenommen werden wie von denen, die vor längerer Zeit eingewandert sind – und auch von den Neuankömmlingen.

Damit dies die Einwanderungspolitik nicht spaltet, sondern zusammenführt, brauchen wir eine Wertedebatte. Wir müssen über unsere gemeinsamen Werte diskutieren, aber auch über unsere gemeinsame Kultur, gemeinsame Ziele und Visionen.

Deutschland, das Land der Dichter und Denker, muss weltoffen und neugierig auf die Zukunft schauen. Es sollte sich seiner Stärken bewusst werden als »das Land der europäischen Werte und der globalen Möglichkeiten«, ein Land, dass seine Stärke aus dem Gestaltungswillen seiner Bürgerinnen und Bürger bezieht. »This is a good country and it is my country«, sagte mir mal ein Einwanderer aus Mali in New York.

»Deutschland ist ein gutes Land und es ist unser Land« – vielleicht wäre das ja die Definition eines »deutschen« Traums.



Lale Akgün

war bis 2009 SPD-MdB und leitet seit 2013 das Projekt *newtrade* für nachhaltige Beschaffung in der NRW-Staatskanzlei. Zuletzt erschien im Aufbau-Verlag: *Kebabweihnacht* (2012).

lale_akguen@hotmail.com

Martin Kronauer

Die soziale Mischung macht's

Was die Wohnsituation für eine gelungene Integration (nicht) leisten kann

Viele Kommunen sind derzeit mit der großen Aufgabe konfrontiert, Wohnraum für Flüchtlinge bereitzustellen und einen erheblichen Teil von ihnen langfristig in die Gesellschaft aufzunehmen. Dies ist nicht das erste Mal in der jüngeren Geschichte. In den fünf Jahren unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs suchten den Angaben des Historikers Ulrich Herbert zufolge 8,3 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten und der sowjetischen Besatzungszone Zuflucht in den von den Westalliierten besetzten Zonen. Wohnraum war noch immer knapp, die Arbeitslosigkeit nahm zu, besonders die Neuankömmlinge waren davon betroffen. Und obgleich sie Deutsche waren, trafen sie auf erhebliche Ressentiments, nicht etwa auf eine »Willkommenskultur«. Im Nachhinein erwies sich ihre Integration als eine Erfolgsgeschichte,

doch zur damaligen Zeit war dies alles andere als ausgemacht. Die Integration musste politisch gewollt werden, und es gab keine Alternative zu ihr.

Die Situation ist heute in mancher Hinsicht ähnlich, in mancher Hinsicht aber auch nicht. Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik ist heute wesentlich stärker als die der Westzonen und der jungen Republik vor 1950. Die Zahl der Flüchtlinge ist zwar hoch im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor, aber erheblich niedriger (in absoluten Zahlen wie relativ zur Gesamtbevölkerung) als damals. Es sind keine Deutschen, die kommen, sondern Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen, und es besteht die Aussicht, dass viele von ihnen eines Tages in ihre Herkunftsländer zurückgehen können und wollen. Aber auch heute gilt: Viele der Flüchtlinge werden bleiben, und es gibt keine Alternative dazu, ihnen die Aufnahme in die Gesellschaft zu ermöglichen. Wieder muss es politisch gewollt werden, damit es gelingt.

Welche Bedeutung kommt dabei der Wohnsituation zu? Vor allem in längerer Frist, über das meist nur pragmatisch zu lösende Problem der Erstaufnahme hinaus? Im Zusammenhang mit dieser Frage taucht immer wieder das Argument auf, die »ethnische Segregation«, also die Herausbildung von Quartieren mit hohen Bevölkerungsanteilen von Zugewanderten, behindere die Integration. Sie verhindere den Kontakt mit Einheimischen, befördere den Rückzug in »ethnische Kolonien«, wenn nicht gar die Herausbildung von »Parallelgesellschaften« mit eigenen sozialen Regeln, bis hin zur Ablehnung der Regeln der Aufnahmegesellschaft. In einigen Fällen ist das Argument als Warnung gedacht, Migrantinnen und Migranten räumlich von der »einheimischen« Bevölkerung zu isolieren. In anderen Fällen richtet es sich gegen die Aufnahme der Zugewanderten selbst. Was ist aus Sicht der Stadtforschung zu diesem Argument zu sagen?

Ein Blick in Einwanderungsgesellschaften zeigt, dass die ethnisch geprägten Nachbarschaften dort, wie Walter Siebel in seinem Buch *Die Kultur der Stadt* argumentiert, in erster Linie als Brücken in die Aufnahmegesellschaft fungieren. Sie ermöglichen es den Neuankömmlingen, Kontakt zu Menschen aufzunehmen, die ihre Sprache sprechen, möglicherweise aus derselben Herkunftsregion stammen, Erfahrungen im Umgang mit den Behörden des Aufnahmelandes gesammelt haben, Wohnraum und Arbeit vermitteln können. Es sind Orte des Übergangs, die es erlauben, sich mit den neuen Lebensbedingungen vertraut zu machen, ohne die eigene Herkunftsgeschichte verleugnen zu müssen. Das galt beispielsweise im typischen Einwandererviertel New Yorks, der Lower East Side, zunächst für die deutschen Migrantinnen und Migranten, dann für die italienischen, polnischen und die puertoricanischen. Der Wechsel in der ethnischen Zusammensetzung des Viertels zeigt den sozialen Aufstieg der jeweiligen Bewohnergruppen an, die weggezogen sind. Das Gebäude mit den Insignien der deutsch-amerikanischen Schützengesellschaft, die für Kunstausstellungen genutzte ehemalige Synagoge, die Papststatue vor der polnischen Kirche – all das sind zurückgebliebene Zeichen des sozialen Wandels. Diese »Migrantenviertel« mögen Probleme haben, ebenso wie mehrheitlich von Einheimischen bewohnte Viertel auch, aber sie stellen kein Problemviertel dar, nur weil dort viele Zugewanderte leben.

Damit die Einwandererviertel als Brücke fungieren können, müssen jedoch sozialer Aufstieg und räumliche Mobilität möglich sein. Ersterer hängt vom Zugang zum Arbeitsmarkt, zu schulischer und beruflicher Bildung ab, letztere von nicht-diskriminierendem Zugang zu Wohnungen in anderen Vierteln der Stadt. Bleiben die Zugänge für Teile der Bewohnerschaft versperrt, dann kann das Quartier für diese zu einer Falle der sozialen Isolation und zusätzlichen Benachteiligung werden. Das Problem ist dann aber die soziale, nicht die ethnische Segregation und diese betrifft in gleicher Weise

die ebenfalls von sozialer Ausgrenzung bedrohten Bewohnergruppen des Viertels ohne Migrationsgeschichte. Die Debatte führt immer dann in die Irre, wenn sie als ethnisches Problem ausbitt, was im Kern ein soziales Problem darstellt.

Empirische Befunde für Deutschland zeigen bislang, dass Viertel mit hohen Anteilen von Migrantinnen und Migranten ethnisch gemischt sind. Kaum jemals übersteigt der Anteil einer Gruppe 30 %. Auch sozial sind sie intern heterogener als etwa die privilegierten Viertel der Wohlhabenden, über deren Segregation sich kaum jemand Gedanken macht. Der Begriff »Ghetto«, der in amerikanischen Städten für Viertel mit Armutsquoten von 40 % der Bewohner verwendet wird, ist zur Charakterisierung von Stadtquartieren in Deutschland unangemessen. Auch die empirischen Studien, die Hartmut Häußermann in seinem 2009 erschienenen Aufsatz *Behindern »Migrantenviertel« die Integration?* zusammengefasst hat, belegen, dass ethnische Segregation Kontakte zu Einheimischen nicht verhindert. Umgekehrt bedeutet räumliche Nähe allein aber auch nicht ohne Weiteres eine Erleichterung sozialer Kontakte. Man kann sich auch in der Nachbarschaft aus dem Weg gehen. Wer mit wem gut kann und in näheren Kontakt treten will, hängt insbesondere von sozialer Nähe, der vergleichbaren sozialen Stellung, nicht aber von räumlicher Nähe ab.

*Man kann sich auch
in der Nachbarschaft
aus dem Weg gehen*

Auch für Deutschland gilt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte die migrantisch geprägten Viertel verlassen, je fester sie in dem Aufnahmeland Fuß gefasst haben und je stärker sie ökonomisch, sozial und kulturell eingebunden sind. Ein kulturell verankerter Wunsch zur räumlichen Absonderung lässt sich jedenfalls auf Seiten der Migrantinnen und Migranten nicht erkennen (eher bei den Einheimischen). Die Pflege der eigenen Herkunftskultur ist bei den Bewohnern »ethnischer Kolonien« nicht stärker ausgeprägt als bei Zugewanderten, die in anderen Vierteln leben. Allerdings spielen Bildung und Einkommen eine wichtige, intern differenzierende Rolle im Umgang mit den Traditionen des Herkunftslandes.

Wenn also Bildung, Einkommen und Beruf und nicht der Wohnort über die Eröffnung (oder Verschließung) von Teilhabechancen entscheiden, welche Bedeutung kommt dann überhaupt den »Nachbarschaftseffekten« von ethnisch geprägten Vierteln zu? Zuvor war von möglichen positiven »Brückeneffekten« und deren Voraussetzungen die Rede. Allerdings gehört zu den empirischen Befunden auch, dass das Erlernen der neuen Landessprache in »ethnischen Kolonien« schwerer als beim überwiegenden Zusammenleben mit Einheimischen fällt. Eigenständige, problematische Nachbarschaftseffekte zeigen sich dann, wenn Menschen mit geringen ökonomischen und beruflichen Ressourcen unter sich bleiben und kaum Chancen für sich sehen, ihre soziale Lage zu verbessern. Ihre Mobilität ist am stärksten eingeschränkt, sie sind auf die oft schlechter ausgestattete Infrastruktur im Quartier und dichte, aber enge soziale Netze angewiesen, die kaum Aufstiegsmöglichkeiten vermitteln. Dies sind jedoch Folgen sozialer, nicht ethnischer Segregation, selbst wenn beide zusammen auftreten. Kriminologische Studien von Dietrich Oberwittler haben für zwei deutsche Städte eigenständige Nachbarschaftseffekte bei der Delinquenz von Jugendlichen, deren Freundeskreise auf das Wohngebiet konzentriert sind, nachgewiesen, allerdings nicht bei Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Unbestritten ist, dass der Schulerfolg von Jugendlichen von der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft und damit indirekt der des Wohnquartiers beeinflusst wird.

Gibt es Möglichkeiten der sozialen Segregation und ihren Folgen innerhalb der Viertel entgegenzuwirken? Kontakte über die Grenzen von unterschiedlichen sozial-

ökonomischen Positionen hinweg stellen sich, es wurde schon darauf hingewiesen, nicht bereits durch räumliche Nähe her. Es bedarf dazu besonderer Anlässe, und die müssen geschaffen werden. Ein zentraler Ort, an dem notwendigerweise solche Kontakte stattfinden, ist die Schule. Gemeinsames Lernen von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft ist ein hervorragendes Mittel, um Bildungs- und damit Lebenschancen zu vermitteln. Und insofern sie dies gewährleisten kann, kommt der Schule eine entscheidende Bedeutung dabei zu, gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen.

Gerade wegen ihrer weichenstellenden Bedeutung aber stehen die Schulen auch in besonderer Weise im Kräftefeld von sozialen Selektionsprozessen. Eltern aus den Mittelklassen fürchten um die Förderung ihrer Kinder, wenn sie mit Kindern aus ärmeren und beruflich weniger etablierten Haushalten zusammen unterrichtet werden. Deshalb kann man eine starke Tendenz erkennen, dass diese Eltern aus Vierteln mit hohen Anteilen von einkommensschwachen und migrantischen Haushalten wegziehen oder die Kinder auf Schulen außerhalb schicken. Eine der Integration verpflichtete Politik müsste deshalb die »Brückenfunktion« der Schule stärken und gerade in die Infrastruktur und die Lehrkräfte der Schulen jener Viertel investieren, um sie auch für Schüler aus den Mittelklassen (sowohl »einheimische« als auch solche mit Migrationsgeschichte) attraktiv zu machen; und um damit die (vor allem im internationalen Vergleich erwiesenen) Lernvorteile bei sozialer Mischung auszuschöpfen. Dies gilt bereits unabhängig von den gegenwärtigen, durch Flucht ausgelösten Migrationsbewegungen. Es wird aber durch sie noch dringlicher, da abzusehen ist, dass aufgrund der Verteilungseffekte des Wohnungsmarktes viele Flüchtlinge in solchen Quartieren wohnen werden, in denen bereits Migrantinnen und Migranten leben.

Dies wäre eine erste wichtige Konsequenz, hergeleitet aus der Forschung zu ethnischer und sozialer Segregation. Eine weitere betrifft die Bereitstellung neuer Wohnungen für die Flüchtlinge. Starke Gründe sprechen dagegen, neue Wohnsiedlungen am Stadtrand ausschließlich für Flüchtlinge zu bauen; gute Gründe sprechen für eine dezentrale Verteilung der Wohneinheiten in verschiedenen Quartieren, was soziale Mischung in der Nutzung gemeinsamer Infrastruktur – und hier wieder insbesondere Schulen und andere Ausbildungseinrichtungen – fördern würde. Aber auch in diesem Fall gilt, dass sich gezielte soziale Kontakte nicht schon aufgrund räumlicher Nähe herstellen. Das Gegenteil, Ablehnung und Abgrenzung, kann ebenfalls die Folge sein. Hier weist die Segregationsforschung (insbesondere die des amerikanischen Kriminologen Robert J. Sampson) auf die wichtige, Quartiere stabilisierende Rolle zivilgesellschaftlicher Nachbarschaftsorganisationen hin. Als Brücke können sie allerdings nur dann wirksam werden, wenn sie Partizipation auf beiden Seiten gewährleisten, also auch die Flüchtlinge einbeziehen.

Schließlich lässt sich aus der Forschung zu »ethnischen Kolonien« für die aktuelle Situation noch ein Drittes lernen. Wie andere Zugewanderte suchen auch die Flüchtlinge nach ihren eigenen »Brücken« in die Aufnahmegesellschaft. Sie nehmen, sofern sie solche haben, Kontakt zu Verwandten, Bekannten und Bekannten von Bekannten auf, die bereits in Deutschland leben und beim Übergang in die neue Lebenssituation helfen können. Auch diese Brückenfunktion gilt es zu nutzen und nicht durch bürokratische Aufenthaltsverpflichtungen zu schwächen.



Martin Kronauer

ist Professor (em.) für Gesellschaftswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Inklusion und Exklusion im internationalen Vergleich, Stadt und soziale Ungleichheit.

kronauer@hwr-berlin.de

Tobias Moorstedt

#refugeeswelcome vs. »Deutschland steh auf«

Die Flüchtlingsfrage und die Mobilisierungskraft der neuen Medien

Firas Al Shater fällt überhaupt nicht auf im Berlin des Jahres 2016, er trägt Vollbart, mehrere Ohrringe und eine altmodische Weste über dem weißen Hemd. Er könnte einer der vielen Digital-Hipster sein, die im Café St. Oberholz oder im Betahaus über einem Flat White sitzen und vom märchenhaften Start-up-Erfolg träumen. Der 26-Jährige ist jedoch kein Teil der Berliner Bohème, sondern musste vor gut zwei Jahren aus Syrien nach Europa fliehen – an die Kraft des Internets aber glaubt auch er.

Al Shater betreibt den YouTube-Kanal »Zukar«, auf dem er »Deutschland aus der Perspektive eines Flüchtlings« beschreibt. Er tut das humorvoll-lässig, mit genretypischen Animationen und schnellen Schnitten. »Früher habe ich Filme gemacht«, erzählt er, »wenn ich nicht im Gefängnis saß, weil ich Filme gemacht habe«. Das Video mit dem Titel »Wer sind diese Deutschen« wurde in knapp zwei Wochen mehr als 400.000 Mal angeklickt. Faris Al Shater steht darin mit verbundenen Augen und ausgebreiteten Armen auf den Alexanderplatz. Vor ihm steht ein Pappschild auf dem Boden: »Ich bin ein syrischer Flüchtling. Ich vertraue dir. Vertraust du mir? Umarme mich!«

Mit der Aktion will Al Shater testen, wo der sprichwörtliche »kleine Mann von der Straße« in der Flüchtlingsfrage wirklich steht, auf der Seite der Regenbogenfahnen schwenkenden #refugeeswelcome-Aktivisten oder im hysterischen AfD-Pegida-Mob? Oder irgendwo dazwischen? Das Video hat übrigens ein Happy End. Nachdem die Passanten Faris Al Shater eine Zeit lang ignorieren, bekommt er eine erste Umarmung. Und dann noch eine. Und noch eine. Sein Fazit: »Wenn die Deutschen mit etwas anfangen, dann hören sie überhaupt nicht mehr auf.«

Der »Zukar«-Videokanal ist nur eines von vielen Webprojekten, die versuchen, die Kraft der sozialen Medien zu nutzen, um die Integration von Flüchtlingen zu erleichtern. Es gibt Video-Tutorials, die Neuankömmlingen zeigen, wie sie ein Bankkonto eröffnen können. Auf Google Maps gibt es die »Refugee Welcome Map«, auf der Anlaufstellen und Hilfsangebote markiert wurden. Und es gibt Apps wie *REFUGERmany* und Plattformen wie *Wefugee*, die Kontakt zwischen Unterstützern und Flüchtlingen herstellen (hier geht es sowohl um Fragen der Bürokratiebewältigung als auch darum, wo man eine nette Fußballmannschaft findet). »Die digitalen Medien können eine Kommunikation auf Augenhöhe herstellen« urteilt die Autorin und Netzaktivistin Anke Domscheit-Berg. Die 48-jährige hat seit 2015 Dutzende Flüchtlinge in ihrem Haus bei Berlin beherbergt und den deutschen #refugeehackathon initiiert, einen Programmiermarathon, bei dem digitale Lösungen entwickelt wurden, die Flüchtlingen und Freiwilligen helfen sollen. Domscheit-Berg sagt: »Diese Anwendungen unterstützen Newcomer bei der Orientierung im fremden Land, bei der Kommunikation und vielen anderen Herausforderungen – vor allem aber erhalten sie wieder etwas Autonomie zurück, können ihr Leben unabhängiger selbst managen.«

Die Mobilisierungskraft der neuen Medien wird jedoch nicht nur von der #refugeeswelcome-Fraktion genutzt. Auf Facebook gibt es zum Beispiel auch die Gruppe *Deutschland steh auf*, die knapp 10.000 Fans hat, und auf deren Seite man Einträge findet mit Titeln wie »Stürzt Merkel« und »Moslems in Großbritannien vergewaltigen 1.200 Kinder«. Die Nachricht, dass Flüchtlinge kostenlos mit der Deutschen Bahn reisen dürfen,

kommentieren die Macher der Seite hämisch: »Aber Schlepper für tausende Euro konnten sie sich schon leisten, oder?« Unter dem Artikel finden sich wütende Emojis und Kommentare wie: »Das ist so krass armes Deutschland« oder »Sone Schweine dürfen doch alles bekommen« (sic). Immer mehr Artikel erscheinen, die die sozialen Netzwerke als gefährliche Parallelgesellschaften beschreiben (»Wo Hass und Jauche blubbern«, titelte etwa die Berliner Zeitung). Die TV-Journalistin Dunja Hayali ging gerichtlich gegen Beleidigungen eines Facebook-Nutzers vor und fragte bei der Verleihung der Goldenen Kamera »Glaubt eigentlich irgendjemand, dass das irgendwas bringt, dieser ganze Hass?« – dafür wurde sie als Kämpferin gegen den Mob 2.0 gefeiert. Und Hans Magnus Enzensberger beschreibt die sozialen Netzwerke in seinem Aufsatz »Wehrt euch!« als quasi-asoziale Macht. Sein Rat: »Wer solche Freunde haben will, dem ist nicht zu helfen. Wer das Unglück hat, einem solchen Unternehmen anzugehören, der ergreife so schnell wie möglich die Flucht.«

Je schriller, desto like

Wie so oft, wenn es um die Folgen des modernen Mediengebrauchs geht (Sollten Schulkinder mit Tablet-Computern lernen? Was passiert wohl im Gehirn eines Videospielfans?) herrscht entweder Euphorie oder Abendlanduntergangsstimmung. Dabei handelt es sich bei digitalen Medien nicht um eine gute oder böse Kraft, sondern um zweckagnostische Werkzeuge: Welche Wirkung sie haben, kommt darauf an, auf welche Art und Weise sie eingesetzt werden (mit einem Hammer kann man ja auch Flüchtlingsheime bauen und Schädel einschlagen). Trotzdem muss man 2016 festhalten, dass sich die basisdemokratische Mustergesellschaft, die sich manche durch die Politik-2.0-Tools erhofft hatten, nicht eingestellt hat. Selbst ausgewiesene Digital Natives wie Sascha Lobo sehen die Wirkung der sozialen Netzwerke kritisch: »Die politische Öffentlichkeit wird zum immer schriller kreischenden Stammtisch, begünstigt durch die sozialen Medien, befeuert aber auch von redaktionellen Medien, die sich selbst in einen Sharing-Teufelskreis hineinsteigern: je schriller, desto like.«

Noch vor wenigen Jahren hatte man von Bürgerjournalisten geträumt, die die Habermas'schen Diskursregeln verinnerlicht haben und eine neue Form der Öffentlichkeit herstellen – die fünfte Macht. Und die Leute publizieren ja fleißig im Netz – nur gibt es eben auch viele Bürgerboulevardjournalisten, die die BILD rechts überholen.

Die moralische Frage, ob man jemanden entfreunden sollte, weil er einen Pegida-Post geliked hat oder die Flüchtlingspolitik von »Mama Merkel« unterstützt, ist in diesen Tagen auf Facebook allgegenwärtig. Viele Nutzer kommentieren Nachrichten, die ihnen nicht gefallen, eher aus dem Verdauungstrakt heraus als rational: »Da wird mir schlecht«, »Ich könnte kotzen«, »Wie eklig«. Eine vom eigenen Weltbild abweichende Information wird behandelt wie ein E.coli-Bakterium, ist keine Meinung, die mehr oder weniger Legitimation besitzt, sondern ein gefährlicher Keim, der zu Brechdurchfall führt und dem man mit diskursiven Desinfektionsmitteln zu Leibe rücken muss. Vielen Nutzern ist es offenbar körperlich unmöglich, abweichende Meinungen zu ertragen oder sich mit diesen auseinanderzusetzen. Diese Allergie ist Teil des Problems.

Das Internet gibt uns die Möglichkeit, weltweit Nachrichten zu konsumieren und unsere Meinung zumindest theoretisch mit jedem Menschen zu teilen – laut der Forschungsabteilung von Facebook ist man über »3,5 Ecken« mit jedem der mehr als eine Milliarde Nutzer verbunden. Gleichzeitig schafft das Internet bzw. schaffen die Algorithmen, die den Nachrichtenfluss organisieren, aber auch Informationssilos, in denen man niemanden mehr trifft, mit dem man nicht ohnehin einer Meinung wäre. »Filter Bubble«, nannte das Eli Pariser. »Das System zeigt uns Dinge, von denen es annimmt, dass wir sie kaufen, lesen oder für sie stimmen werden«, schreibt die MIT-Sozio-

login Sherry Turkle in ihrem neuen Buch *Reclaiming Conversation*: »Auf diese Art und Weise bestimmt es, wie wir die Welt sehen und welche Ziele wir für erreichbar halten.«

Hinzu kommt, dass Nutzer sozialer Medien ihre Meinung mit geringerer Wahrscheinlichkeit teilen, wenn sie annehmen, dass ihre Freunde, Fans und Follower dieser nicht zustimmen – jeder möchte geliked werden. Das fand das renommierte Pew Research Center in einer Studie mit dem Titel »Social Media and the Spiral of Silence« heraus. Bereits 2007 beschrieb der Jurist und Obama-Berater Cass Sunstein in seinem Buch *Republic 2.0* eine »Gruppen-Polarisierung«, die immer dann eintrete, wenn Gruppen das sichere Gefühl haben, einer Meinung zu sein und wenn sie nur noch intern kommunizieren. Dies führe zur Ausbildung extremer Ansichten und zu weniger Toleranz gegenüber anderen Positionen. Diese »Balkanisierung des Internets« wird derzeit vor allem dann sichtbar, wenn es um die Balkanroute der Flüchtlinge geht.

Eines der Symbole der deutschen Willkommenskultur und des zweiten Sommermärschs war der Hashtag *#refugeeswelcome*, der auf Twitter, Plakaten und Webseiten auftauchte. Nur wenige Monate später kippt die Stimmung und *#refugeeswelcome* könnte in eine Reihe mit den Hashtag *#StopKony* oder *#Bringbackourgirls* gestellt werden; ambivalente Ikonen einer neuer Kommunikationsära, die sowohl für die Mobilisierungsquote der Netzgesellschaft als auch für die letztendliche Folgenlosigkeit vieler Online-only-Kampagnen stehen. Wenn Politik nach Max Weber das Bohren harter Bretter ist, dann erzeugt der sogenannte »Fünf-Minuten-Aktivist«, der denkt, mit einer PayPal-Spende oder einem Klick auf den Like-Button sozialen Wandel unterstützen zu können, nicht einmal Sägespäne. »Die langsame, harte Arbeit der Politik geht verloren«, schreibt Turkle, »Das Lesen, die Analyse, der Versuch, einen anderen Menschen, der einen anderen Standpunkt hat, zu überzeugen. (...) Politik braucht Konservationen und Gesprächspartner, die zulassen, dass die Welt komplexer ist, als sie ursprünglich dachten.«

Es ist vermutlich ein gutes Zeichen, dass auf der Seite *VolunteerPlanner.org* keine hehren Slogans auftauchen, sondern nur ein klickbarer Button mit der Aufschrift »Ich will helfen« und ein paar Zahlen: knapp 40.000 Freiwillige haben mehr als 100.000 Arbeitsstunden geleistet. »Derartige Seiten versuchen, Angebot und Nachfrage zu matchen«, erklärt Domscheid-Berg. Es gehe darum, zu verhindern, dass Nadelöhre und lange Wartezeiten entstehen. Die Computerexpertin nutzt eine kühle, technische Sprache, spricht von *Use Cases*, strukturierten Datenbanken und Skalierbarkeit, aber eigentlich geht es ihr um Wärme und Nähe. »Die elektronischen Medien sind nur der Enabler«, sagt Domscheid-Berg, »viel wichtiger sind die realen Kontakte zwischen Menschen, die dadurch entstehen«.

Die digitale Welt basiert auf dem Binärkode – es gibt nur Nullen und Einsen, wahr oder falsch, Schwarz oder Weiß. Unser Denken über die digitale Welt aber muss komplexer sein als dieser Grundbaustein. »Das Gespräch von Angesicht zu Angesicht ist die menschlichste Beschäftigung überhaupt«, schreibt Turkle in ihrem wichtigen Buch, das den Untertitel »The Power of Talk in a Digital Age« trägt. »Wenn wir uns der Präsenz des anderen aussetzen, lernen wir, zuzuhören und entwickeln die Fähigkeit der Empathie.«

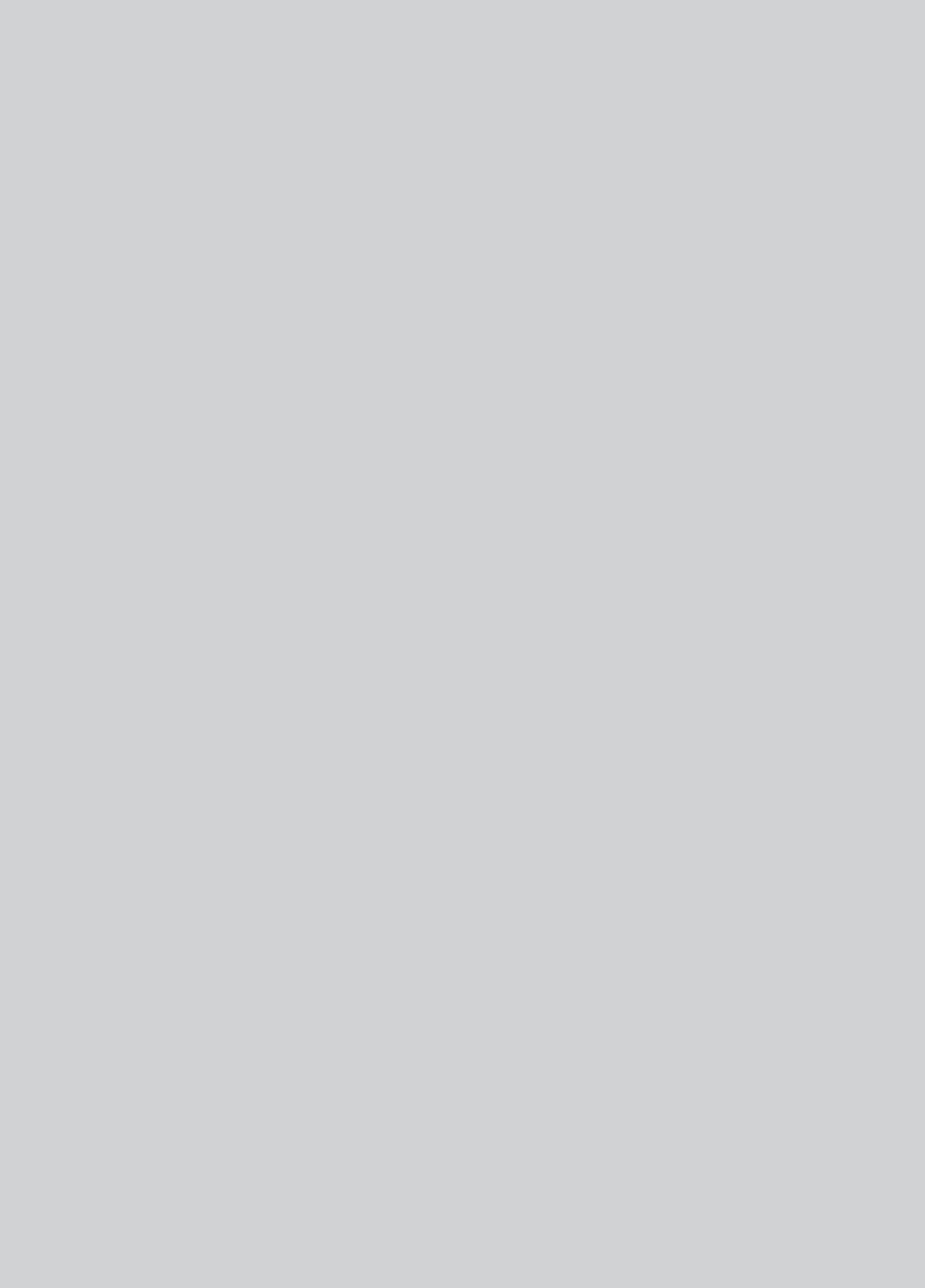
Vielleicht ist es so: Wenn wir nur genug miteinander sprechen, können wir uns auch auf Facebook anschreiben.



Tobias Moorstedt

arbeitet als freier Journalist und Autor und ist Mitgründer der Medienagentur Nansen&Piccard. Bei Suhrkamp erschien 2013 der Sammelband *Big Data. Das neue Versprechen der Allwissenheit* (hg. zus. mit Heinrich Geiselberger).

tobias-moorstedt@web.de



Thomas Meyer

Integration – das unbekannte Wesen

Es gibt, folgt man der wissenschaftlichen Literatur, drei Arten, wie größere Migrantengruppen in ihren Aufnahmegesellschaften ankommen können: *Insertion* als äußerliche Anwesenheit unter voller Beibehaltung ihrer kulturellen Ursprungsidentität; *Assimilation* als komplette Übernahme der Kultur des Aufnahmelandes; schließlich *Integration* als gleiche Teilhabe an den Chancen und Pflichten, vor allem aber auch der politischen und zivilen Kultur des Aufnahmelandes bei Wahrung ihrer selbst gewählten Glaubens- und Lebenskultur. Für alle drei Modelle lassen sich in den europäischen Ländern Beispiele finden: Aber, es liegt auf der Hand, dass nicht jedes von ihnen den betreffenden Gesellschaften gleich gut bekommt. Das sollten wir hierzulande am Anfang einer neuen, in ihrer Art und ihrem Ausmaß beispiellosen Integrationsaufgabe sorgfältig prüfen und beherzigen.

Dem Insertionsmodell sind die Niederlande vor geraumer Zeit ziemlich nahe gekommen. Das dort ursprünglich in dem religionsgeprägten Land praktizierte Toleranzkonzept eines nur noch rein äußerlich verbundenen Nebeneinanders («Versäulung») separater ethnischer und Glaubenskulturen, später »Multikulturalismus« genannt, ist erst nach traumatischen Erfahrungen und heftigen Konflikten vehement verworfen worden. Es funktionierte nicht und brachte weder ein gemeinsames Staatsbürgerbewusstsein noch übergreifende Solidarität hervor. Das Assimilationsmodell erschien dem postkolonialen Frankreich mit seinem laizistischen Staatsbewusstsein zunächst als Selbstverständlichkeit: Wir sind alle Franzosen und die Religion spielt keine Rolle. Auch dieses Modell ist, vor allem aus Gründen der krassen sozialen Ungleichheit und Ausgrenzung, in den dafür fast zum globalen Symbol gewordenen Vororten der großen Städte (*banlieus*) krachend gescheitert. Ein Ausweg aus der Misere ist nicht in Sicht.

Sobald (es war ziemlich spät) in der Bundesrepublik sich das Bewusstsein zu entwickeln begann, dass die vielen gerufenen »Gastarbeiter« in Wahrheit nicht nur Produktionsfaktoren waren, die wieder gingen, wenn sie nicht mehr gebraucht würden, nahm in der öffentlichen Debatte zögerlich die Zielvorstellung der *Integration* Gestalt an. Sie verlangt, kurz gesagt, eine delikate Balance zwischen der gleichen Teilhabe der Neubürgerinnen und -bürger an den das Leben bestimmenden Chancen und Pflichten (politisch, ökonomisch, sozial und zivilgesellschaftlich) unter Wahrung des Rechts auf Selbstbestimmung ihrer kulturellen und religiösen Identität. Letzteres ist, was wenig bekannt zu sein scheint, kein Gnadengeschenk einer großzügigen Gesellschaft, sondern ein universelles Grundrecht.

Integration, so viel sollte angesichts der europaweiten Erfahrung unstrittig sein, kann schnell misslingen, das ist schließlich auch hierzulande an Brennpunkten zu beobachten. Und sie kann ganz gut gelingen, das ist bei uns in der großen Fläche und in wichtigen Belangen durchaus der Fall, mit schmerzhaften Defiziten und vielen nicht recht vorankommenden Baustellen (Schulabschlüsse, *Integration braucht Konsens* Separierung, Arbeitslosigkeit). Akzeptiert sollte auch sein, dass Integration ein zweipoliger Prozess ist, der nur dort gelingt, wo beide Seiten, die Migrant/innen und die Aufnahmegesellschaft, das auch wollen und das Richtige dafür beizeiten tun. Integration lässt sich nicht von oben verordnen, aber doch in ihren materiellen Bedingungen entscheidend erleichtern. Die Mindestbedingung für das Gelingen, auch das sollte allen einleuchten, lässt sich nicht ohne eine prinzipielle

Selbstverständigung der Aufnahmegesellschaft darüber erfüllen, was es heißt und was von jedem verlangt wird, wenn alle bei der Integration von Millionen Neuankömmlingen in kurzer Zeit, in den Schulen, in den Nachbarschaften, an den Arbeitsplätzen und in den Wohnwelten aktiv mitwirken müssen. Da sich viele, ohne Zweifel die meisten Menschen an die Sicherheiten des Eingelebten, des Überschaubaren, des halbwegs Kalkulierbaren in einer ohnehin von großen und wachsenden Unsicherheiten geprägten Welt klammern, worauf sie durchaus ein gutes Recht haben, bedarf jeder gewollte Bruch mit ihrer Lebensnormalität – tatsächlich oder nur gefürchtet – eines neuen gesellschaftlichen Konsenses.

Nun ist die Bundesrepublik fast über Nacht zu einer Gesellschaft der »Masseneinwanderung« geworden, wofür sich Gründe nennen lassen, aber die große öffentliche Debatte darüber, was das für alle heißt, und wie wir es gemeinsam schaffen können, hat nicht stattgefunden – noch nicht einmal eine große, überzeugende und mitreißende Rede der Kanzlerin, in der sie klargestellt hätte, was ihre unabwiesbaren Gründe für die Grenzöffnung waren, ob diese befristet sein soll oder nicht und was genau sie selbst und das Land nun tun müssen. Das ist bei einem gesellschaftlichen Experiment dieser Größenordnung, Plötzlichkeit, Unkalkulierbarkeit und Unumkehrbarkeit ein großes Risiko für das Gelingen – und ein gravierendes Legitimationsdefizit. Der notorische Merkelsche Politikstil, diese spezielle Mischung aus pauschal beschwichtigender, auf die eigene Person bezogener Symbolpolitik als scheinbarer Garantie für Glaubwürdigkeit und Erfolg, verbunden mit einem ungeklärten Durchwursteln auf Sicht, dürfte sich bei diesem Thema als folgenreicher Fehler erweisen. Er gibt der wachsenden Vielzahl der Verunsicherten und Verängstigten weder Orientierung noch Gewissheit. Indem er sie mit ihren Ängsten und Befürchtungen allein lässt, erleichtert er ungewollt den Erfolg der Rechtspopulisten. Im Übrigen dürfte eine Kommunikationskultur nach dem Motto »Die heilige Merkel gegen die Rassisten«, wie der Oxforder Entwicklungsökonom Paul Collier jüngst spottete, gesellschaftliche Gräben aufreißen und vertiefen, die lange offen bleiben werden. Die Wirklichkeit ist zwar nun, wie Navid Kermani pointierte, mit den sehr großen Zahlen an Migrant/innen seit dem Sommer 2015 in die schon aus anderen Gründen tief verunsicherte Republik hereingebrochen, aber sie hat den politischen Diskurs noch nicht erreicht. Er zerfällt bis heute im Wesentlichen in zwei sich trotzig gegeneinander verbarrikadierende Varianten der Realitätsverweigerung: die Utopisten der Grenzenlosigkeit auf der einen Seite und die der romantischen Verteidigung vergangener Zeiten vermeintlicher Homogenität auf der anderen. Diese unheilvolle Polarisierung sollte schnell beendet werden.

Es liegt doch nach allen bisherigen Erfahrungen in Europa auf der Hand: Ein längeres Andauern der Migration in einer den Zahlen von 2015 nahe kommenden Größenordnung würde die Integrationsfähigkeit unseres Landes und jedes anderen schon rein materiell überfordern und seine Fähigkeit, auch den danach kommenden Flüchtlingen noch Schutz zu gewähren, in jeder Hinsicht massiv beschädigen. Darum ist sie auch moralisch widersprüchlich. Weder die Infrastruktur und der Arbeitsmarkt, noch die Wohnsituation und schon gar nicht die bisherige Willkommenskultur eines erstaunlich großen Teils der Gesellschaft hielten einer solchen Entwicklung stand – und die Stimmung könnte, es hat schon begonnen, dann auch in Deutschland auf breiter Fläche umkippen. Das Vertrauen der Gesellschaft in die nachhaltige Verkraftbarkeit der schon jetzt sehr großen Zahl von Migrant/innen ist aber eine zentrale sozialpsychologische Voraussetzung für das tatsächliche Gelingen der Integration. Gegen die Mehrheit der Gesellschaft kann es keine Integration geben.

Es ist ja gar nicht lange her, dass die »heilige Angela« vehement gegen den Multikulturalismus polemisiert und gespottet hat. Ist sie sich, sind wir uns wirklich darüber im Klaren, worin der Unterschied zwischen einem multikulturell offeneren Land und einer kulturell pluralistischen Republik besteht? Vermutlich nicht so richtig. Denn letztere ist, wie die europäische Erfahrung zeigt, sehr schwer zu schaffen, weil sie ein in den individuellen Überzeugungen verwurzeltes und im Handeln sichtbares gemeinsame Bürgerbewusstsein über alle kulturellen Differenzen hinweg verlangt: ein neues »Wir«, das stark genug ist, um Toleranz, übergreifende Verantwortung und Solidarität zu schaffen. Mit der gleichen Teilhabe aller an den Chancen und Pflichten des Gemeinwesens, auch sie schon schwer genug zu erreichen, ist ja erst die eine Voraussetzung von Integration geleistet; die andere ist weit schwieriger. Die Anerkennung des Rechts auf kulturelle und religiöse Selbstbestimmung findet nämlich auch in der kulturell pluralistischen Republik ihre (unverhandelbare) Grenze an den politisch-kulturellen Bedingungen gemeinsamer Bürgerschaft. Von allen, die in einer rechtsstaatlichen Demokratie zusammen als Bürger/innen zusammenleben, wird ja die überzeugte Akzeptanz der politischen und der zivilbürgerlichen Kultur erwartet, die gemeinsam Bürgerschaft erst möglich macht. Das Herz der politischen Kultur sind Grundwerte der demokratischen Verfassung. Das geht über die selbstverständliche Achtung des Grundgesetzes und der Gesetze hinaus. Es geht um mehr, nämlich um Kultur, also um Werte, Einstellungen und Dispositionen, die sich im gesellschaftlichen Handeln bewähren – eine große Herausforderung, von der manche Kenner meinen, sie bedürfe der Anstrengung von Generationen.

Schwierig und im Kern ungeklärt ist dabei die Frage, wie weit reicht und wie tief greift jene zivilbürgerliche Kultur, die von allen als Bürgerinnen und Bürger geteilt werden muss? Was gehört dazu, um im Umgang miteinander wechselseitige Anerkennung, Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft, vor allem auch Solidarität zu fundieren? Wie viel von der Geschichte unseres Landes sollten alle halbwegs kennen? Wie viel von der damit verbundenen Verantwortung kann ihnen zugemutet werden? Wo genau sind die Grenzen der kulturell-religiösen Selbstbestimmung, wo beginnt das Terrain der verpflichtenden Gemeinsamkeit, damit in Schulen, Wohnwelten und im Arbeitsleben die alten und die neuen Bürger/innen einander näherkommen können? Es gibt Arten des Gebrauchs von Versatzstücken religiöser Überlieferungen und die religiöse Bemäntelung archaischer Gewohnheiten, die nicht zur demokratischen Bürgerkultur passen. Sie unterscheiden sich von Region zu Region und von Milieu zu Milieu: Antisemitismus, habituelle Frauenfeindlichkeit, konfrontative Durchsetzungskultur von Männern (untereinander und gegen Frauen) – alles auch hierzulande milieuspezifisch vertreten – dürfen nicht unter vermeintlich kulturell-religiösen Artenschutz gestellt werden. Die Berufung auf religiöse Identitäten kann jedenfalls in einer demokratischen Republik kein Rechtfertigungsgrund für die Verletzung ihrer zivilen Normen sein. Der Islam als persönliche Religion hingegen ist, wie der mittlerweile bei uns zum faktischen Mainstream gewordene Euro-Islam zeigt, keine Integrationsbarriere und auch kein Hindernis auf dem Weg zu einer gemeinsamen Bürgerschaft. Und um sie vor allem geht es jetzt.

Gemeinsame Bürgerschaft



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. In der edition suhrkamp erschien 2015: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

thomas.meyer@fes.de

Gespräch mit Erhard Eppler

»Ein Politiker hat kein Recht auf eine Karriere«

Erhard Eppler, linker und wertkonservativer Vordenker der SPD, bestimmte über drei Jahrzehnte auf Landes- bzw. Bundesebene die politischen Geschehnisse mit. Ob als Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Bis heute engagiert sich Eppler u.a. in der evangelischen Kirche und der Friedensbewegung. Thomas Meyer sprach mit ihm über seine Erinnerungen, die kürzlich im Propyläen-Verlag erschienen sind.

NG/FH: Deine eben erschienene Autobiografie *Links leben* ist wahrhaftig reich an spannenden Themen, bezieht Stellung vor allem zu den großen Gegenwartsfragen. Die Massenmedien haben sich aber auf ihre typische Art fast ausschließlich auf deinen Konflikt mit Helmut Schmidt gestürzt, der ja nur ganz am Rande vorkommt.

Erhard Eppler: Ja, ich kam auch mit Helmut Schmidt bis 1968 exzellent aus. Er war Fraktionsvorsitzender, ich war außenpolitischer Sprecher und ich fand ihn gut und dachte: »Aus dem kann vielleicht noch was werden«. Sechs Jahre später, nachdem ich die Dritte Welt mit ihrem Elend und vor allem auch mit ihren Naturkatastrophen erlebt hatte, war mein Bewusstsein verändert und seines nicht. Das ist weder mein Verdienst noch ist es seine Schande, man muss es einfach konstatieren. Und es gab dann auch praktisch keinen Kompromiss. Für mich war Ökologie wichtig und für ihn nicht. Für mich war die Dritte Welt wichtig, für ihn nicht.

Das hat mit Intelligenz nichts zu tun, sondern einfach mit einem Bewusstseinsstand, der mit den jeweiligen Erlebnissen zusammenhängt. In der Rückschau wird das nun, etwa in der FAZ, als Konkurrenz zwischen Leuten dargestellt, von denen jeder der Gescheiteste sein wollte.

NG/FH: Das ist ja allgemein das große Problem mit den Massenmedien: Sie personalisieren alles. Alles wird auf menschliche Konflikte zurückgeführt, es geht entweder um Macht, um Eitelkeit oder um Rache. Es wird alles zu einem Spiel zwischen menschlichen Leidenschaften und Eigenschaften und die eigentlichen Themen sucht man oft vergebens, weil sie nicht unterhaltsam sind.

Eppler: Und dann auch noch auf eine primitive Weise: »Jeder will der Gescheiteste sein«. Als ob es darum in der Politik ginge.

NG/FH: Du sagst in deinem Buch, dein Schicksal war es eigentlich immer, dass du zu früh dran warst, mit neuen Ideen, mit Erkenntnissen, z.B. mit Blick auf die Themen Ökologie oder Dritte Welt. Erkennst du aber nicht doch in dem, was in der Zwischenzeit passiert ist, ungeheuer viel wieder von den Impulsen, von den Ideen, die du eingebracht hast? Oder würdest du sagen, dieses »zu früh« war ein Nachteil?

Eppler: Wenn man es so sehen will, war es für meine Karriere ein Nachteil. Aber ich empfinde es im Rückblick nicht als Strafe. Auf meine alten Tage lebe ich in einer Gesellschaft, in der nahezu alle aus der Atomenergie aussteigen wollen, was ich seit etwa Mitte der 70er Jahre propagiert habe. Ich lebe in einer Gesellschaft, in der eine Klimakonferenz

in Paris über Wochen die öffentliche Meinung beschäftigt und wo doch die Einsicht herrscht, dass immer noch zu wenig getan wird. Das ist für einen Menschen meines Alters nichts, worüber er traurig sein muss.

NG/FH: Du hast ja an den wichtigsten Grundsatzprogrammen der Sozialdemokratie maßgeblich mitgewirkt, beim Hamburger Programm von 2007, vorher beim Berliner Programm von 1989, bei dem deine Ideen in großem Maße nicht nur eingeflossen sind, sondern wirklich prägend waren. Diese Debatten fingen ja bereits in den 70er Jahren an, auch in der Grundwertekommission. Und dennoch hat man den Eindruck, dass die Sozialdemokratie, die ja eigentlich eine Programmpartei ist, sein will oder war, aus diesen Programmen, die ja mit großem zeitlichen und intellektuellen Aufwand erarbeitet wurden, fast nichts macht. Nach der Devise »beschlossen und vergessen«.

Eppler: Am schlimmsten war es ja beim Berliner Programm, an dem ich am meisten mitgewirkt habe. Das ist in der »Baracke«, wie die SPD-Parteizentrale damals noch hieß, erstickt worden. Lafontaine war Vorsitzender der Programmkommission. Offiziell war dies Hans-Jochen Vogel, der Parteivorsitzende, aber Lafontaine war der geschäftsführende Vorsitzende. Ihm war das Programm völlig gleichgültig. Er hat zur Vorstellung kurz vor Weihnachten 1989 zwar eineinhalb Stunden geredet, das Programm aber gar nicht erwähnt. Das heißt, er selbst war das Programm. Und später hat er auch dafür gesorgt, dass dieses Programm praktisch geheim gehalten wurde. Daran kann man nachvollziehen, wie aus politischer Eitelkeit oder aufgrund eines schlechten Gewissens ein Programm nie zur Geltung gekommen ist. Das Groteske war, dass dann in der rot-grünen Koalition DIE GRÜNEN den Sozialdemokraten das Berliner Programm, in dem alles drin stand, vorgelesen haben, wenn einer ihrer Vorschläge auf allzu starken Widerstand stieß. Das Berliner Programm scheiterte am überbordenden Ego eines Einzelnen.

Während beim Godesberger Programm von 1959 die führenden Sozialdemokraten froh und stolz darauf waren, wenn sie ihre Politik damit begründen konnten, war es bei dieser Lafontaine-Generation so, dass man sich nicht mit Rückgriff auf ein Programm profilierte, sondern eher mit Kritik oder durch Missachtung.

NG/FH: Wenn man im Hamburger Programm bestimmte Kapitel liest, beispielsweise das zu Europa mit der Frage, wie Europa künftig aussehen soll, stellt man fest, dass darin schon starke Elemente einer Wirtschaftsregierung, einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik, einer Demokratisierung drinstecken.

Zum Finanzkapitalismus ist zu lesen, dass mit Krisen in einer ungeheuren Dimension zu rechnen ist, wenn keine Regulierung erfolgt. Das alles wurde vor der Weltwirtschaftskrise formuliert. Viel früher hast du bereits darauf hingewiesen, dass in unseren Gesellschaftssystemen ein enormer Einwanderungsdruck entstehen wird, wenn keine vernünftige Entwicklungspolitik formuliert und umgesetzt wird. In der Öffentlichkeit und auch in der SPD wird aber meist so diskutiert, als gäbe es das alles gar nicht.

Eppler: Ich habe das Gefühl, dass zumindest die Generation der Brandt-Enkel die Programme höchstens flüchtig gelesen hat. Und man musste sie immer wieder daran erinnern, dass da etwas steht. Das hängt nach meiner Überzeugung auch damit zusammen, dass die wenigsten Journalisten, auch nicht die kompetenten, Programme lesen. Als Lafontaine 1989 das Berliner Programm zwar vorstellte, aber an keiner Stelle erwähnte, hat kein einziger Journalist daran Anstoß genommen.

NG/FH: Für die Medien gehören Programme natürlich zu dem Langweiligsten, was es gibt. Die haben zum Teil wohl auch den Eindruck, dass das alles gar nicht ernst gemeint ist. Bei sozialdemokratischen Politikern ist das allerdings nicht leicht verständlich, da sie ja doch ohne einen Zukunftsentwurf nicht auskommen. Und viele Mitglieder suchen – auch heute – nach solchen Ideen, wissen aber oft nicht einmal, dass es das Programm gibt.

Eppler: Da spielen Machtmechanismen innerhalb der Partei eine Rolle. Das liegt einfach daran, dass sich die führenden Leute niemals auf ein Programm beziehen oder vielleicht mal einen Satz daraus zitieren. Beim Godesberger Programm war das üblich.

NG/FH: Hat das damit zu tun, dass manche vielleicht glauben, wenn sie an der Macht sind, können sie sich besser behaupten, wenn sie das Programm beiseitelassen, und wenn sie nicht an der Macht sind, können sie sich persönlich besser ohne das Programm profilieren?

Eppler: Ich fürchte, dass das so ist. Als ich 1961 in den Bundestag kam, kannte ich das Wort »profilieren« noch nicht. Und führende Personen von damals wie etwa Fritz Erler, mit dem ich ja sehr eng verbunden war, waren absolut uneitel. Erler war so sehr ein Teil der Partei, dass er immer mal wieder, wenn es ihm wichtig erschien, eine Passage aus dem Godesberger Programm zitiert hat. Dann sagte er: »Das sind wir« und nicht »Das bin ich«.

NG/FH: Gegen Ende deines Buches wünschst du dir heute eine Brandt-Renaissance. Was hast du genau damit gemeint?

Eppler: Das hat etwas mit der »Würde der Politik« zu tun. Wenn man zeigen will, was

Politik über das Klein-Klein und über die taktischen Erfolge und Misserfolge hinaus bedeuten kann, dann ist die Biografie von Willy eine Art Lehrbuch. Da begreift ein Abiturient in Lübeck Hitler schneller als die Erwachsenen und als die Mehrheit der Deutschen, entzieht sich diesem Regime und kommt nach der Katastrophe wieder, ist eigentlich ein Linkssozialdemokrat und wird nun in dem bedrohten Berlin zu einem deutlich antikommunistischen Sozialdemokraten, der dieses Berlin verteidigt, weil er es als seine Aufgabe ansieht. Und der dann, als er merkt, dass anti-sowjetische Politik nicht sehr weit führt und auf die Dauer eher gefährlich wird, die Entspannungspolitik erfindet. Dabei riskiert er immer auch für das, was er für richtig hielt, seine eigene Karriere. Und am Denkmal für das Warschauer Ghetto hat er mit einer großen Geste in einer Weise Politik gemacht, die er selber noch gar nicht überdenken konnte.

» Wir sind füreinander verantwortlich und indem wir Solidarität anderen gegenüber praktizieren, bekommen wir auch die Chance zur Solidarität. «

An dieser Biografie kann man ablesen, dass Politik letztlich eine Sache auf Leben und Tod ist. Wäre er in Deutschland geblieben, dann hätte es ihn wahrscheinlich später nicht mehr gegeben. Der Politiker muss, im Gegensatz zum Beamten, immer mal wieder seine eigene Position, seine eigene Karriere aufs Spiel setzen, wenn er sich selber treu bleiben will.

NG/FH: Und vor allen Dingen muss er durch Kommunikation Leute überzeugen.

Eppler: Ja, natürlich. Dabei muss er den jeweils anderen, auch den Gegner, rundum ernst nehmen. Das alles würde ich zu den ganz wichtigen Aspekten wirklicher Politik rechnen.

NG/FH: Heute werden vor jeder Diskussion Umfragen durchgeführt. Und statt die Ergebnisse als Ausgangspunkt für eine große öffentliche Diskussion zu nehmen, orientieren sich die meisten Politiker gleich zu Beginn daran, was die Leute jetzt im Moment gesagt haben.

Eppler: Stell dir mal vor, man hätte nach dem Mauerbau 1961 eine Umfrage gemacht: »Sind Sie für eine Entspannungspolitik mit dem Ostblock?«, dann hätte es mindestens 90 % Nein-Stimmen gegeben. Aber zwischen Willy Brandt, Egon Bahr und einigen anderen lautete die Frage: »Kann man so weitermachen und was ist jetzt verantwortbar?« Das ist dann Politik.

Ich habe das dumpfe Gefühl, dass heute Politik von jungen Leuten als Karriere-möglichkeit missverstanden wird. Ein Politiker hat aber kein Recht auf eine Karriere, allenfalls eines auf eine Biografie.

NG/FH: Die soziale Demokratie befindet sich ja in Deutschland, aber auch in ganz Europa, seit vielleicht 20 Jahren in der Defensive. Sie hat genügend Ideen produziert, kommt aber nicht in die Offensive zurück, löst auch keine Bewegung in der Gesellschaft oder einen großen Widerhall aus. Woran liegt das deiner Meinung nach? Liegt das daran, dass sich die frühere Brandt'sche Gesamtlinke, wenn man die damaligen 45 % mal so nennen darf, in die drei Elemente Sozialdemokratie, Grüne, Linkspartei aufgelöst hat, sodass heute viel mehr für die SPD allein gar nicht zu holen ist? Oder liegt es an Versäumnissen der SPD?

Eppler: Beides hängt miteinander zusammen. Ich habe ja – auch mit der Duldung von Willy Brandt – versucht, die Ökologie in der SPD heimisch zu machen. Vielleicht war das von Anfang an zu viel verlangt, aber ich bin nach wie vor der Meinung, dass das Ökologische und das Soziale sehr wohl miteinander vereinbar sind. Meine Niederlage auf diesem Gebiet war der Sieg der GRÜNEN. Den hätten wir damals noch vermeiden können. DIE GRÜNEN kamen 1980 mit 5,6 % in Baden-Württemberg erstmalig in einem Flächenstaat über die Fünf-Prozent-Hürde. Danach sagten mir viele Wähler: Wir wollten Sie ja nicht bestrafen, aber wir sehen ja, wer in der SPD letztlich das Sagen hat, nämlich nicht Sie, sondern der Kanzler. Hätte ich damals Unterstützung aus Bonn gehabt, wären DIE GRÜNEN vielleicht bei 4,5 % gelandet, aber nicht bei 5 %, und die SPD bei über 33 %. Dann wäre manches anders gelaufen.

NG/FH: In den Gewerkschaften kursiert heute der Begriff »Mosaiklinke«, gemeint ist eine Zusammenarbeit von SPD, GRÜNEN und Linkspartei. Wenn alle drei Akteure ihre Rolle in dieser Komposition richtig spielten und das dann strategisch zusammenfügten, wäre dann die Sozialdemokratie wieder bei den 45 % der Brandt-Zeit, mit ihren sozialen, kapitalismuskritischen, ökologischen und friedenspolitischen Themen auf neue Weise verbunden? Und gäbe es für sie außerdem eine Machtperspektive?

Eppler: Ich gehörte ja zu den Leuten, die die rot-grüne Koalition sogar da unterstützt haben, wo mir nicht so ganz wohl dabei war, weil ich wollte, dass sie mindestens zwei Wahlperioden durchhält und nicht als Episode abgetan werden kann. Aber zum einen gibt es in der Sozialdemokratie Kräfte, die auf eine Koalition mit den GRÜNEN keinen ernsthaften Wert legen und zum anderen gibt es inzwischen bei den GRÜNEN das Gefühl, wenn die SPD nicht ein bisschen lebendiger, stärker und attraktiver wird, dann könne man das auch mit den Schwarzen machen. Ich wage gar nicht darüber nachzudenken, was nach einem schwarz-grünen Bündnis in der Bundesrepublik geschähe.

NG/FH: Was wäre heute eine realistische, aber auch den Grundwerten entsprechende Machtperspektive für die SPD?

Eppler: Ich halte es immer noch für möglich, auf die nächste Wahl hin eine SPD zu präsentieren, die auch emotional wieder attraktiv wird. In dem Augenblick, in dem einer wiedererwachenden Sozialdemokratie eine zerstrittene Union, der ja auch nicht viel Gescheites einfällt, auf der anderen Seite gegenübersteht, ändert sich natürlich auch die Bereitschaft sowohl der GRÜNEN als auch der Linken, dieses Experiment zu wagen.

NG/FH: In deinem Buch warnst du, dass die Addition vieler richtiger Einzelpolitiken nicht den Erfolg bringt. Da fehlt der werthaltige Gesamtentwurf, ein überzeugendes Gesellschaftsbild. Was müsste jetzt dazugehören? Aus welchen Quellen könnte sich das speisen?

Eppler: Ich behaupte ja schon seit 15 Jahren, dass es Aufgabe der demokratischen Linken in Europa, notfalls nur in Deutschland, wäre, ein alternatives Gesellschaftsbild zum Marktradikalismus zu entwerfen. Der Marktradikalismus ist am schwächsten auf seiner anthropologischen Seite, denn den Homo oeconomicus, den die Marktradikalen zugrunde legen, gibt es gar nicht.

Wenn es uns gelingen würde, den Menschen zugrunde zu legen, den es tatsächlich gibt, der eben nicht nur Konkurrent seines Kollegen ist und diesen überflügeln will; der nicht nur möglichst viel Geld verdienen will, sondern der auch mit Menschen menschlich umgehen möchte; dann lässt sich innerhalb dieser Vorstellungen eine ganze Menge von Einzelthemen der Sozialdemokratie unterbringen. »Wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen« hieß das bei Brandt. Das war eine geniale, für jeden verständliche und auch das Gefühl anregende Definition. Wenn ich einen guten Nachbarn haben will, dann muss ich ein guter Nachbar sein. Das ganze Thema Solidarität, das für die Marktradikalen ein Spleen von Gutmenschen ist, bekommt dann plötzlich eine gewisse Attraktivität. Ich behaupte nicht, dass man heute allein mit diesem Brandt'schen Wort Politik machen könnte, aber in diesem Geist.

NG/FH: Du hast die Formel von der »solidarischen Leistungsgesellschaft« als Gegenbegriff zur neoliberalen Erfolgsgesellschaft geprägt.

Eppler: Ja, daran arbeite ich nun schon seit vielen Jahren. Und ich habe darüber auch mal 2011 ein Büchlein mit dem Titel *Eine solidarische Leistungsgesellschaft* geschrieben, aber das hat politisch keinerlei Wirkung gehabt. Bei Vorträgen habe ich aber schon des Öfteren erlebt, dass es bei den Menschen ankommt, wenn man ihnen klarmacht, worin der Unterschied zwischen einer Leistungs- und einer Erfolgsgesellschaft besteht. Alleinerziehende sind auch Leistungsträger, haben aber oft keinen finanziellen Erfolg. Mit »Leistungsträgern« sind bei uns eher die Besserverdienenden gemeint.

NG/FH: Aber dazu bräuchte man eine Persönlichkeit, die das verkörpert und in lebensnahen Worten in einem längeren Diskurs vermitteln kann. Denn die Medien würden das am Anfang erst einmal alles lächerlich machen. Und die meisten Politiker würden dann zurückzucken.

Eppler: So ist es. Ich glaube, dass die eigentliche Schwachstelle unserer Politik – und zwar nicht nur der sozialdemokratischen – im Karrierismus liegt. Ich habe das Gefühl, dass man heute in die Politik geht, wie man auch in die Wirtschaft oder in die Verwaltung geht. Und dann überlegt man sich, wie lange man im Bundestag sein muss, um gewisse Ansprüche zu erwerben. Aber kaum jemand steht heute auf und sagt: »Dies ist meine Überzeugung und wenn ihr mich rausschmeißen wollt, dann schmeißt ihr mich eben raus.«

NG/FH: Brandt hatte die Formel: »Wir brauchen Themen, die das aufgeklärte Bürgertum und die arbeitende Bevölkerung miteinander verbinden.« Welche Themen wären das heute?

Eppler: Natürlich muss man bei bestimmten sozialpolitischen Fragen Stellung beziehen und zwar so, dass auch Gewerkschaften mitziehen können, klar. Wenn man aber eine Wahl gewinnen will, dann muss man ein Gesellschaftsbild schaffen, das die alten Brandt-Wähler jetzt oder deren Kinder anzieht. Was den Wahlsieg 1972 ausgemacht hat, war die Hoffnung, dass wir innerhalb des Landes, aber auch zu unseren Nachbarn, auch zu den bisher bekämpften Nachbarn, ein menschenwürdiges Verhältnis entwickeln.

Man sollte eine Gesellschaft – auch mit Emotionen, mit Bildern und Geschichten – entwerfen, die nicht nur vom Oben und Unten lebt, von den Karrieren und dem

Kampf um die bessere Position. Ich kann mir vorstellen, dass so etwas auch weit hinein in die heutige CDU-Wählerschaft wirkt, die ja gar nicht mehr ein so unangreifbarer Block ist.

NG/FH: Heinz Bude hat ein Buch mit dem Titel *Gesellschaft der Angst* geschrieben, ein Buch von Johano Strasser heißt ganz ähnlich *Gesellschaft in Angst*. Konstatiert wird eine wachsende Angst der abstiegsbedrohten Mittelschicht und der prekär Beschäftigten am unteren Rand. Bude sagt, 50 bis 60 % der Gesellschaft haben diese Angst und ein Gefühl der Unsicherheit. Ist das der Ansatzpunkt für eine sozialdemokratische Erzählung?

Eppler: Meine Frage ist ja gerade, was man gegen diese Angst machen kann. Wir brauchen ein Gesellschaftsbild, das klarmacht, ihr fällt nie ins Bodenlose. Wir sind füreinander verantwortlich und indem wir Solidarität anderen gegenüber praktizieren, bekommen wir auch die Chance zur Solidarität. Das meine ich mit solidarischer Leistungsgesellschaft.

NG/FH: Es heißt ja immer, die SPD leide darunter, dass sie nicht genügend Wirtschaftskompetenz besitzt und sie bräuchte jetzt Leute, die diese Kompetenz einwandfrei repräsentieren. Die anderen Themen seien für Wahlen nicht ganz so wichtig, also das Soziale, das Gerechtigkeits- und das Gleichheitsthema.

Eppler: Also wenn das stimmen würde, hätte Peer Steinbrück wesentlich mehr Stimmen bekommen. Denn dass er von Wirtschaft etwas versteht, dass er uns durch die Bankenkrise und schließlich auch die Staatenkrise hindurchgebracht hat, hat niemand bestritten. Das hat die Leute aber überhaupt nicht interessiert.

Umgekehrt hieß im Jahr 1972 der Mann der großen Wirtschaftskompetenz Karl Schiller, SPD. Dieser ist damals von der Fahne gegangen und hat sich mit Ludwig Erhard an einer anti-sozialdemokratischen Anzeigenkampagne der CDU beteiligt und wir haben dennoch 45 % der Stimmen bekommen. Das heißt, für mich ist diese Frage nach der Wirtschaftskompetenz ein Mythos. Sie wird virulent, wenn wir sonst wenig zu bieten haben. – Auch der Tatbestand, dass wir jetzt einen SPD-Wirtschaftsminister haben, hat für die Wahl kaum Bedeutung.

NG/FH: Welches identitätsstiftende Thema würdest du in den Mittelpunkt der nächsten Wahl stellen?

Eppler: Ich weiß ja nicht in welcher Atmosphäre die nächste Wahl stattfinden wird. Ganz sicher dürfen wir nicht wieder mit einem Katalog an sozialen Verbesserungen auftreten, so vernünftig sie auch sein mögen. Wir müssen klar machen, was sich seit dem Sieg des Marktradikalismus alles verändert hat und wir müssen ein Gesellschaftsbild entwerfen, auf das wir zugehen wollen. Das war immer die eigentliche Motivation, seit es die Sozialdemokratie gibt. Wir haben ein anderes Bild von der Gesellschaft. Und das muss nun nicht mit revolutionären Forderungen oder gar Phrasen garniert sein, sondern mit einer Sprache, auch einer einfachen Bildersprache, die die Menschen nicht nur über den Intellekt erreicht. Demagogie ist dabei nicht nötig. Wo der Schwerpunkt liegen muss, das wird sich wahrscheinlich dann noch zeigen. Ganz sicher müssen wir uns dem Thema der wachsenden Ungleichheit stellen.

Johano Strasser

Sozialismus revisited

Als im *annus mirabilis* 1989 der sogenannte »reale Sozialismus« ziemlich sang- und klanglos zusammenbrach, wurde in Akademien und Volkshochschulen, in Sammelbänden und im Feuilleton heftig diskutiert, was vom Sozialismus bleibe, ob etwas bleibe, leider bleibe oder – seltener – Gott sei Dank bleibe. Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa, so die gängige Meinung, habe diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt. Aber genau genommen steht sie dort schon viel länger.

Was bleibt vom Sozialismus? hieß ein Sammelband, den Waldemar von Knoeringen und Ulrich Lohmar 1968 herausgaben. Den Autoren von damals ging es darum, die Konturen eines modernen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus in Abgrenzung zu den leninistischen Parteidiktaturen des Ostblocks herauszuarbeiten. Und auch sie standen schon in einer langen Tradition der Auseinandersetzung mit totalitären und geschichtsmetaphysischen Konzepten, wie sie die deutsche Sozialdemokratie seit Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg bis hin zum Godesberger Programm und allen nachfolgenden programmatischen Versuchen geprägt hat.

Spätestens seit der Spaltung der Arbeiterbewegung in Kommunisten und Sozialdemokraten konnte von einer einheitlichen Linken keine Rede mehr sein. Und das ist immerhin 100 Jahre her. Dennoch war 1989 auf einmal wieder pauschal von *der* Linken die Rede, wurde besorgt oder hämisch nach der Zukunft des Sozialismus gefragt, wurde, was sich historisch längst ausdifferenziert hatte, wieder in einen Topf gerührt. Und zwar nicht nur von den Apologeten der westlich-kapitalistischen Marktwirtschaft, die uns schon immer weismachen wollten, wir hätten zwischen US-Kapitalismus oder SU-Sozialismus zu wählen; dritte oder vierte Möglichkeiten gäbe es nicht. Nein, auch von ehemals oder immer noch Linken, die betroffen und tränenblind über das verdiente Ende des sogenannten »realen Sozialismus« zu keiner Unterscheidung mehr fähig waren.

Heute, mit dem Abstand von 25 Jahren, wird hier und da wieder weniger pauschal und weniger polemisch über den Sozialismus diskutiert. Auch, weil der Kapitalismus, als er sich im Taumel des Sieges über seinen kommunistischen Kontrahenten aufmachte, die letzten zivilisatorischen Fesseln abzustreifen, sein wahres Gesicht zeigte. Inzwischen ist der Marktradikalismus nicht weniger diskreditiert als der Radikalismus der Klassenkämpfer maoistischer oder sowjetischer Prägung. Es lohnt sich also neu darüber nachzudenken, was denn Sozialismus heute bedeuten könnte, welche Idee des Sozialismus auch heute noch eine belastbare Grundlage menschlichen Zusammenlebens abgeben könnte.

»Nur wenn jedes Gesellschaftsmitglied sein mit jedem anderen geteiltes Bedürfnis nach körperlicher und emotionaler Intimität, nach ökonomischer Unabhängigkeit und nach politischer Selbstbestimmung derart befriedigen kann, daß es sich dabei auf die Anteilnahme und Mithilfe seiner Interaktionspartner zu verlassen vermag, wäre unsere Gesellschaft im vollen Wortsinne sozial geworden.« So lautet der letzte Satz von Axel Honneths Buch *Die Idee des Sozialismus*. Und genau diese Formulierung eines gesellschaftspolitischen Fernziels macht laut Honneth die nach wie vor gültige und wirkmächtige Kernidee des Sozialismus aus.

*Der Kapitalismus
hat die letzten
Fesseln abgestreift*

Für Honneth besteht der zentrale Fehler des traditionellen Sozialismus darin, dass er sich allzu einseitig auf die ökonomische Sphäre konzentrierte und die anderen Sphären »sozialer Freiheit« vernachlässigte. Ein integraler Sozialismus entsprechend der ursprünglichen Intention umfasst ihm zufolge notwendigerweise auch die Bürger- und Menschenrechte, die Emanzipation der Frau, die Kinderrechte, die gleichberechtigte Teilnahme von Schwulen und Lesben an der Gesellschaft, die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Formen der direkten Demokratie und viele politische Ziele mehr, die oft von Sozialisten fälschlicherweise als bloße Zugeständnisse an den politischen Liberalismus und nicht als genuin sozialistische Ziele betrachtet würden.

Dass Karl Marx und viele der ihm folgenden Marxisten den »emanzipatorischen Stellenwert der mit der Französischen Revolution ins Leben gerufenen Bürger- und Menschenrechte« verkannten und darin nur die »Erlaubnis zur privaten Reichtumsbildung« erblickten, weshalb die Kommunisten beim Aufbau ihrer sozialistischen Gesellschaft darauf meinten verzichten zu können, ist sicher weitgehend richtig. Aber für die Mehrheit der europäischen Sozialisten, insbesondere für die heutigen Sozialdemokraten gilt dies, wenn es denn je auf sie zutraf, schon lange nicht mehr. Thomas Meyer hat in einem 1991 veröffentlichten Essay (*Was bleibt vom Sozialismus?*) das Verhältnis von Sozialismus und Liberalismus zu klären versucht:

»Die sozialistische Kritik am Liberalismus war überwiegend konfus. Selten herrschte Klarheit, auf welche Ebenen des liberalen Anspruchs sie sich bezog, die Prinzipien, das institutionelle Programm, dessen politische oder seine ökonomische Seite. Daher die Neigung, ihn in Bausch und Bogen als bürgerliche Ideologie zu entlarven und den sozialistischen Entwurf als vollständige Antithese dagegen zu stellen. Das war die Methode Lassalle und Lenin. Nur wenigen gelang die gebotene Differenzierung. Sie konnte nur zu einer spezifischen Synthese von Liberalismus und Sozialismus führen, um Freiheit universell zu machen, wo jener sich weigerte. Das war die Methode Bernstein.«

Es ist nicht ganz klar, an welcher konkreten historischen Erscheinung des Sozialismus sich Honneth in seinem Buch abarbeitet. Wenn er beispielsweise allzu pauschal dem traditionellen Sozialismus eine »erstaunliche Blindheit gegenüber der demokratischen Bedeutung der Grundrechte« vorwirft, kann er wohl kaum die deutsche Sozialdemokratie meinen, die das allgemeine Wahlrecht erkämpfte, die stets für die Meinungsfreiheit eintrat und die parlamentarische Demokratie verteidigte, als der kommunistische Teil der Arbeiterbewegung 1918 die Diktatur des Proletariats errichten wollte. Wenn er – zu Recht – darauf besteht, dass die über das Ökonomische hinausreichenden Sphären sozialer Freiheit nicht vernachlässigt werden dürften, so rennt er bei den allermeisten heutigen Sozialdemokraten offene Türen ein. Denn wer sich die Programme und die Praxis sozialdemokratischer Parteien in Europa anschaut, kann nicht übersehen, dass die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft heute so gut wie überall der leitende Grundgedanke des demokratischen Sozialismus ist.

Was Honneth merkwürdigerweise übersieht, ist die Tatsache, dass vor allem in ihrem sozialdemokratischen Strang die Geschichte des Sozialismus ganz wesentlich auch eine Lerngeschichte ist, in der ursprüngliche Theoreme und Vorstellungen in der Praxis überprüft und entsprechend verändert wurden. Wer das Büchlein *Was Linke denken* von Robert Misik liest, kann daran keinen Zweifel haben. »In den Alltagsverstand hinabgesickert«, schreibt er, »gehört heutzutage beides zum Grundbestand linken Wissens: Die Überzeugung, dass die Umstände die Menschen machen, und zwar bis ins

Innere hinein, bis in ihre Identität, bis zu den Ideen, die sie von sich selbst haben, bis in ihre geheimsten Sehnsüchte. Und dass diese Menschen ein unverstelltes, echtes Ich entwickeln wollen, und dass dieses Ich nur gegen die Umstände entwickelt werden kann, indem man sich deren anherrschender Gewalt widersetzt.« Von Antonio Gramsci bis Jürgen Habermas folgt Misik einer Linie des Denkens, die die Machtfrage zum Zwecke gleicher Entwicklungschancen aller nicht nur an den ökonomischen Besitzverhältnissen, sondern an dem ganzen Geflecht ökonomischer, rechtlicher und kultureller Bedingungen freier Kommunikation und Interaktion diskutiert.

Sowohl für Honneth als auch für Misik geht es im Sozialismus in seinem Kern immer nur um Freiheit und um die Selbstverwirklichung des Subjekts, allerdings nicht als egoistisches Projekt wie im heutigen Neoliberalismus, sondern in einer universal-humanistischen Perspektive, in der die eigene Freiheit komplementär zur Freiheit aller anderen gedacht wird. Das was Honneth »soziale Freiheit« und Misik »gleiche Freiheit« nennt, ist allerdings im Kern dasselbe, was auch schon Karl Marx und Friedrich Engels im *Kommunistischen Manifest* mit der später von Lenin und anderen etatistisch verfälschten Forderung nach einer »Assoziation« meinten, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Es ist dies dasselbe, was die französischen Revolutionäre mit der Trias von *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* meinten, eine Forderung, die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auf die Freiheit des konkurrierenden Individuums verkürzt wurde, und trotz der sozialstaatlichen Korrekturen immer noch darauf wartet, von der sozialistischen Bewegung in ihrer Gänze eingelöst zu werden.

Die freie Entwicklung eines jeden ist die Bedingung für die freie Entwicklung von vielen

Die Grundmotive des demokratischen Sozialismus: dass Freiheit und Menschenrechte für *alle* erstritten werden müssen und nicht das Privileg der Starken und Leistungsfähigen bleiben dürfen, dass *alle* Menschen das Recht haben, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen selbstständig zu gestalten und dass dazu die sozialen Voraussetzungen zu schaffen sind, dass Demokratie der sozialen Fundierung bedarf, wenn sie nicht in abstraktem Formalismus erstarren soll, und dass es hierzu der öffentlichen, demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht und des ungehinderten Zugangs zu Informationen für jede und jeden bedarf – diese Grundmotive politischen Denkens und Handelns sind heute aktueller denn je. Warum tun sich dann aber die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die Linke insgesamt, so schwer, für eine solche Politik Mehrheiten zu gewinnen?

Dies ist die Frage, der Albrecht von Lucke speziell für die deutsche Situation nachgeht. In seinem Buch *Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken* schreibt er: »Von einer Krise linken Denkens kann (...) keine Rede sein, intellektuelle Kapitalismuskritik hat durchaus Konjunktur (...). Was aber fehlt, ist eine Perspektive auf der politischen Handlungsebene. Das neue linke Denken übersetzt sich heute, gerade in der Bundesrepublik, in keiner Weise in linke Macht- und Regierungspolitik. Wir haben es also dezidiert mit einer Krise linker Politik und ihrer Parteien zu tun (...).« Die Parteien, die er meint, sind in erster Linie die SPD und die Linkspartei, in zweiter Linie auch die Grünen.

Dass, obwohl rechnerisch möglich, eine rot-rot-grüne Koalition auf der Bundesebene bisher nicht zustande kam und wohl auch bei der nächsten Bundestagswahl nicht zustande kommt, liegt für ihn vor allem an der SPD und an der Linkspartei. In beiden Parteien, so Lucke, gebe es einflussreiche Gruppen und Personen, die zur eigenen Profilierung Ressentiments gegen die andere Seite pflegten und jeden Versuch, die

Chancen einer pragmatischen Zusammenarbeit oder gar einer Annäherung der Positionen auszuloten, von vornherein zu verhindern suchten.

Die SPD kritisiert Lucke dafür, dass sie sich mit der Schröder/Clementschen Agenda-Politik von einigen ihrer Grundprinzipien, besonders von ihrem Grundwert der Solidarität verabschiedet und damit ihre politische Glaubwürdigkeit dauerhaft beschädigt habe, vergisst aber auch nicht, den GRÜNEN eine Mitverantwortung an dieser Politik zu geben. In diesem Zusammenhang zitiert er den verstorbenen SPIEGEL-Journalisten Jürgen Leinemann, der in einem Essay unter dem Titel *Staatsschauspieler* am 20. September 2004 über Gerhard Schröder schrieb: »Keine Werteskala, keine Prioritäten-Hierarchie, kein inneres Geländer und kein äußeres. Nur Ehrgeiz. Und Chuzpe« und dieses Urteil später in seinem Buch *Höhenrausch* ein wenig zu pauschal auf die ganze Generation der Schröders, Fischers und Lafontaines ausdehnte.

An der Linkspartei hat von Lucke vor allem auszusetzen, dass sie sich von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht zur Anti-SPD-Partei hat stilisieren lassen, der auf der Bundesebene mit ihrem ritualisierten Pazifismus und ihrem Anti-Europa- und Anti-NATO-Kurs nur die Rolle der Fundamental-Opposition bleibe, eine Rolle, die nach der Teilrevision der Agenda-Politik durch die von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten Reformen (Mindestlohn, Besserstellung der Leiharbeiter, Familienpolitik etc.) mittlerweile jede Berechtigung verloren habe. Die pragmatisch-linke Mehrheit der Partei, die sich auf der kommunalen und Länderebene längst als koalitionsfähig erwiesen habe, so Lucke, lasse sich aus Angst vor einer Abspaltung der linken Hardliner immer wieder auf Formelkompromisse ein, statt eine Klärung der Positionen im Interesse der Regierungsfähigkeit herbeizuführen. Und – ließe sich hinzufügen – die SPD-Führung erleichtert es mit ihrer Kontaktsperre gegenüber der Linkspartei dieser, sich weiter um die programmatische Klärung herumzudrücken.

»Die Geschichte der deutschen Linken«, so der Autor in der Einleitung seines Buches, »kennt viele Duelle herausragender Gegenspieler, von Ferdinand Lassalle versus Karl Marx über Eduard Bernstein versus Karl Kautsky bis zu Willy Brandt versus Herbert Wehner oder Helmut Schmidt. Doch selten hing Gedeih und Verderb der Linken so sehr an zwei Personen. Ohne das fatale ›Zusammenspiel‹ Schröders und Lafontaines während der letzten zwei Jahrzehnte ist der Niedergang der deutschen Linken nicht zu erklären.« Ohne vielleicht nicht, wird man an dieser Stelle ergänzen müssen, aber für eine Erklärung des Niedergangs reicht eine solche Personalisierung der Politik allein sicher auch nicht aus.

Es ist richtig, dass heute klassische linke Themen wie die Verteilung von Einkommen und Vermögen, sozialstaatliche Absicherung und Inklusion wieder ganz oben auf

*Ökologische Frage
ist zugleich
eine soziale Frage*

der politischen Agenda stehen. Aber bisher hat eine soziale Politik so gut wie immer nur dort funktioniert, wo eine ausreichend hohe nationale Wachstumsrendite zu verteilen war. Heute aber sind nationale Wachstumsraten wie in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende nicht mehr zu erzielen. Heute bestimmen eine dem Zugriff nationaler Politik

weitgehend entzogene internationale Finanzelite und international operierende Unternehmen die Verteilungsrelationen, was auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik transnationale Kooperation unausweichlich macht. Dazu kommt, dass das alte ökonomische Wachstumsmodell immer deutlicher die Lebensgrundlagen auf der Erde untergräbt und damit, genau besehen, für die große Mehrheit der Menschen zu einem Zuschussgeschäft wird. Deshalb muss jede soziale, d.h. an gleichen Lebenschancen für alle ausgerichtete Politik heute nicht nur eine gerechtere Verteilung, sondern zugleich eine mit

der Erhaltung der Biosphäre kompatible Weise der Wohlstandsproduktion zum Ziel haben.

Das bringt die Grünen in der Partei DIE GRÜNEN, aber auch die Grünen in der SPD ins Spiel. Die Letzteren vor allem wissen, dass die ökologische Frage zugleich eine soziale Frage ist, dass der ökologische Umbau, richtig durchdacht, ein linkes Projekt ist. Erhard Eppler, der soeben sein Erinnerungsbuch *Links leben* veröffentlicht hat, hat dies vor allem für die früher so genannte »Dritte Welt« stets so gesehen. Unter anderem darum bemühte er sich schon in den 70er Jahren, seine Partei, die SPD, und die Gewerkschaften für die neuen ökologischen Themen zu gewinnen. Trotzdem bezeichnet er sich selbst lieber als »Wertkonservativen« denn als Linken. Das macht ihn freilich, wie sein lebenslanges politisches Engagement zeigt, nicht zu einem Konservativen im üblichen politischen Sinn. Angesichts der vielfältigen Bedrohungen, denen wir im eigenen Land, in Europa und in der Welt ausgesetzt sind, würde er sicher eine Neuauf-
lage der rot-grünen Koalition für das Beste halten, was Deutschland passieren könnte. Aber danach sieht es gegenwärtig gar nicht aus. Eher scheint es möglich, dass es 2017 zu einer schwarz-grünen Koalition – wie schon 2008 in Hamburg und seit 2013 in Hessen – auch auf Bundesebene kommt.

Man kann die Dinge drehen und wenden, wie man will: Wenn die SPD in nächster Zeit irgendwann einmal wieder den Kanzler oder die Kanzlerin stellen möchte, wenn sie die Grundlinien der Politik in Deutschland bestimmen und ihren Beitrag zu einer dringend notwendigen vom Geist der Solidarität angeleiteten Reform der EU leisten möchte, dann wird dies wohl nur in der Perspektive einer rot-rot-grünen Koalition möglich sein. Und auch das ist offensichtlich: Ohne eine glaubwürdige Machtperspektive wird die SPD auch bei künftigen Bundestagswahlen wohl kaum über die ominösen 25 % hinauskommen. Darum wäre sie gut beraten, im Sinne Albrecht von Luckes ihren Teil dazu beizutragen, dass eine solche Koalition und damit linke Politik in Deutschland endlich wieder eine reale Chance erhält.

Erhard Eppler: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen. Propyläen, Berlin 2015, 336 S., 22,00 €. – *Axel Honneth: Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung. Suhrkamp, Berlin 2015, 168 S., 22,95 €.* – *Robert Misik: Was Linke denken. Ideen von Marx über Gramsci zu Adorno, Habermas, Foucault und Co. Picus, Wien 2015, 160 S., 14,90 €.* – *Albrecht von Lucke: Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken. Droemer, München 2015, 240 S., 18 €.*



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Zuletzt ist im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienen: *Das Drama des Fortschritts*.

johano.strasser@t-online.de

Aleksandra Sowa

Facebook-Verbot für Willy Brandt!

Anonymität im Netz

»Der bedeutendste Sozialdemokrat der Neuzeit«, schrieb der Datenschützer Moritz Karg kürzlich in seinem Kommentar zur Klarnamenpflicht, »ist den meisten nur unter seinem Aliasnamen bekannt«. Und er meinte damit keinen Geringeren als Willy Brandt. Tatsächlich wissen nur die wenigsten Besucher des Archivs der Sozialen Demokratie in Bonn, warum auf den Schulzeugnissen des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers der Name Herbert Ernst Karl Frahm zu finden ist. Des Rätsels Lösung: So lautet der bürgerliche Name von Willy Brandt. Das Pseudonym bzw. den »Kampfnamen« nahm er während seines Exils in Norwegen und Dänemark an, wo er im Untergrund im Widerstand gegen die NS-Diktatur arbeitete und publizierte – und er behielt ihn sein Leben lang.

Dank der sogenannten Klarnamenpflicht würde man heute wahrscheinlich mit einem Pseudonym eher deutscher Bundeskanzler als ein Facebook-Nutzer. Unter dem neudeutschen Wort »Klarnamenpflicht« verbirgt sich der aktuelle Trend, die Anonymität – und damit auch stückweise die Privatsphäre – aus dem Internet und insbesondere aus den sozialen Netzwerken zu verbannen. So verbietet beispielsweise Facebook seinen Nutzern, sich unter Pseudonymen oder Künstlernamen anzumelden. Für alle, die gerne ihre Pseudonyme verwenden möchten, verweist Facebook auf die Möglichkeit, sich ergänzend zum Echtnamenprofil noch weitere Aliasnamen anlegen zu können. Man benötigt keine herausragenden technischen Kenntnisse, um zu wissen, dass dies keine vergleichbare Alternative ist. Kommt der Nutzer der Aufforderung von Facebook nicht nach, droht die Löschung des Profils innerhalb weniger Wochen.

Die Verwendung von Pseudonymen und die Verschleierung dienen dem Schutz der eigenen bürgerlichen Identität. Noch um die Jahrtausendwende empfahl der Europarat allen Internetnutzern, möglichst ein Pseudonym zu verwenden, welches es für eventuelle Verfolger schwieriger macht, die Nutzerbewegungen im Internet zurückzuverfolgen. Den Internet Service Providern (ISPs) wurde sogar empfohlen, Maßnahmen zu treffen, die eine Anonymität ihrer Kunden begünstigen, also zu informieren und entsprechende Anonymisierungstools bereitzustellen – Empfehlungen, die von der großen Mehrheit der damaligen Internetexperten im virtuellen Ortsverein der SPD begrüßt wurden. »Eine ganze Reihe von bedeutenden Persönlichkeiten sämtlicher Geschichtsepochen und aus allen Bereichen der Gesellschaft haben Pseudonyme oder Aliasnamen aus redlichen und unredlichen Gründen verwendet«, schreibt Moritz Karg. Es sind nicht hauptsächlich Kriminelle und Terroristen, die die Internetfreiheiten für üble Zwecke missbrauchen, sondern vor allem Künstler, politisch Verfolgte, Kronzeugen, Angehörige von Minderheiten oder Revolutionäre und Aktivisten, die zum Schutz der eigenen Identität, der Privatsphäre oder aus Gründen der persönlichen Sicherheit anonym bleiben möchten.

Dabei unterscheidet das Bundesdatenschutzgesetz klar zwischen Anonymisierung und Pseudonymisierung. Anonymisieren ist das Verändern personenbezogener Daten derart, dass die Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse nicht mehr oder nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft einer bestimmten oder bestimmaren natürlichen Person zugeordnet werden können (§ 3 Abs. 6 BDSG). Pseudonymisieren ist »das Ersetzen des Namens und anderer

Identifikationsmerkmale durch ein Kennzeichen zu dem Zweck, die Bestimmung des Betroffenen auszuschließen oder wesentlich zu erschweren« (§ 3 Abs. 6a BDSG). Während bei Anonymisierung die Zurückführung von einem Datensatz auf eine bestimmte, »kinetische« Person beispielsweise durch unwiderrufliches Löschen der Originaldatensätze unmöglich sein sollte, lässt die Pseudonymisierung diese Zurückführung auf die wahre Identität der Person gegebenenfalls zu. Es ist der technischen Beschaffenheit des Internets zu verdanken, dass eine Anonymisierung im Sinne von § 3 Abs. 6 BDSG technisch gesehen kaum umsetzbar ist. So erfordert es zusätzliche Maßnahmen – technischer, wie etwa durch Verschlüsselung, aber auch politischer und juristischer Art –, um Anonymität in den Netzen zu gewährleisten.

Die Enthüllungen Edward Snowdens haben das Ausmaß der davor ungeahnten Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch die im Grunde genommen demokratischen Staaten und ihre Geheimdienste offenbart. Nur wenige Jahre nach dem Skandal erheben sich gleichwohl Stimmen, der Schaden, der durch die kommerziell von privatwirtschaftlichen Firmen betriebene Spionage und Überwachung verursacht wird, sei nicht mehr nur potenziell, sondern fassbar und messbar – nämlich in der Anzahl von Scheidungen, Suiziden oder Depressionen. »Labour Work« nennt sich die neue Einnahmequelle vieler privater Detekteien, die Angestellte und Mitarbeiter für ihre Firmen ausspionieren und sich auf sogenanntes *blacklisting* potenzieller Querulanten spezialisiert haben, also Arbeitnehmern, die sich beispielsweise über die schlechten Arbeitsbedingungen beschwerten, mit Gewerkschaften Kontakt aufnehmen oder unzureichenden Arbeitsschutz in Betrieben anzeigen. So sorgen sie dafür, dass die gelisteten Delinquenten ihren Job verlieren – und auch keinen neuen Job bekommen. »In der Wirtschaft geht es nicht gnädiger zu als in der Schlacht im Teutoburger Wald«, schrieb Friedrich Dürrenmatt. Das Ausspionieren der Bürgerinnen und Bürger durch die Staaten sei im Vergleich dazu beinahe ethisch – und die Gefahren blieben, vorerst jedenfalls, rein theoretisch.

*Nicht gnädiger als
in der Schlacht im
Teutoburger Wald*

Gerade »im alltäglichen Leben jeder Bürgerin und jedes Bürgers«, so die Bestsellerautorin Yvonne Hofstetter, »findet Zerstörung statt«. Nicht zuletzt durch die Big Data-Dauerüberwachung finden millionenfach Grundrechtsverletzungen statt. »Neu daran ist«, so Hofstetter, »dass die Gefährdung bestehender Rechtsordnung nicht primär von staatlicher Gewalt ausgeht. Die modernen Usurpatoren sind kommerzielle Internetorganisationen, deren Lenker von unseren Regierungen wie Staatschefs empfangen werden (...).« Für diese sei Demokratie eine »veraltete Technologie«, die es abzuschaffen und durch neuere Modelle zu ersetzen gelte; »unsere verfassungsrechtlich garantierten Freiheiten bröckeln«, konzidierte Hofstetter in ihrem Essay *Verkannte Revolution: Big Data und die Macht des Marktes* (APuZ 11-12/15).

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn Klarnamenpflicht sollte nicht nur nach Meinung von Internetkonzernen gelten. So mancher Politiker und Jurist in Deutschland würde ebenfalls Anonymität im Internet abschaffen. Auch wenn die deutsche Regierung trotz intensiver Suche nach der Quelle der Hackerangriffe auf den Bundestag offenbar noch nicht mit Sicherheit feststellen konnte, welche Gefahr ihr von wem droht (die Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen unbekannt), so scheint man recht überzeugt davon zu sein, was die richtigen Gegenmaßnahmen gegen die aus dem Netz drohende Kriminalität, Spionage und gegen Terrorismus sein sollen. Nämlich die Abschaffung – oder wenigstens Abschwächung – der bisher als unantastbar geltenden Rechte und Freiheiten. Sogar das »rüde Beschimpfen« im Internet (auf Neudeutsch:

Hate Speech) soll sich nach Auffassung der ehemaligen Bundesministerin Renate Künast auf diese Weise bekämpfen lassen.

Anonymität sei zwar eine »heilige Kuh für viele Nerds«, zitiert Stefan Krempel auf *heise.de* den Göttinger Medienrechtler Gerald Spindler, der laut Referenteninformation unter anderem 2006 von der EU-Kommission mandatiert wurde, die europaweite Überprüfung der E-Commerce-Richtlinie durchzuführen. »Sie gehört für mich aber auch mal geschlachtet« sagte er auf der Konferenz »Die Zukunft des Urheberrechts« im Dezember in Berlin.

Der Medienanwalt sei der Auffassung, dass es sich bei der Anonymität nicht um ein Grundrecht handle, »er habe ein solches zumindest weder im Grundgesetz noch in einschlägigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts gefunden«.

Eine ähnliche Tendenz zeigt das vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und dem SPD-Präsidium vorgelegte Papier *Starke Ideen für Deutschland 2025*, das als Diskussionsgrundlage für ein Zukunftsprogramm innerhalb der deutschen Sozialdemokratie dienen soll. Dort wird Sicherheit zum »Bürgerrecht« erklärt. Dass der Begriff »Sicherheit« im Papier »auffallend häufig« vorkomme, dagegen selten nur der sozialdemokratische Grundwert der Gerechtigkeit, ist den Medien sofort aufgefallen. Die Grundwerte, so Kritiker aus den eigenen Reihen, »nehmen in dem Papier neben Kriminalität, Terrorismus und Krieg (...) eher eine randständige Rolle ein« (Robert von Olberg, NG/FH 12/2015).

Tatsächlich soll Anonymität, wie die anderen demokratischen Grundrechte, durch den Staat gewährleistet werden, z.B. bei Wahlen. Oder die Privatsphäre – ebenfalls ein Begriff, den man vergeblich im deutschen Grundgesetz sucht –, die in demokratischen Gesellschaften als konstitutiv gilt. Noch um die Jahrtausendwende sah die Welthandelsorganisation den Datenschutz als Wettbewerbsfaktor. Heute scheinen Industrie und Interessenverbände nur noch darauf zu warten, dass die Politik grünes Licht für das Aushebeln der Privatsphäre im Internet gibt. Die Internetkonzerne greifen mit der Klarnamenpflicht schon mal der Politik vor: um an der Big Data-Dauerüberwachung teilzunehmen, mehr Werbung zu schalten oder einfach ein paar Mahnschreiben mehr zu verschicken – so könnten die Gründe dafür lauten. Ein Geschäft wird sich aus dem »Öl der Zukunft«, wie die großen Mengen der im Netz gewonnenen personenbezogenen Daten gern bezeichnet werden, schon machen lassen.

»Deutsche wollen lieber Sicherheit als Freiheit« ermittelte noch vor zwei Jahren eine LIFE*-Studie. Laut Umfragen sehen die Franzosen dies nach den Terroranschlägen in Paris offenbar ebenso. Doch, um an die Worte des US-Präsidenten Benjamin Franklin zu erinnern: »Wer grundlegende Freiheiten aufgibt, um vorübergehend ein wenig Sicherheit zu gewinnen, verdient weder Freiheit noch Sicherheit.« Vielmehr sollte man lernen, aus dem Schutzraum herauszutreten, »man sollte lernen, dass wir nicht in einer sicheren Welt leben«, empfiehlt Slavoj Žižek im Philosophie Magazin Ende 2015, »sondern in einer Welt, in der diverse Heimsuchungen drohen, von Umweltkatastrophen und neuen Kriegen bis hin zu wachsender gesellschaftlicher Gewalt«. Und man solle eingreifen. Zum Beispiel, um die Freiheiten zu verteidigen. Damit wir nicht bald in einer Welt leben, in der Willy Brandt kein Facebook-Profil mehr haben dürfte.



Aleksandra Sowa

leitete zusammen mit dem deutschen Kryptologen Hans Dobbertin das Horst-Görtz-Institut für Sicherheit in der Informationstechnik. Sie ist Autorin zahlreicher Fachpublikationen und in einem großen Telekommunikationskonzern tätig. Ende 2015 erschien bei Springer Vieweg: *IT-Revision, IT-Audit und IT-Compliance*.

Judith Klein

La République et les réfugiés

Begriff und Praxis der französischen Aufnahmepolitik

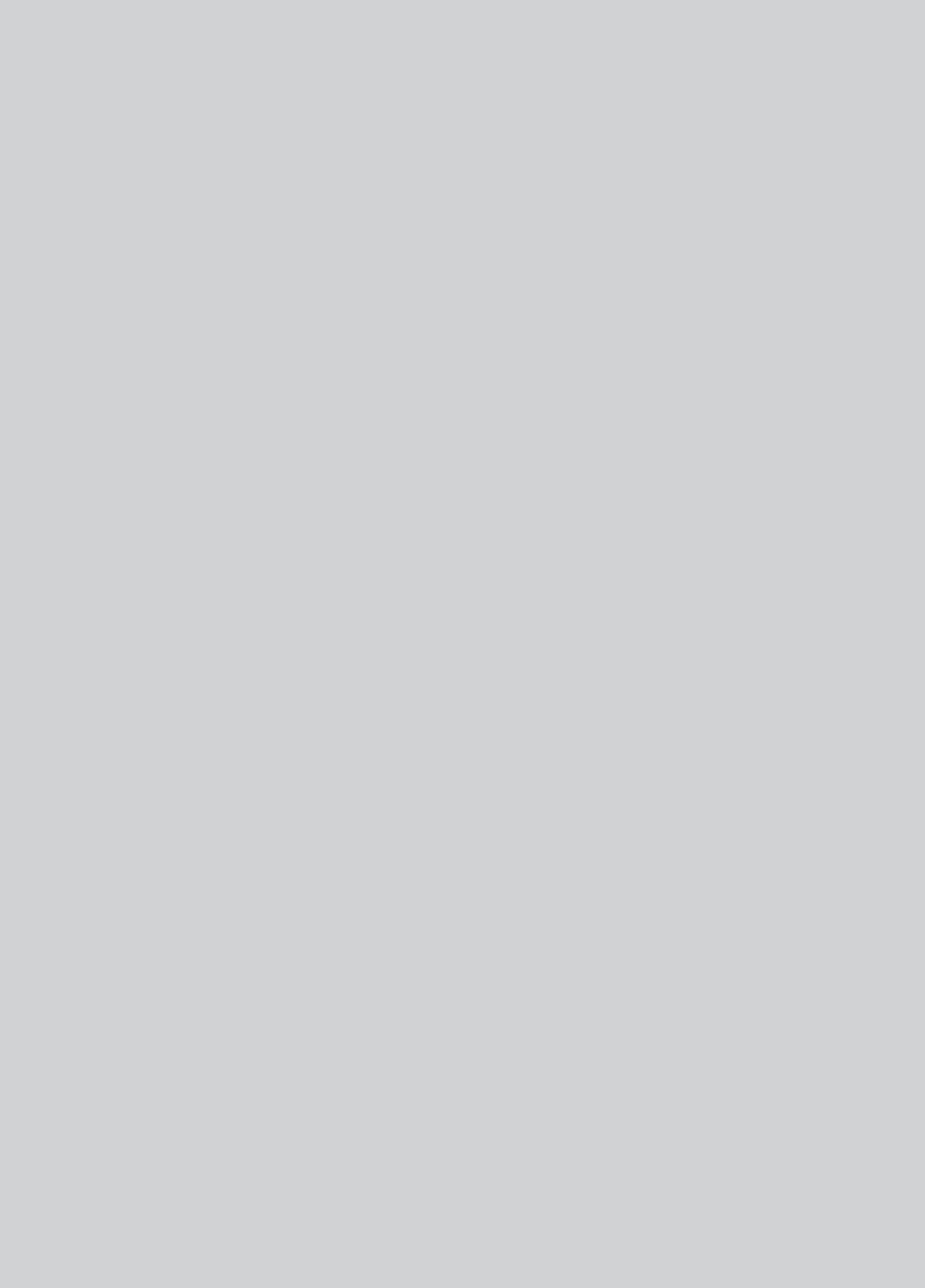
Französische Politikerinnen und Politiker sowie politische Kommentatoren haben unentwegt behauptet, die verantwortliche Haltung und die Freundlichkeit gegenüber ankommenden Flüchtlingen seien in Deutschland lediglich »interessengesteuert«, motiviert durch das »demografische Problem«. Es ist, als ob sie jene eigentlich ethische Haltung abwerten wollten. Steckt dahinter vielleicht eine Scham, entsprungen dem Riss »zwischen der Norm der Persönlichkeit (hier: der Republik, J.K.) und ihrer momentanen Verfassung« (Georg Simmel), darüber, dass Frankreichs Aufnahmepraxis eher zaghaft und kleinmütig ist?

Die Pariser Parks haben alles, was Stadtmenschen brauchen, um angenehme Stunden außerhalb ihrer vier Wände zu verbringen: Bänke, Wasserzapfstellen, Picknickzonen, Imbiss-Stände, Spielplätze, Aussichtsplattformen, Toiletten und nicht zuletzt Blumen, Büsche, Bäume. Es sind grüne Oasen, rettende Paradiese, in denen Begegnungen möglich sind.

Am späten Abend und in der Nacht wächst dem Jardin Villemin, einem kleinen Park an der Gare de l'Est, eine weitere Bestimmung zu, die mit jener eines zweiten Zuhauses der Stadtmenschen korrespondiert: Er ist Zufluchtsstätte für junge Männer aus Afghanistan. Sie hoffen, von hier aus den Tunnel unter dem Ärmelkanal zu erreichen (auch die Gare du Nord ist nicht weit), um dann nach Großbritannien zu gelangen. Geflohen vor Gewalt und Ausweglosigkeit haben sie doch nicht die Absicht, in Frankreich einen Asylantrag zu stellen. Zuvor hatten manche von ihnen im »Dschungel« oder vielmehr im »neuen Dschungel«, dem Flüchtlingscamp von Calais, gelebt, der nach der Schließung der Aufnahmезentren an der Küste und nach der Räumung und Zerstörung des ersten »Dschungels« entstanden war.

Minderjährige Migrant/innen sind durch die französischen Kinderschutzgesetze im Prinzip vor Obdachlosigkeit geschützt. Ihnen wird, wenn für sie keine dauerhafte Alternative zur »Nacht unter freiem Himmel« gefunden wird, wenigstens eine *alternance* angeboten: ein Wechsel zwischen »Dach über dem Kopf« und Obdachlosigkeit. Auch Klein-Kabul steht ihnen offen, eine Ansammlung von Kartonhütten, ein Geheimtipp, nicht weit vom Jardin Villemin in einer städtischen Nische gelegen. In der Nähe liegt auch die Place Raoul-Follereau, wo sich im Dezember 2015 afghanische Flüchtlinge niederließen, um kurz darauf zur Place de la République überzusiedeln. Sie hoffen, hier mehr Aufmerksamkeit zu bekommen; hier breiten sie Kartons, Matten und Matratzen aus. Die kolossale allegorische Statue der République und ihre kleineren virtuellen Gefährtinnen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit überragen sowohl das Nachtlager der Flüchtlinge als auch den Gedenkort für die Opfer der Attentate vom 13. November 2015.

Die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, hat einmal geklagt: »Der Begriff der Aufnahme von Menschen existiert bei uns nicht mehr.« Eines existiert auf jeden Fall nicht: das in der Pflanzen- und zum Teil auch in der Tierwelt herrschende Naturgesetz, demzufolge die körperliche Anwesenheit ausreicht, um an einem Ort wachsen und »wohnen« zu dürfen. In menschlichen Gesellschaften sind Dokumente die Voraussetzung dafür, dass eine Person bleiben darf, wo sie ist: das Personaldokument, der Pass,



das Visum, die befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis, der Nachweis des Bleiberechts oder die Asylanererkennung.

Der Schriftsteller Joseph Roth, der das Elend von Obdachlosen, Entwurzelten und Flüchtlingen kannte und oft darstellte, ließ seine letzte Erzählung *Die Legende vom heiligen Trinker* (1939) unter einer Pariser Brücke beginnen: Dort ist dem Clochard Andreas letzten Endes das Glück hold, wenn es auch mit dem Tod unter einer Decke steckt. Zwischen den Fußpunkten der meisten Pariser Brücken und der Seine erstrecken sich mehr oder weniger breite Uferstreifen. Wenn diese nicht dem Autoverkehr geopfert wurden, entstanden hier Zwischenwelten, in denen sich Obdachlose und Vagabunden, vor den Blicken und Unbilden der Oberwelt geschützt, aufhalten konnten.

Lebenszonen in Zwischenwelten

Jahrelang hat die französische Regierung auf die Obdachlosigkeit nur halbherzig reagiert. Es war, als ob das Leben der Obdachlosen – ob sie nun zu den »Alteingesessenen« oder zu den Migrant/innen gezählt wurden – kaum jemanden aufrüttelte. Die romantische Vorstellung vom Clochard, wie sie einst in der Literatur und im Film gepflegt wurde, mag fortgewirkt haben.

Um die Jahrtausendwende nahm die Zahl der Obdachlosen in Paris stark zu. Neue Initiativen und Gesetze versprachen Besserung. Sie trugen interessante Namen wie »Zéro SDF« (»Null Obdachlose«, 2002) oder »DALO« (Wohnrecht für Obdachlose«, 2007); sie waren aber zu kompliziert, auf zu lange Fristen angelegt oder betrafen nur eine beschränkte Gruppe von Menschen (französische Staatsbürger, Besitzer gültiger Aufenthaltspapiere). Wohnen im Sinn von »Gewohnheit« oder gar von »Wonne« (im Deutschen stammen die drei Wörter von ein und derselben Wurzel ab) ermöglichten sie nur wenigen.

Dann trieben Krisen und Kriege in der Welt noch mehr Menschen nach Paris. Sie siedelten nicht mehr nur unter Brücken oder in den Nischen der Parks, sondern oberirdisch, in sogenannten *squats* (besetzten Häusern), unter Metro- und Autobahnüberführungen, die zu »Lebenszonen« der neuen Migrant/innen wurden – Lebenszonen waren sie seit Langem schon für die Sinti und Roma gewesen, aus denen sie immer wieder »wie Hunde verjagt« wurden.

Seit dem Frühsommer 2015 drängen sich zwischen dem Viaduc d'Austerlitz, der stählernen Metrobrücke an der Gare d'Austerlitz, und der Cité de la Mode et du Design (Mode- und Designzentrum) Hunderte winziger Polyester-Nylon-Zelte dicht aneinander: Dort übernachten fast 500 Flüchtlinge, denen sich einzelne einheimische Obdachlose angeschlossen haben. Tagsüber verschwinden sie in den Winkeln des Bahnhofs und der Stadt. Mitte September verschwindet das ganze Lager; Notunterkünfte sind vorbereitet.

In W.G. Sebalds Roman *Austerlitz* wird die Gare d'Austerlitz als der »rätselhafteste aller Pariser Bahnhöfe« bezeichnet: Seine »labyrinthischen Unterführungen«, seine »Fußgängerbrücken, treppauf und treppab«, seine verwinkelten Konstruktionen und das teilweise spärliche Licht lassen ihn heute nicht nur rätselhaft erscheinen, sondern auch geeignet als Zufluchtsstätte für Ankömmlinge ohne Obdach. Die »Verdammten dieser Erde«, ob Kriegs- oder Armutsflüchtlinge, begnügen sich nicht wie die einzeln oder in kleinen Gruppen lebenden »alteingesessenen« Obdachlosen mit Kolonnaden und Überdachungen, sondern sie bilden große bewegliche *campements*, die sich, von der Polizei aufgelöst, manchmal an anderer Stelle neu formieren.

Im Juni 2015 stellte die französische Regierung ihren Plan vor, die Aufnahme von Flüchtlingen und Migrant/innen zu verbessern: »Menschlichkeit und Entschlos-

senheit« sind die Leitmotive ihres Fünf-Punkte-Programms, das in zwei Bereichen wirksam werden soll, dem der Unterkunft und dem der Abschiebung. Die Anzahl der Plätze in den unterschiedlichen »Aufnahmestrukturen« soll erhöht werden: um etwa 11.000 – eine Zahl, die nach der Ankunft von Hunderttausenden in Europa bescheiden wirkt.

Die Unterscheidung der Unterkünfte je nach Kategorie der Ankömmlinge erstaunt und verwirrt: Flüchtlinge, die Aussicht auf Asyl haben; Flüchtlinge, die tatsächlich einen Asylantrag stellen; anerkannte Asylberechtigte; abgewiesene Asylbewerber; Migrant/innen, deren Status als »ungesichert« gilt; Migrant/innen in Not usw. Die Unterscheidungen mögen sinnvoll und notwendig sein, doch ebenso ist der Gedanke einleuchtend, dass die Begriffs- und Kategorienbildung den wählerfreundlichen Eindruck wecken soll, die Situation sei rational erfasst und beherrschbar. Zu genaue Aufteilungen erleuchten die Welt aber nicht immer, mal abgesehen davon, dass sie nicht selten von der Wirklichkeit unterlaufen werden – etwa wenn aufgrund von Heirat und Familiengründung neue »Kategorien« entstehen.

Ein weiterer Punkt des Programms betrifft die Abschiebung; hier wird Entschlossenheit und Härte angekündigt. Frankreich wappnet sich, um die Systeme der Kontrolle und der Entfernung (nicht im Sinne von Entfernung als größerer Nähe, sondern im Sinne von Verabschiedung) der »Irregulären« auszubauen: Abschiebehaft, Rückkehrhilfen, Abschiebung in die Herkunftsländer, Kooperation mit diesen. Ein großer Teil derjenigen Migrant/innen, die keinen anerkannten Status erhalten, wird dennoch im Land bleiben. Als »Irreguläre« – diese Bezeichnung klingt milder als »illegal« und hat sich im politischen Jargon durchgesetzt – werden manche von ihnen in extreme Prekarität absinken und am Rand der Gesellschaft herumirren.

Der letzte Punkt des Fünf-Punkte-Programms nimmt den »Dschungel« von Calais ins Visier: Sanitäre Anlagen und technische Maßnahmen sollen ihn bewohnbar machen. Vor allem aber soll er dadurch entlastet werden, dass ein Teil der dort Gestrandeten – diejenigen, die sich zu den Vorteilen einer Asylbeantragung in Frankreich bekehren lassen – in entfernt liegende Regionen verschickt wird und dort die »befristete Unterstützung für Asylbewerber« erhält.

Im Oktober 2015 wies die Pariser Stadtverwaltung stolz darauf hin, dass sie seit dem Frühjahr mehr als 2.250 Migrant/innen in Notunterkünften untergebracht hat und stellte, in 18 Punkten, ihren »Aktionsplan für Flüchtlinge« vor: Diesen wird darin Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung, Begleitung in administrativen und rechtlichen Angelegenheiten sowie Unterstützung in Ausbildung und Integration zugesichert. Alleinstehende Frauen und Frauen mit Kindern werden unter besonderen Schutz gestellt. Das zivilgesellschaftliche Engagement (Ehrenamt, Zivildienst) soll gefördert und gebündelt werden.

Bald darauf folgten Taten: Im Dezember beschließt der Pariser Stadtrat – gegen den Protest von Anwohnergruppen –, ein im vornehmen 16. Arrondissement, am Rand des Bois de Boulogne gelegenes Areal für die Errichtung einer Notunterkunft zur Verfügung zu stellen. Etwa 200 Obdachlose und Migrant/innen sollen in fünf Gebäudemodulen Platz finden.

Am Rand des Bois de Boulogne, auf dem Square Parodi, hat auch der »Cirque tzigane« (Zigeunerzirkus – man bekennt sich hier ausdrücklich zu dem Wort »Zigeuner«) nach mehreren Umzügen einen Stellplatz gefunden, ebenfalls unter dem Protest von Anwohnern. Nächtliche Einbrüche und Beschädigungen der Zirkuseinrichtungen

sind nicht selten. Dabei ist dieser Zirkus, den Alexandre Romanès, Dichter, Autor des Verlagshauses Gallimard, vor über 20 Jahren zusammen mit seiner Frau Délia gegründet hat, bei Besuchern äußerst beliebt.

Gibt es etwas Gemeinsames zwischen den Pariser Obdachlosen und den neu ankommenden Flüchtlingen? Das Gemeinsame: »Niemand will sie.« Das Trennende: Obdachlose leben ohne Hoffnung in einem Land, auf das Flüchtlinge ihre Hoffnung setzen und dessen Behörden für sie, die Flüchtlinge, wenn auch zaghaft, »Aufnahmestrukturen« aus- und aufbauen. Hilfsorganisationen fordern, dass diese für alle Menschen ohne Obdach geöffnet werden, dass die Aufteilungen und Abschottungen fallen – eine Forderung, die sich in der geplanten Notunterkunft im Bois de Boulogne zu erfüllen scheint.

Zweiteilungen

Die Vielfalt der Aufnahmekategorien, die der »Bewältigung der Flüchtlings- und Migrantenströme« dienen sollen, wird von einer Zweiteilung überragt: Auf der einen Seite stehen diejenigen, denen das Recht auf Asyl oder der Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt wird; auf der anderen Seite diejenigen, denen beides verwehrt wird.

Die Zweiteilung entspricht dem doppelten Ziel, das sich in Frankreich (wie in fast allen europäischen Staaten) herauskristallisiert hat: einerseits unbedingte Durchsetzung des Rechts auf Asyl der aus politischen, religiösen und ethnischen Gründen Verfolgten, andererseits »entschiedener und durchgreifender Kampf« gegen die »irreguläre« Einwanderung der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge. Ohne derartige Begriffe zu benutzen, hat sich Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum »Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung« am 20. Juni 2015 ebenfalls zu einer Zweiteilung bekannt und ein interessantes Junktim zwischen den beiden Zielen hergestellt: »Wie stellen wir sicher, dass wir, bedingt durch die Dimension des Problems, mehr tun? Und zwar mehr von allem: (...), und ja, auch konsequenter abweisen, damit wir aufnahmefähig bleiben für diejenigen, zu deren unbedingtem Schutz wir uns verpflichtet haben.«

Die öffentliche Anerkennung dieser Pflicht impliziert dreifache Rettung: Sie rettet Menschenleben; sie »rettet« das moralische Bild, das die Regierungen von sich präsentieren wollen; sie legitimiert und »rettet« die Politik der Härte gegenüber den »Wirtschaftsflüchtlingen«, denen das Recht zu bleiben, sofern sie »irregulär« eingereist sind, abgesprochen wird.

Die strikte Unterscheidung zwischen denjenigen, die Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung suchen, und den »Wirtschaftsflüchtlingen« weckt ein Unbehagen, das Fragen nach sich zieht: Flieht ein großer Teil von ihnen nicht vor Katastrophen, die von der globalen Wirtschaft, dem Klimawandel und der einstigen kolonialen Destrukturierung der autochthonen Landwirtschaften mitverschuldet sind? Ist der Hunger etwa keine einschneidende soziale, ja politische Gewalt?



Judith Klein

ist Publizistin und Übersetzerin in Osnabrück und Paris.

Rudolf Walther

Vom sinnvollen Wirken eines Geheimdienstes

Deutsche Emigranten im Dienst des OSS

Auch bei den Geheimdiensten gibt es solche und solche. Noch während des Zweiten Weltkriegs heuerte der amerikanische Geheimdienst deutsche Wissenschaftler an, die den Dienst darüber aufklären sollten, was die Alliierten im besiegten Deutschland erwartete. Mittlerweile interveniert »der Westen« in Ländern ohne jede solide Informationen über Land und Leute, Probleme und Konflikte.

Der stattliche Band *Im Kampf gegen Nazideutschland* von fast 800 Seiten umfasst 31 Berichte von deutschen Emigranten für den amerikanischen Geheimdienst aus den Jahren 1933-49. Die Autoren sind drei 1933 vertriebene Wissenschaftler: der Philosoph Herbert Marcuse (1898-1979), der Politikwissenschaftler Franz Neumann (1900-1954) und der Jurist und Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer (1900-1965). Alle drei gehörten zum Frankfurter Institut für Sozialforschung bzw. zu der nach dem Zweiten Weltkrieg »Frankfurter Schule« genannten Gruppe der »Kritischen Theorie«. Drei der 31 Berichte sind bereits 1986 bzw. 1998 anonym erschienen, aber der amerikanische Politikwissenschaftler Raffaele Laudani hat in minutiöser Archivarbeit die Autorschaft der meisten Artikel für die englische Originalausgabe nachweisen können. 2007 erschienen unter dem Titel »Feindanalysen« (herausgegeben von Peter-Erwin Jansen) Texte aus dem Marcuse-Archiv, die parallel zu den Berichten für die »Research and Analysis Branch« des »Office of Strategic Services« (OSS), aus dem später die CIA hervorging, entstanden waren. 13 Berichte stammen von Franz Neumann, zwölf von Herbert Marcuse, sechs von Otto Kirchheimer. Spiritus rector der Analysen für den OSS war Franz Neumann, der bereits 1942 mit *Behemoth* eine bahnbrechende Interpretation des Nationalsozialismus vorgelegt hatte.

Nach Neumann waren es vier Machteliten aus NSDAP, Wehrmacht, Bürokratie und Monopolkapitalismus, die die von inneren Widersprüchen und Kompromissen gekennzeichnete nationalsozialistische Diktatur bestimmten. Damit stellte sich Neumann, nicht anders als Marcuse und Kirchheimer, gegen die im US-Geheimdienst kursierende Vorstellung, die Nazierrschaft sei vom Wiederaufleben des »preußischen Militarismus« geprägt worden. Dieser Vergrößerung setzten die drei deutschen Wissenschaftler eine historisch wie soziologisch verfeinerte Sicht auf den Nationalsozialismus entgegen.

Virtuose Analysen und Prognosen

Die Berichte umfassen thematisch sieben Bereiche: Feindanalyse, hypothetische Muster des Zusammenbruchs der Nazi-Herrschaft, Analyse der Opposition gegen Hitler, Vorschläge zur Entnazifizierung nach einem Sieg der Alliierten, Wiederaufbau Deutschlands in einem neuen Europa sowie Analysen der Grundlagen von Prozessen gegen Kriegsverbrecher und zu den Aussichten des Kommunismus. In allen Berichten demonstrieren die Autoren eine virtuose Fähigkeit, die Analyse und Diagnose sozialer, wirtschaftlicher, politischer und militärischer Fakten mit wahrscheinlichen Entwicklungsperspektiven, also Prognosen, zu verbinden, ohne in kaffeesatzlesende Spekulationen abzugleiten.

So waren etwa die empirischen Grundlagen für Marcuses Bericht über »Moral in Deutschland« vom 16. September 1943 naturgemäß schmal. Der Autor beschränkte sich auf die plausible Feststellung, dass die Arbeitsmoral der Deutschen weder von den

Arbeitern selbst noch von alliierten Luftangriffen bestimmt werde, sondern von der Bandgeschwindigkeit in den Fabriken. Er räumte allerdings ein, dass alliierte Luftangriffe »den Glauben an die Unverletzlichkeit des deutschen Hoheitsgebiets« untergruben, aber gleichzeitig auch »die Angst vor den Russen« abschwächten, da diese keine deutschen Städte und Fabriken bombardierten. Neumanns Bericht über »Die sozialen und politischen Auswirkungen der Luftangriffe« bilanziert die enormen Schäden, schätzt die Folgen aber nüchtern ein, wenn er auf den »ziemlich hohen Grad an Effizienz bei der Wiederherstellung der grundlegenden sozialen und ökonomischen Ordnung« hinweist und auf das »Aufkommen von Gemeinschaftsgefühlen« unter den Ausgebombten nach Luftangriffen, nicht zuletzt auf »wachsende Antagonismen« zwischen den unter Luftangriffen leidenden Stadtbewohnern und der davon verschonten Landbevölkerung. Den forschen alliierten Luftkriegsstrategen um General Curtis LeMay und Marschall Arthur »Bomber«-Harris blieben solche Einsichten freilich fremd.

Auch die präzisen Vorschläge der Autoren zur Entnazifizierung und zur Vorbereitung der Prozesse gegen Kriegsverbrecher und den nationalsozialistischen Justizapparat versandeten – zum Nachteil der Entwicklung im Nachkriegsdeutschland, wo kein einziger Nazi-Richter je wegen Rechtsbeugung belangt wurde. Kirchheimer hatte noch im März 1944 angeregt, die rund 13.000 Richter und Staatsanwälte aus Nazi-Deutschland nach vorübergehender Suspendierung, die er für unausweichlich hielt, effizient und schnell zu überprüfen.

Ausführlich behandelten Neumann, Marcuse und Kirchheimer Probleme der Entnazifizierung durch die alliierte Militärregierung. Marcuse empfahl ein Verbot der NSDAP, die Konfiskation von deren Eigentum und die Verhaftung und Überprüfung von nicht weniger als 222.026 Nationalsozialisten in unterschiedlichen Funktionen von Ministern und Staatssekretären bis hinunter zu lokalen Parteihäuptlingen. Die größte Gruppe umfasste rund 30.000 Parteifunktionäre in den besetzten Ländern, wo das Regime besonders hemmungslos agiert hatte.

Entnazifizierung und Neubeginn

Parallel dazu berichtete Marcuse auch über die Möglichkeiten, »alte Parteien« wiederzubeleben und neue zu gründen. Er warnte davor, den Fehler der Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg zu wiederholen, als die französische Besatzungsmacht im Rheinland die Arbeiter- und Soldatenräte verbot und damit nur wilhelminisch-antidemokratische Ressentiments förderte. Auch eine formale Gleichbehandlung von faschistischen und antifaschistischen bzw. kommunistischen Strömungen und Parteien lehnte Marcuse ab: Die SPD sei die »Partei der Reform«, und gegen die KPD, die im Untergrund »demokratische Verfahren und Zielvorstellungen« entwickelt habe, brauche man nicht die bereits von den Nazis propagierte »Furcht vor dem Bolschewismus« zu mobilisieren.

Zur Regeneration der Verwaltung empfahl Kirchheimer, bei der Besetzung von Verwaltungsstellen aller Art Angehörige von Widerstandsgruppen, Gewerkschafter, liberale Intellektuelle und kirchliche Oppositionelle den altgedienten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vorzuziehen.

Zu den massenwirksamen Propagandalügen der Nationalsozialisten gehörte die Behauptung, die deutschen Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg seien der wichtigste oder einzige Grund für die galoppierende Inflation gewesen. Daraus erwuchs in der Weimarer Republik vor allem an ihrem Ende ein Inflationstrauma. Neumann widerlegte die Legende, indem er mit präzisen Zahlen aufzeigte, dass die Reparationszahlungen nur für kurze Zeit 1921 ein bestimmender Faktor für das deut-

sche Haushaltsdefizit und die unausgeglichene Zahlungsbilanz waren. Viel wichtiger war, dass große und wichtige Teile der deutschen Wirtschaft in der Inflation eine Möglichkeit sahen, ihre Schulden zu vermindern, begünstigt von den deutschen Regierungen, die die Steuerlast der Wirtschaft nicht erhöhten und die Kapitalflucht nicht verhinderten.

Europäische Nachkriegsperspektiven

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik schuf gezielt zentralisierte Rohstoff-, Industrie- und Transportkontrollen und zwang die Wirtschaft in den besetzten Ländern von Norwegen bis Griechenland, den Bedürfnissen der deutschen Wehrwirtschafts- und Rüstungspläne zu dienen. Neumann und der amerikanische Marxist Paul Sweezy (1910-2004) hatten die Weitsicht, in diesen Kontrollinstitutionen nicht nur Instrumente imperialistischer Macht, sondern auch Chancen für eine wirtschaftliche Integration Europas zu sehen. Albert Speers europaweit tätigen Kommissare wollten sie durch »Civil-Affairs-Beamte« der Alliierten ersetzt sehen, um die Rohstoff- und Versorgungsprobleme aller europäischen Länder – »ohne das politische Unterdrückungs- und Herrschaftssystem der Nazis« – jenseits überkommener nationaler Souveränität politisch-kooperativ und wirtschaftlich-effizient zu lösen. Das war zumindest ein Ansatz, dem die europäische Integration später mit der Montanunion und der EWG zum Vorteil Europas folgte.

Besondere Anerkennung verdient die Übersetzerin Christine Pries, die die schwierige Aufgabe, das rustikale Englisch der drei deutschen Emigranten in ein gut lesbares Deutsch zurückzuübersetzen, vorzüglich gelöst hat. Ein Lehrstück ist die Edition auch für jene, die glauben, Geheimdienstakten enthielten nur Spitzelprosa und taugten allenfalls, wie der Stasi-Nachlass im politischen Handgemenge seit 1989, als Reservoir für Denunziationen. Im Ausnahmefall können sie eine wertvolle historische Quelle sein.

Raffaele Laudani (Hg.): Franz Neumann/Herbert Marcuse/Otto Kirchheimer. Im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943-1949. (Aus dem Englischen von Christine Pries, Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, hg. v. Axel Honneth, Bd. 22). Campus, Frankfurt/New York 2016, 812 S., € 39,95.



Rudolf Walther

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt am Main. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* ist zuletzt der vierte und letzte Band der Reihe mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag erschienen.

rudolf.walther@t-online.de

Carl Wilhelm Macke

Der Schriftsteller Ferraras

Zum 100. Geburtstag von Giorgio Bassani

Die Bücher von Giorgio Bassani erschienen in Deutschland ab Mitte der 60er Jahre, gerade zu der Zeit, als man sich intensiver mit der Nazi-Vergangenheit zu beschäftigen begann. Die 50er Jahre waren die Jahre des Wirtschaftswunders gewesen, in denen die Erinnerung an den Nationalsozialismus fast vollkommen verdrängt war. »Man vermied alles historische Denken«, schrieb Helmut Böttiger in einem Rückblick auf diese

Zeit, »man lebte und dachte nur für den Augenblick. Der Staat, die Politik spielten fast gar keine Rolle«.

Das änderte sich in den 60er Jahren, vor allem mit der sogenannten 68er-Bewegung. In den letzten Jahren ist zwar viel Kritik an ihr geübt worden, aber es war auch ihr unbestreitbares Verdienst, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und der Shoa auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Man entdeckte den Reichtum der deutschen Exilliteratur, aber auch die antifaschistische Literatur in anderen europäischen Ländern, etwa die Romane des Spaniers Jorge Semprún, die Essays des in Belgien lebenden Österreicherers Jean Améry oder die Bücher italienischer Autoren wie Cesare Pavese, Primo Levi und eben Giorgio Bassani.

Liest man seine Romane und Erzählungen »mit deutschen Augen«, fällt auf, wie sehr sein Interesse auf Italien, seine Heimatstadt Ferrara und den italienischen Faschismus fokussiert ist. Im Mittelpunkt steht das Versagen des italienischen und auch des jüdischen Bürgertums gegenüber der Inhumanität des Faschismus. Die kritische Auseinandersetzung Bassanis mit der jüdischen Bourgeoisie Italiens mochte für deutsche Leser irritierend sein, denn jüdische Bürger, die, wie in Bassanis Heimatstadt Ferrara bis zu den Rassengesetzen von 1938 mit den Faschisten sympathisierten, waren in Deutschland nicht vorstellbar. So war man gezwungen, sich sehr viel genauer und differenzierter mit der Faszination des Faschismus im städtischen, sogar jüdischen Bürgertum Italiens zu beschäftigen.

Vielleicht haben Bassanis Bücher beim deutschen Publikum auch deshalb eine so erstaunliche Resonanz gefunden, weil sein Antifaschismus weniger bekennend und parteilich war als der vieler deutscher Exilschriftsteller. Das großbürgerliche Ambiente seines Ferrareser Romans mit dem Titel *Die Gärten der Finzi-Contini* war den überwiegend bürgerlichen Lesern in Westdeutschland näher als die proletarische Parteilichkeit der kommunistischen Tradition. Mit der Protagonistin des Buches, der jungen Micòl, die der *jeunesse dorée* der Stadt angehört, konnte man sich leichter identifizieren. Allerdings darf nicht unerwähnt bleiben, dass Micòl und einige ihrer Freunde und Verwandten nach Deutschland deportiert und in den Gaskammern der Nationalsozialisten ermordet werden. Über die Familiengruft der Finzi-Contini heißt es: »Nur Alberto, der älteste Sohn, ist dort beigesetzt worden. Während keiner weiß, ob Micòl, die Zweitgeborene, ihr Vater, Professor Ermanno, ihre Mutter Olga und deren gelähmte uralte Mutter, Signora Olga, die alle im Herbst 1943 nach Deutschland deportiert wurden, überhaupt ein Grab gefunden haben.«

Unter deutschen Autoren hat sich vor allem Alfred Andersch große Verdienste für die Verbreitung der Werke Bassanis in Deutschland erworben. Auch in seinen eigenen Büchern hat er sich immer wieder mit der Rolle des Bürgertums in der NS-Zeit beschäftigt, am nachdrücklichsten in seiner letzten Erzählung *Der Vater eines Mörders*, in deren Zentrum ein Gymnasialdirektor steht, dessen reales Vorbild der Vater von Heinrich Himmler war.

»Schützt Humanismus denn vor gar nichts?« – diese im Nachwort gestellte Frage bildet ein Leitmotiv in Anderschs Werk. Von Andersch stammen auch die frühesten Würdigungen Bassanis im deutschsprachigen Raum, etwa seine Laudatio anlässlich der Verleihung des Nelly-Sachs-Preises an den italienischen Schriftsteller 1968. Und sein Essay *Auf den Spuren der Finzi-Contini* gehört zu den schönsten literarischen Texten über Ferrara und seinen berühmtesten Autor.

Dessen Werke erschienen in Deutschland zunächst im Piper Verlag, der in den 60er und 70er Jahren zweifellos die wichtigste Vermittlungsinstanz für zeitgenössische

*Bassani in
Deutschland*

italienische Literatur war. Hier erschien die erste deutsche Ausgabe des berühmten Romans *Il Gattopardo (Der Leopard)* von Tomasi di Lampedusa, der zu Lebzeiten des Autors von allen Verlagen abgelehnt worden war. Es war Bassanis Verdienst, dieses Buch nach dem Tod Lampedusas für Italien entdeckt und durchgesetzt zu haben. »Über eines war ich mir, kaum dass ich die köstlichen Anfangssätze gelesen hatte, sofort im Klaren«, schrieb er im Rückblick. »Hier handelte es sich um das Werk eines wirklichen Schriftstellers.« Gleichsam im Schlepptau des *Gattopardo* war sein eigener Roman, *Die Gärten der Finzi-Contini*, das zweite italienische Erfolgsbuch bei Piper, dessen Erfolg durch die Verfilmung von Vittorio de Sica noch beflügelt wurde.

Das liegt fast 50 Jahre zurück. Seither ist Giorgio Bassani immer stärker aus der Aufmerksamkeit des deutschen Publikums verschwunden. Doch liegt sein Hauptwerk *Il giardino dei Finzi-Contini* jetzt wieder in einer schönen Ausgabe des Wagenbach-Verlags vor, der die Rechte an den Publikationen Bassanis erworben hat. Sein Rang als einer der bedeutendsten italienischen Schriftsteller der Nachkriegszeit ist unumstritten, und die Lektüre seiner Werke bleibt aktuell, weil sie soziale und humane Werte vermitteln, jenseits von Konsumismus und Egoismus. Diese Tradition von »Zivilität gegen die Barbarei, von Klugheit gegen den Wahnsinn«, von der die Turiner Germanistin Barbara Allason gesprochen hat, könnte die Grundlage eines Europas sein, dessen Widersprüche und inneren Verwerfungen gerade jetzt schmerzhaft zu spüren sind.

Giorgio Bassani: Die Gärten der Finzi-Contini (Aus dem Italienischen von Herbert Schlüter). Wagenbach, Berlin 2016, 320 S., 13,90 €.



Carl Wilhelm Macke

ist freier Publizist in München und Ferrara (Italien), Geschäftsführer von »Journalisten helfen Journalisten« e.V. (www.journalistenhelfen.org) und Mitglied bei »Libertà e Giustizia«.

cwmacke@t-online.de

Wolf Scheller

Man wird sich schon durchwursteln

Erinnerung an einen Besuch bei Stanislaw Lem

Der Golem, der das auf die Vernunft sich gründende Weltbild anzweifelt, trägt in der zweiten Silbe den Namen des Schriftstellers: Lem. Golem aber ist nur ein Computer, der sich im Jahr 2047 eingestehen muss, nicht zu wissen, was die Welt zusammenhält – eben die »unaufhebbare Rätselhaftigkeit dieser Welt«, eine ebenso schlichte wie aufregende Erkenntnis, die dem Schöpfer dieses Computers – dem polnischen Schriftsteller, Philosophen und Futurologen Stanislaw Lem schon vor langen Jahren gekommen war. Der kleine alte Mann, dessen Bücher in fast 40 Sprachen übersetzt worden sind, lebte bis zu seinem Tod vor zehn Jahren in einem stillen Vorort von Krakau, etwa 15 Autominuten vom Ufer der Weichsel entfernt, der »Wisla«, wie die Polen den Fluss nennen. Sein Arbeitszimmer war bis unter die Decke von Bücherregalen zugestellt. Auf einem stand eine alte mechanische Adler-Schreibmaschine, auf der schon sein Vater geschrieben hatte und mit der Lem bis zuletzt arbeitete.

Als Polen unter dem Kriegsrechtsregime des Generals Jaruzelski stand, hatte Lem mit seiner Familie das Land vorübergehend verlassen und in Wien Zuflucht gesucht. Weltberühmt war der Autor von *Solaris*, von *Frieden auf Erden* und *Technologie und Ethik* damals schon. Er war nicht nur der erfolgreichste polnische Autor der Gegenwart, sondern auch der weltweit meistgelesene Science-Fiction-Schriftsteller. Meinen Besuch empfing er in einem Lehnstuhl sitzend, am linken Ohr ein Hörgerät. Noch immer wirkte sein Gesicht jungenhaft-verschmitzt, er konnte sich noch auf eine lustige Art aufregen, wenn er über all die Absurditäten sprach, die er im Alltag beobachtete. Da hatte er sich doch früher mit der Frage beschäftigt, wie sich die Menschheit unter dem Gewand einer »Globalistik« vor sich selbst retten könnte. Anders als Francis Fukuyama hatte der Großmeister der Science-Fiction aber nie von einem Ende der Geschichte gesprochen. Später hielt er die weitverbreitete Fortschrittsgläubigkeit für Unsinn, für »obsolet«, wie er sagte. Und er sprach von seinen Ängsten, der Gefahr eines atomaren Schlagabtauschs zwischen den nuklearen Schwellenmächten und den Unberechenbarkeiten der russischen Politik. »Das alles«, resümierte Lem, »ist eine missliche Lage. Da gibt es keine Zeichen, wo man sagen könnte: es ließe sich ein Silberstreifen am Horizont erkennen.«

Dennoch – ein Pessimist wollte er nicht sein. Zu Zeiten des sowjetischen »Protektorats« über Osteuropa sei die Situation doch sehr viel schlimmer gewesen. Das Unangenehme der heutigen Lage, so meinte Lem, sei die Unübersichtlichkeit. Im Gegensatz zu der Zeit vor 1989 könne man keine einigermaßen gesicherten Prognosen für die politische Entwicklung in einem überschaubaren Zeitraum mehr wagen. Lem zog hier einen Vergleich zur Klimadiskussion. Wenn man sich etwa ansehe, was in einem Land wie den Vereinigten Staaten durch Zyklone oder ähnliche Klimakatastrophen angeordnet werde, müsse man schon zu dem Schluss gelangen, dass auch bei uns in Europa die allgemeine Lage »ziemlich misslich« sei: »Was kommen wird, ist unklar. Und das ist nicht besonders angenehm ...«

Lem machte bei diesen Worten einen in sich gekehrten, nachdenklichen Eindruck. Die Sicherheit, geradezu Selbstgewissheit, mit der er sich früher zu zukünftigen Entwicklungen geäußert hatte, war längst gewichen und hatte wieder dem Zweifler Platz gemacht, der die Zweischneidigkeit des technologischen Fortschritts zu erkennen meinte. Da ließ er sich nicht mehr auf kurzfristige Voraussagen ein. »Nur im Bereich der Wissenschaft, etwa in der Bio-Technologie oder in den elektronischen Netzwerken, besteht die Möglichkeit, langfristige Prognosen abzugeben, nicht aber auf dem Feld der Politik. Da weiß man gar nichts.«

*Nicht die Zukunft,
die Vergangenheit
verändert sich*

Seit 1986 schrieb Lem keine Science-Fiction-Literatur mehr. Sehr früh warnte er vor den Gefahren des Internets. Es sei ein Netz, das nichts verstehe und mangels Kontrollinstanzen Mafia-Organisationen und Schwindlern die Tore öffne. Er war sich ziemlich sicher, dass die Risiken den Nutzen überwögen: »Zum Beispiel die Tuareg oder die Araber in der Wüste. Was haben die von dem Internet? Rein gar nichts! Bei uns redet man von Handel und Kommerz, alles übers Internet – ich finde das überhaupt nicht anziehend. Wie kann man sich ein paar Schuhe übers Internet besorgen! Das ist mir unbegreiflich. Wenn ich sie nicht anprobieren kann! Oder denken wir an Cyberspace im kybernetischen Raum. Das Großkapital pumpt ständig neue Waren in die menschlichen Massen, und wir sollen uns daran gewöhnen, dass wir dies und das brauchen – das ist doch völlig unsinnig ...«

An diesem Punkt hatte Lem sich regelrecht in Rage geredet und schien den Besucher fast vergessen zu haben. Er grantelte, gab sich fortschrittlich und konservativ

zugleich. Irgendwann vor ein paar Jahrzehnten hatte er eine groteske Fabel über eine sprechende Waschmaschine geschrieben. An diese Geschichte erinnerte er sich jetzt wieder. Denn inzwischen gab es schon Waschmaschinen, denen man diverse Anordnungen geben konnte. Und so ging es weiter. Die »Beschleunigung der Veränderung« in der Technik machte ihm Angst, sie war ihm mittlerweile unheimlich geworden. »Es gibt bei uns diesen großen Druck, dass wir unbedingt etwas Neues, immer das Neueste brauchen. Das ist die technosphärische Gesellschaft des einmaligen Gebrauchs. Man darf nichts reparieren, sondern muss alles sogleich auf die Müllhalde werfen ...«

Lem schwor da auf seinen 20 Jahre alten Mercedes – aber: »Es ist natürlich unwichtig, was mir gefällt und was nicht. Ich bin nur der Auffassung, wir bewegen uns in eine Richtung, die wir nicht genau kennen. Und noch schlimmer. Früher sagte man: Die Zukunft verändert sich sehr schnell, die Voraussagen ändern sich. Aber jetzt sagen wir: Die Vergangenheit verändert sich.« Am liebsten, sagte Lem, würde er auswandern. Aber dafür sei er zu alt. Er lachte. »Im Übrigen halte ich mich für einen ›Optimisten‹.« Was das sei? Ein Pessimist mit einem Schuss Optimismus. Und trotz alledem: »Ich glaube: Wir stehen nicht vor einem endgültigen Untergang des Abendlandes. Man wird sich irgendwie durchwursteln – aber mit Unbehagen und natürlich mit Scherereien, hoffentlich ohne Kriege ...«



Wolf Scheller

war Rundfunkredakteur in Köln und ist nun freier Autor. Seine Schwerpunkte sind jüngere Zeitgeschichte und Literatur.

wolfscheller@gmx.de

Ulrich Baron

Profitpotenzial ohne Grenzen

Drogenkriege gestern und heute

Auf den ersten Blick scheinen der Drogenhandel und seine Bekämpfung von den vordersten Rängen der weltpolitischen Tagesordnung verschwunden zu sein, auch wenn Meldungen wie die Flucht und neuerliche Festnahme von Joaquín »El Chapo« Guzmán, dem Chef des berüchtigten mexikanischen Sinaloa-Kartells, für Schlagzeilen sorgen. Tatsächlich jedoch trägt der Drogenhandel weltweit maßgeblich zur Finanzierung von teils militanten kriminellen Gruppen bei, deren Spektrum von den afghanischen Taliban bis zur White-Collar-Kriminalität im Westen reicht.

Aus westlicher Sicht zeigt sich die brutale Realität des Drogenproblems vor allem auf der Konsumentenseite – bei den Süchtigen und allen Formen der typischen Suchtkriminalität. Doch je mehr aus dem Kampf gegen die Sucht ein Krieg gegen die Drogen und je stärker dieser Krieg vor allem von den USA in die Herkunftsländer getragen wurde, desto brutaler wurde der Kampf um die Drogen auf der Produzenten- und Distribuentenseite. In Mexiko führte dies zu teils bürgerkriegsähnlichen Zuständen, bei denen kaum auszumachen ist, wo die Grenzen zwischen Machtkämpfen der Drogenkartelle, dem Kampf gegen sie und den sozialen Konflikten liegen, die mit den mörderischen Mitteln solcher Kämpfe unterdrückt werden.

Am 26. September 2014 wurden 43 Studenten der »Escuela Normal Rural de Ayotzinapa« im mexikanischen Bundesstaat Guerrero in einer offenbar konzertierten Aktion von Lokalverwaltung, Polizei und organisierter Kriminalität entführt, ermordet und nach bisherigen Kenntnissen bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Das Schicksal der »Normalistas« sorgte weltweit für Entsetzen, und die Zahl 43 wurde in Mexiko zum Inbegriff dessen, was die Lateinamerikanistin Maria Berlanga Gayón in ihrem Beitrag für den Band *TerrorZones* als »Spektakel der Gewalt« beschreibt. Dass dabei Menschen quasi spurlos verschwinden, ist nur die eine Seite des Spektakels. Vorbild für diese Art der gezielten Auslöschung war die Praxis der argentinischen Militärjunta, Regimegegner von Flugzeugen aus ins Meer werfen zu lassen.

In Mexiko verzeichne allein die offizielle Statistik mehr als 25.000 »Desaparecidos«, Verschwundene, die als »nicht lokalisiert« erfasst seien, schreibt Anne Huffschnid im gleichen Band unter dem Titel »Knochenarbeit«, über den Beitrag forensischer Anthropologen bei der Identifizierung von Opfern, die zumeist in »Fosas comunes«, Massengräbern, geborgen werden. Forensische Anthro-

Forensische Spurensuche

pologen übertragen die Erkenntnisse aus der Analyse fossiler Knochenfunde auf die kriminalistische Arbeit und konnten im Fall der 43 Normalistas aus zwei winzigen Fragmenten die Identität eines der Verbrannten ermitteln. Lilian Paola Ovalle und Alfonso Diaz Tovar aber verweisen auf den Fall eines 2009 in Tijuana verhafteten Mannes, der sich als »el pozolero«, der Suppenkoch, ausgegeben habe: »Er arbeitete für eine der kriminellen Organisationen, die in Tijuana ins Drogengeschäft verwickelt sind, und sagte aus, mehr als 300 Menschen in Säure aufgelöst zu haben.«

Während der »Suppenkoch« ein Labor des Verschwindens betrieb und man auch die 43 Studenten spurlos verschwinden lassen wollte, wurden in Ayotzinapa weitere sechs Menschen öffentlich ermordet. Der Leichnam eines von ihnen wurde am Tatort zurückgelassen. Man hatte ihm die Augen herausgeschnitten und das Gesicht abgeschält. Das Bild seines blutig grinsenden Totenschädels sei am 27. September durch die mexikanischen Medien gegangen, schreibt Maria Berlanga Gayón in ihrem schon erwähnten Artikel.

In beiden Fällen geht es um die Demonstration absoluter Macht, um Herrschaft nicht nur über Leben und Tod, sondern auch über Existenz und Nichtexistenz der »Desaparecidos«, und deshalb sei die forensische Arbeit so wichtig, so Huffschnid. Dabei geht es, schon angesichts der Verhältnisse in Mexiko, weniger um juristische Aufarbeitung. »Im Zentrum steht vielmehr die Würde der Toten und ihre Rückholung, so seltsam das sich anhören mag, in die soziale Welt.«

Diese soziale Welt aber ist durch den Krieg um Drogen und gegen Drogen brutal entstellt, der die virulenten gesellschaftlichen Konflikte in den Herkunftsländern verschärft und überlagert. Dieser Krieg liefert Stoff für Thriller wie Don Winslows ungemein erfolgreichen Roman *Tage der Toten* (im Original *The Power of the Dog*, 2005). Aber worum geht es eigentlich, wenn es um Drogen geht, und um was für einen Krieg handelt es sich?

»Fast hundert Jahre« dauere der Drogenkrieg schon, behauptet der Journalist Johann Hari in seinen Buch *Drogen. Die Geschichte eines langen Krieges*. Schon zuvor wurde wegen Drogen Krieg geführt, aber Haris Thema ist eher der Kampf gegen die Drogensucht in den USA und dessen ideologische Überhöhung. Nicht gegen, sondern für Drogen beziehungsweise für deren freien Handel waren 1839 die Briten im Ersten Opiumkrieg gegen das chinesische Kaiserreich der Qing-Dynastie zu Felde gezogen.

China sollte seinen Markt für anglo-indisches Opium öffnen, damit das Empire sein Handelsdefizit gegenüber dem Reich der Mitte ausgleichen konnte. Die Freiheit des Drogenhandels wurde 1839 bis 1842 auch am Jangtsekiang und am Perlfloss verteidigt.

Legt man angesichts eines so martialischen Liberalismus den Begriff liberal aus, so könnte man auch die gegen die britische Kolonialpolitik und die Besteuerung von Tee gerichtete »Boston Tea Party« als Votum für den freien Drogenhandel verstehen. Tatsächlich war das Heimatland von Coca-Cola im 19. Jahrhundert ein wahres Schlaraffenland der Opium- und Kokain-Konsumenten. »Der typische Opiumkonsument der damaligen Zeit war eine weiße Frau der Mittelschicht in mittleren Jahren«, schreiben Carmen Boullosa und Mike Wallace in ihrem Plädoyer für eine neue globale Drogenpolitik mit dem Titel *!Es reicht!*

Mit der Zunahme von Suchtfällen aber seien – wie beim Alkohol – auch die Stimmen lauter geworden, die ein Verbot des freien Konsums forderten, und in den USA habe es gleich auch einen ethnischen Vorbehalt gegeben, der sich erst später gegen Afro-amerikaner richtete. Opium war die Droge chinesischer Einwanderer, die im Zuge des Eisenbahnbaus massenhaft in die USA gekommen waren und deren Zustrom man 1882 durch den »Chinese Exclusion Act« verhindern wollte. Viele Chinesen wichen damals nach Mexiko aus, das dem Mohnanbau gute Bedingungen bot.

Das schon zu Zeiten der Konquistadoren ins Land gekommene Marihuana habe damals noch als Droge der Armen gegolten, doch zeichnete es sich ein Grundmuster künftiger Konflikte ab: Jenseits der 3.150 Kilometer langen Südgrenze der USA lag ein Staat mit vielen armen Menschen, von denen manche Drogen anbauten, und dahinter lag ein halber Kontinent, in dem es ähnlich zuging. Je fanatischer in den USA der Krieg gegen die Drogen geführt wurde, der in Haris Darstellung an die Kommunistenhate des FBI-Gründers J. Edgar Hoover erinnert, desto stärker wurden gerade die schwächsten Kombattanten an beiden Enden der Wertschöpfungskette erfasst: kleine Konsumenten und Produzenten mitsamt ihrem Umfeld, die in die Mühlen eines Milliardengeschäfts geraten waren.

So schafft der Kampf gegen Drogen Probleme, an denen er immer wieder scheitert. Er betreibt seine eigene Eskalation durch hypertrophen Kapitaleinsatz, denn das eigentliche Suchtmittel ist auch hier das Geld. Verschärfte Einfuhrkontrollen und die Beschlagnahme von Schmuggelware, also die künstliche Verknappung des Warenzustroms, treibt die Preise für Drogen in die Höhe und steigert damit die Gewinnaussichten ins Unermessliche. Selbst auf der Ebene des kleinen Straßendealers ist Drogenhandel attraktiver als eine legale oder eine andere kriminelle Tätigkeit. So entstehen neben illegalen Importstrukturen auch lokale Produktionsstätten wie ländliche Drogenlabors, die erst durch ihre gelegentliche Explosion bekannt werden.

In den USA sei das Alkoholverbot von 1919 »die Geburtsstunde des modernen organisierten Verbrechens« gewesen, konstatieren Boullosa und Wallace, dem das Heroinverbot von 1924 zusätzlichen Auftrieb gegeben habe: »Arnold Rothstein, New Yorks Mobstergenie« sei von seinem Schützling Lucky Luciano auf dessen Profitpotenzial aufmerksam gemacht worden – »ein Kilo Heroin, das im Einkauf 2.000 Dollar kostete, ließ sich für 300.000 Dollar weiterverhöckern«.

Rothstein habe dabei das damals effizienteste Transportsystem genutzt, die amerikanische Eisenbahn, die den gesamten Markt der USA pünktlich mit seinen Opiaten versorgte. Später kamen Automobile, Flugzeuge, Schnell- und U-Boote hinzu, denn angesichts solcher Gewinnspannen braucht am Vertrieb nicht gespart zu werden. Dazu

kam auch die Korruption von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Repräsentanten, die Entwicklung und Verfestigung mafiöser Strukturen und hermetischer Milieus, in denen Drogenkriminalität mit anderen illegalen Aktivitäten wie verbotenen Glücksspielen, Prostitution, Schutzgelderpressung, Kidnapping und Auftragsmorden Hand in Hand ging.

All dies lässt sich militärisch nicht bekämpfen. Vielmehr zeigen die genannten Beispiele aus Mexiko, dass die Kollateralschäden einer Militarisierung der Suchtbekämpfung, eines Krieges gegen die Drogen, nicht zu begrenzen sind und ganze Gesellschaften in den Abgrund reißen können.

Dass Autoren wie Boullosa, Wallace und Hari vor diesem Hintergrund für eine Legalisierung des Drogenkonsums plädieren, ist naheliegend. Aber eine kontrollierte Legalisierung des Drogenhandels dürfte umso schwieriger werden, je stärker sich mafiöse Strukturen verfestigt haben und je größer deren Kapitalmacht ist. Al Capone wurde wegen Steuervergehen inhaftiert, und seine Nachfolger haben daraus die Lehre gezogen, Drogenkapital, wo es nur geht, zu »waschen«, in legale Unternehmen zu investieren und so Staat und Justiz lediglich die weiße Seite ihrer Weste zu präsentieren. Eine weltweite Legalisierung würde nicht zum großen Weißwaschen einladen, sondern die vorhandenen Syndikate zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder drängen. Denn für Geld gibt es bis heute keine Ersatzdroge.

Carmen Boullosa/Mike Wallace: ¡Es reicht! Der Fall Mexiko: Warum wir eine neue globale Drogenpolitik brauchen. Kunstmann, München 2015, 288 S., 19,95 €. – Johann Hari: Drogen. Die Geschichte eines langen Krieges. S. Fischer, Frankfurt/M. 2015, 448 S., 24,99 €. – Anne Hufschmid/Wolf-Dieter Vogel/Nana Heidhues/Michael Krämer (Hg.): TerrorZones. Gewalt und Gegenwehr in Lateinamerika. Assoziation A, Berlin 2015, 256 S., 18,00 €. – Don Winslow: Tage der Toten. Suhrkamp, Berlin 2012, 689 S., 9,99 €.



Ulrich Baron

ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

ulrich.baron@t-online.de

Peter Brandt

Der wertkonservative Linke

Die Erinnerungen von Erhard Eppler

Erhard Eppler zieht im Alter von bald 90 Jahren – auf gut 300 Seiten erfreulich knapp, auch insofern diszipliniert – eine Bilanz seines Lebens, eines überaus tätigen und stets denkenden Lebens: Es begann in der Mitte der Weimarer Republik als Sohn eines Gymnasiallehrers, dann -direktors (dieser der erste soziale Aufsteiger seiner Familie) in Schwäbisch Hall und einer Pfarrerstochter aus einer der traditionell führenden bürgerlichen Familien Württembergs. Das evangelische Pfarrhaus, diese Sozialisationsagentur des deutschen Bildungsbürgertums, hat indirekt auch Eppler geprägt, nicht nur hin-

sichtlich des religiösen bzw. kirchlichen Engagements. Dabei hatte er das Glück, durch seinen Großvater mütterlicherseits erste Impulse von der politisch progressivsten Variante des deutschen Protestantismus zu erhalten, wie sie im Wilhelminischen Kaiserreich Friedrich Naumann mit seiner Synthese von Nationalpatriotismus, Liberalismus und sozialpolitischem Engagement verkörperte. Naumann propagierte eine breite Mitte-Links-Koalition unter Einschluss der Sozialdemokraten. (Die meisten Pastoren, vor allem nördlich des Mains, waren ja konservativ, nach 1918 dann deutsch-national gesinnt.)

Unsentimental und nüchtern, aber sehr lebendig und aufschlussreich wird die Kindheit und Jugend im »Dritten Reich« geschildert: im Jungvolk, in einer eher renitenten Spielschar der Hitlerjugend, als Flakhelfer, im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht, wo Eppler 1944/45 die Wirklichkeit des Krieges kennenlernte. Gegenüber der denunziatorischen Tendenz in Teilen der heutigen Öffentlichkeit, die eine Art Kollektivschuld-Vorwurf in der Vergangenheitsform erhebt, wird hier erneut deutlich, dass die Aufteilung in »Täter« und »Opfer« die Verhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland ebenso wenig erfassen kann wie die simple Unterscheidung von Anhängern und Gegnern des Führerstaats. Das gilt teilweise sogar für eingeschriebene NSDAP-Mitglieder, Nachgeborenen sei dies dringend in Erinnerung gerufen!

Sicherlich hatte es Eppler mit seinem familiären und geistigen Hintergrund leichter als viele Altersgenossen, die von außen ermöglichte, aber ohne autochthone Voraussetzungen nie realisierbare Demokratiegründung nach 1945 als äußere und innere Befreiung zu erleben. Mehr als die autoritäre Disposition wohl eher bestärkende »Reeducation« der amerikanischen Besatzungsmacht trug dazu ein zweisemestriger, von kritischen Berner Intellektuellen ermöglichter Studienaufenthalt in der Schweiz 1947/48 bei, wo er auf ein dezidiert demokratisches und für das Gemeinwesen engagiertes Bildungsbürgertum traf, dem jeder Dünkel fremd war.

Auf dem Weg zum Politiker kam an Epplers Hauptstudienort Tübingen früh Carlo Schmid ins Spiel, als Professor für Völkerrecht damals noch ein Exot in der wiedererstandenen SPD. Zunächst, für mehrere Jahre, führte der Weg 1952/53 in die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) unter Vorsitz Gustav Heinemanns, gegründet in Reaktion auf die einsame Entscheidung Konrad Adenauers, die praktische, wirtschaftliche und kulturelle Westorientierung der jungen Bundesrepublik um die militärische Westbindung samt Remilitarisierung zu ergänzen und die Wiedervereinigung Deutschlands damit in die ferne Zukunft zu verschieben. Die Heinemann-Partei war eine links-protestantisch gefärbte, intelligenzbürgerliche Vereinigung, aus der später bekanntlich eine Reihe herausragender Politiker zur SPD kamen, aber sie hatte keinerlei Aussichten bei Wahlen. Erhard Eppler, der schon in seinen Zwanzigern zum Bundesvorstand der GVP gehörte, tat den Schritt in die damals noch stark arbeiterparteiliche Sozialdemokratie Anfang 1956, angestoßen durch einen Brief Fritz Erlers, den späteren brillanten Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, nach 1945 im deutschen Südwesten tätig, den er neben Gustav Heinemann und Willy Brandt einen seiner wichtigsten politischen Mentoren nennt. Zu seiner positiven Überraschung wurde der einem SPD-fremden Milieu entstammende junge Dr. phil. überwiegend freundlich aufgenommen. »Ich hatte«, so heißt es in seiner Autobiografie, »den Käfig einer bildungsbürgerlichen Existenz hinter mir gelassen, ohne irgendetwas aufzugeben oder abzuwerfen, was ich dort gelernt hatte«. Als Delegierter des Parteitags 1959 stimmte Eppler dem Godesberger Programm zu, war dabei beeindruckt von der demokratischen Professionalität und der Disziplin der Abgesandten.

Das stark und noch zunehmende politische Engagement – 1961 erste Kandidatur für den Bundestag und Einzug über die Landesliste – erzwang den Abschied vom Schuldienst, den Eppler mehr als pflichtgemäß und mit Freude geleistet hatte.

Seit den frühen 70er Jahren wurde die Ökologie, vielleicht genauer: der ökologische Aspekt gesellschaftskritischer Theorie und Praxis, eines der zentralen Themen Erhard Epplers. Davor, darauf weist er nachdrücklich hin, hatte er, wie alle damaligen Linken, auch die weitaus radikaleren Entwicklungen, die Problematik grenzenlosen industriellen Wachstums und riskanter, avancierter Technologien noch nicht im Blick. Und er betont auch, dass das Umdenken mehr durch Erfahrungen und Beobachtungen, nicht zuletzt in der südlichen Hemisphäre, hervorgerufen wurde als durch systematische Lektüre. Vom Beginn der innerparteilichen Debatte über die Thematik bis zum Ausstiegsbeschluss der SPD aus der Atomenergie 1986 dauerte es über zehn Jahre, und wenn es jemanden gibt, der sich das im Hinblick auf seine gedanklichen Anstöße und sein hartnäckiges Agieren auf die Fahne schreiben kann, dann ist das Erhard Eppler. Er selbst betont den Druck (von unten), den der Aktivisten und Bürgerinitiativen sowie den Einstellungswandel als entscheidendes Movens.

Obwohl zunächst in verschiedenen Ausschüssen des Parlaments tätig, so im Finanzausschuss, sah sich Eppler vorrangig als Außenpolitiker, wo er die Vorphase der sozialdemokratischen Entspannungspolitik in der Regierung der ersten Großen Koalition (1966-69) begleitete und auch schon mit gestaltete. Seine auf Reisen erworbene Einsicht in die Verhältnisse östlich der Elbe und der Oder ließ ihn erkennen, wie wichtig es war, den Ländern des östlichen Mitteleuropa die Vorstellung einer anhaltenden deutschen Bedrohung, eines »westdeutschen Revanchismus«, zu nehmen, um dort etwas in Bewegung zu setzen. Epplers entspannungskonzeptionelle Grundüberlegung beruhte also nicht so sehr auf der resignativen Einsicht in die Stärke des Sowjetsystems und des Ostblocks (obwohl er die machtpolitischen Tatsachen registrierte) als auf der Erkenntnis ihrer inneren Schwäche. Auch die militärischen Möglichkeiten der Sowjetarmee, namentlich auf dem atomaren Feld, schätzte er realistischer ein als es das von der NATO-Propaganda gezeichnete Bedrohungsszenario tat. Die globale Überlegenheit der USA stand für ihn niemals ernsthaft infrage. Und diese Wahrnehmungen bestimmten auch seine Haltung in der Kontroverse über die »Nachrüstung« um 1980.

Aufmerksam auf diesen Dr. Eppler war ich schon geworden, als er noch zu Zeiten der Großen Koalition, in der Nachfolge von Hans-Jürgen Wischnewski Entwicklungshilfeminister wurde und man den Eindruck bekam, hier nimmt sich erstmals ein westdeutsches Regierungsmitglied mit dem gebotenen Ernst, mit Akribie und unter geistiger Durchdringung der Sache der globalen Nord-Süd-Problematik an. Eppler blieb unter der ersten und zweiten Kanzlerschaft Willy Brandts im Amt, schied aus der Regierung Schmidt jedoch bereits nach einigen Wochen durch Rücktritt aus, weil die Herabstufung des Etats seines Ministeriums eine Weiterarbeit sinnlos erscheinen ließ. Was ihn an Helmut Schmidt hauptsächlich störte, war übrigens nicht das Bemühen um pragmatische Lösungen als solche, sondern, wie er sagt, dessen »Macher-Pathos« wie auch die Unfähigkeit oder Unwilligkeit, eine konträre Position überhaupt angemessen zu erkennen. »Wo die Differenz da gesucht wird, wo sie gar nicht besteht, ist Verständigung nun einmal nicht möglich.« Wie wahr! Dass DER SPIEGEL das Buch im Hinblick auf diese Passagen als Abrechnung mit Schmidt meinte charakterisieren zu müssen, ist der üblichen Skandalisierungssucht geschuldet.

In dem ein Jahr nach dem Rücktritt vom Ministeramt erschienenen Werk *Ende oder Wende*, das den Ruf Epplers als eher linken Ökologie-Politiker für eine breitere

Öffentlichkeit begründete, formulierte er die Unterscheidung zwischen Strukturkonservatismus und Wertkonservatismus, auf die er im Untertitel seiner Erinnerungen und Reflexionen wieder Bezug nimmt.

Von 1973 bis 1980 führte Erhard Eppler den baden-württembergischen Landesverband der SPD und die Landtagsfraktion. Gegen Hans Filbinger wie gegen Lothar Späth unterlag er 1976 bzw. 1980 mit, gemessen an den Umständen, durchaus respektablem, aus heutiger Sicht grandiosem Ergebnis von fast genau einem Drittel der Stimmen. Mehr als die Feindseligkeit der christdemokratischen Landtagsabgeordneten mit ihren geradezu unterirdischen Zwischenrufen quälte die Illoyalität eines Teils der eigenen Fraktion, wo einige Personen sich als Informanten und Stichwortgeber der meist konservativen Regionalpresse betätigten.

Ausführlicher als die leitende Tätigkeit im Vorstand bzw. Präsidium der Evangelischen Kirchentage seit 1977 nimmt das Buch die Arbeit der SPD-Grundwertekommission in den Blick, die Eppler seit 1973 leitete. Diese Kommission bereitete das Berliner Programm von 1989 vor – mehr als berechtigt die tiefe Enttäuschung darüber, dass dieses ausgezeichnete Programm, so wörtlich »von oben abgeblockt, in der (SPD-)Baracke erstickt« wurde, was der Autor nicht rechtssozialdemokratischen Dunkelmännern, sondern der Egomane Oskar Lafontaines anlastet. Kurios, aber zutreffend: Das offizielle Grundsatzprogramm als faktisches Geheimdokument!

Im Hinblick auf die politische Wirkung noch bedeutender war vielleicht die zweite Großtat der Grundwertekommission: der Dialog mit der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften Mitte der 80er Jahre; aus diesem Dialog ging das Papier über den »Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit« vom August 1987 hervor. Es ist Eppler beizupflichten, dass das Papier in der DDR, gerade auch in der SED, breit diskutiert wurde – anders als in der Bundesrepublik, wo der Inhalt von Gegnern oder Skeptikern kaum zur Kenntnis genommen wurde. Fassungslos scheint Eppler immer noch darüber zu sein, dass das SED-Politbüro geradezu beiläufig der Veröffentlichung des brisanten Textes zustimmte, offenbar ohne die Implikationen und Risiken des Vorgangs zu begreifen. Es waren maßgeblich diese und weitere Erfahrungen, die Erhard Eppler veranlassten, in seiner Rede vor dem Bundestag zum 17. Juni 1989, also vor Beginn der akuten Existenzkrise der DDR, vorsichtig, aber unschwer erkennbar, die Perspektive einer Demokratisierung des ostdeutschen Staates gegen die SED-Spitze und letztlich der Neuvereinigung Deutschlands zu eröffnen. Hätte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion damals den Inhalt dieser wichtigen Rede voll rezipiert, dann wäre sie besser imstande gewesen, auf das, was dann kam, mit einer eigenen, nicht nur defensiven Strategie zu reagieren.

In den hinteren Kapiteln des glänzend geschriebenen Buches finden wir eine tief-schürfende, im buchstäblichen Sinn radikale Auseinandersetzung mit dem neoliberalen bzw. marktradikalen Paradigma, das uns im Hinblick auf die Lösung der Menschheitsproblematik schon mehrere Jahrzehnte gekostet habe, und dessen erstaunlichem Wiederaufleben nach der Krise von 2008/09, sowie vor allem mit dessen ökonomischem Menschenbild. Betont fair und freundlich sind übrigens die Passagen über Gerhard Schröder und dessen Regierung. Generell gehört die Charakterisierung und Bewertung der diversen Weggefährten zu den Stärken des Buches, gelegentlich kritisch ohne Umschweife, aber immer um Gerechtigkeit im Urteil bemüht und niemals die persönliche Integrität infrage stellend (mit einer – begründeten – Ausnahme). Es finden sich in dem Buch grundlegende Aussagen über Europa, insbesondere dessen bzw. Deutschlands Verhältnis zu Russland. Eppler gehört ja zu den »Putin-Versteher« ge-

scholtenen Mahnern vor einer Isolierung des großen Nachbarn im Osten unter der Fahne des Menschenrechtsuniversalismus. Seiner Partei, die er bei allen kritischen Einwänden seit seinem Rückzug aus der aktiven Politik hochgradig solidarisch begleitet hat, gibt Eppler den Rat, über die im Detail überzeugende Argumentation, über die Demonstration von Sachkompetenz, nicht die tiefer liegenden Schichten der Wählerpsychologie zu vernachlässigen, die eben nicht allein egoistische Wünsche und Sehnsüchte hegen, sondern die nach einer »entspannten, freundlichen, hilfsbereiten Gesellschaft«, nach mehr Gleichheit, »mehr Miteinander und weniger Wettbewerb« dürsten. Mit allgemeinen, aber als Botschaft von den Menschen verstandenen Parolen wie der aus den frühen 70er Jahren: »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen«, formuliert in der ersten Regierungserklärung des neu gewählten Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969, hat die SPD ihren historischen Wahlsieg des Jahres 1972 vorbereitet. Ein Plädoyer auch gegen den Insider-Politikersprech. »Eine solche Botschaft«, so Eppler gegen Ende seiner Memoiren, »die auch dem Väterlichen und Mütterlichen wieder einen hohen Rang einräumt, würde sehr wohl zu einer modernen Politikerin passen, die zwar die Härte des politischen Geschäfts aushält, aber doch etwas von dem ausstrahlen könnte, was ihr politisch vorschwebt«.

Erhard Eppler: Links leben. Erinnerungen eines Wertkonservativen. Propyläen, Berlin 2015, 336 S., 22,00 €.



Peter Brandt

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.
peter.brandt@fernuni-hagen.de

Karsten Rudolph

Vergangenheit, die nicht ruhen soll

Der Umgang der SPD mit den Hypotheken des »Dritten Reiches«

»In keiner anderen westdeutschen Partei – die bald unbedeutende KPD einmal aufgenommen – wurden nach 1945 so viele Gegner und Verfolgte des Nationalsozialismus politisch aktiv wie in der SPD«, schreibt die Historikerin Kristina Meyer in ihrer kürzlich erschienenen Dissertation, für die sie den Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte 2015 erhielt. »Alle 25 Mitglieder des ersten sozialdemokratischen Parteivorstands nach Kriegsende waren mit dem Verfolgungsapparat des NS-Regimes in Berührung gekommen.« Wer nun allerdings meint, bereits aus diesen Eingangssätzen auf den Inhalt der groß angelegten Studie schließen zu können, der wird sich noch wundern. Denn: Die SPD strich diesen Umstand weder groß heraus, noch machte sie sich zum politischen Sprachrohr einer Politik, die mit der NS-Vergangenheit der deutschen Gesellschaft hart ins Gericht ging. Vielmehr setzte sie auf das scheinbar Naheliegende, nämlich dass die Wähler ihr, als einzige standhaft gebliebene Partei der Demokratie, endlich zu ihrem historischen Recht verhelfen und sie in die politische Verantwortung bringen würden. Doch die SPD wurde darin bald enttäuscht.

*Lautsprecherisches
Beklagen und
»kommunikatives
Beschweigen«*

Die »Mitläuferfabrik«, die mit der bürokratischen US-Entnazifizierungsprozedur errichtet wurde, entließ nämlich nicht nur fanatische Faschisten als Ahnungslose und Täter als Delinquenten; sie produzierte auch Hunderttausende von Deutschen als vermeintliche Opfer der Kollektivschuldthese. So kam es, dass sich bald alle als Opfer betrachteten: als Opfer der Nazis und der Entnazifizierung, des Krieges und der Vertreibung, der Verführung und der gebrochenen Versprechen. In einem »Land der Opfer« konnte eine Verfolgtenpartei somit kaum reüssieren. Aber die Ursachen für die politischen Startschwierigkeiten, mit denen sich die Partei nach 1945 plagte, lagen tiefer. Während sich die Deutschen nach außen lauthals als Opfer hinstellten, beschwiegen sie nach innen beredt ihre Vergangenheit. Lautsprecherisches Beklagen und »kommunikatives Beschweigen« (Hermann Lübke) bildeten eine Seite der Medaille. In der SPD wusste man um die komplizierte Herausforderung, die zweite Demokratiegründung zu einem Erfolg zu führen. Anders als 1918, als nur ein Teil der Deutschen noch mental im Kaiserreich lebte, hatte man es nach 1945 mit einer Mehrheitsbevölkerung zu tun, die tief in die Verbrechen der NS-Diktatur verstrickt war. Der anfängliche Kurs Kurt Schumachers, der für die Minderheit der Unbescholtenen stand, mit den Nationalsozialisten und ihren Helfershelfern schonungslos abzurechnen, stieß auf wachsenden Widerwillen. Er drohte die SPD als rechthaberische, doktrinaire und letztlich erfolglose Demokratie-, Antikriegs- und Antinazipartei zu isolieren. Denn die Mehrheit der Deutschen hatte der Demokratie keine Zukunft mehr gegeben (oder sie nicht mehr miterlebt), hatte im Krieg mitgekämpft oder sich mit dem NS-System wenigstens arrangiert. Der als »Halbjude« im Dritten Reich diskriminierte, spätere Schatzmeister der SPD, Wilhelm Dröscher, und seine Frau Lydia nahmen denn die SPD auch »vor allem als Partei alter Männer wahr, die rückwärtsgewandt lebten und den jungen Tatkräftigen keine Plattform« boten – so berichtet es deren Tochter Barbara. Die SPD bemühte sich deswegen um eine differenzierte Haltung: Sie verurteilte die NS-Größen, die Angehörigen der Funktionseliten und Kriegsverbrecher, öffnete sich aber gegenüber den Jungen, die unter dem Hakenkreuz groß geworden waren, den Soldaten und niedrigen Rängen der Waffen-SS, den »kleinen« Nationalsozialisten, Verführten und Idealisten, denen man nun eine zweite Chance – die Bewährung in einer demokratischen Partei – bot. Gesinnungsethisch mochte diese Differenzierung deprimierend wirken; erfolgsethisch gab es zu einer solchen Haltung, die auf Versöhnung zielte, kaum eine Alternative. Denn eine Demokratie lässt sich auf Dauer kaum gegen eine Mehrheit politisch korrekt ausgegrenzter Bürger/innen errichten. Sämtliche erfolgreiche Transformationen diktatorischer Systeme in demokratische bestätigen dies.

Insoweit ist es nicht überraschend, aber die Studie von Kristina Meyer arbeitet es zum ersten Mal klar und deutlich heraus, dass die SPD sowohl für die Verabschiedung des sogenannten 131er Gesetzes als auch für das Wiedergutmachungsgesetz eintrat. So sollten u.a. wieder diejenigen nebeneinander arbeiten bzw. versorgt werden können, die seit 1933 oder seit 1945 aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden waren. Der Umgang mit dem Widerstand des 20. Juli stand in einer ähnlichen Linie. Die SPD verzichtete auf die Hervorhebung der eigenen Widerstandstradition zugunsten des – so Meyer – »Versöhnungsnarrativs einer klassen- und lagerübergreifenden Verschwörung«. Erst später fiel auf, dass die »Männer des 20. Juli« nach einem erfolgreichen Attentat gegen Hitler keineswegs den Aufbau einer lupenreinen Demokratie im Auge hatten. Doch zugleich verlangte die staatstragende Erinnerung an

das Attentat den Unionsparteien und der FDP einiges ab. Die aus ihren Reihen kommende Rede von Widerstandskämpfern als Vaterlandsverrättern konnte nämlich auf Dauer kaum aufrechterhalten werden.

Der Wandel der SPD von einer sozialistischen Arbeiterpartei zur (linken) Volkspartei wird zumeist mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms auf dem Godesberger Parteitag verknüpft und als Absage an eine marxistische Orthodoxie verstanden. Die Studie von Meyer zeigt jedoch nebenher, dass dies zu kurz greift. Das Godesberger Programm klammerte die NS-Vergangenheit aus und verzichtete darauf, die Partei als entschiedene Gegnerin des NS-Regimes zu profilieren. Stattdessen stand die Abwehr des Kommunismus vornan. Die Öffnung der Partei war eben nicht nur ein Angebot an die Mittelschichten, sondern auch an all diejenigen, die keine Opfer oder Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Die Volkspartei öffnete ehemaligen Volksgenossen den Weg in die moderne SPD.

Gleichwohl wäre es verfehlt, wenn man der SPD keine besondere Sensibilität im Umgang mit der NS-Vergangenheit zubilligen würde. Denn sie war die einzige Partei, die sich mit Gesetzesinitiativen gegen die Beleidigung und Verhöhnung von NS-Gegnern und NS-Opfern oder gegen das Leugnen des Völkermords und rassistischer Verfolgung einsetzte. Anders und vor allen anderen sprach sie den systematischen Mord an den Juden an, bekannte sich als einzige politische Kraft von Beginn an zur Wiedergutmachung des Unrechts an den Juden und trat antisemitischen und neonazistischen Aktivitäten dezidiert entgegen.

Nun hätte die Große Koalition als eine »Regierung der nationalen Versöhnung« 1966 den Schlusstrich unter die NS-Vergangenheit ziehen können, doch es kam bekanntlich ganz anders, oder, wie Meyer schreibt, es kam zu einem »anderen Schlusstrich«. Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1969 *Der »andere« Schlusstrich* meinte Willy Brandt selbst, jetzt habe Hitler endgültig den Krieg verloren. Die Neue Ostpolitik setzte dann einen Schlusstrich unter die Spätfolgen des Krieges und sorgte endlich für einen stabilen Frieden und für Entspannung, Verständigung und Aussöhnung in Europa.

Doch auch dieser andere Schlusstrich sorgte keineswegs für ein Ende der Debatten um die NS-Vergangenheit. Ganz im Gegenteil. Wenn auch nicht gleich immer die ganze Partei, so waren es doch stets Sozialdemokraten, die diese Vergangenheit nicht ruhen lassen wollten. Sie regten die wissenschaftliche Erforschung des Arbeiterwiderstands an, gaben den Anstoß für das Projekt »Bayern in der NS-Zeit« oder empfahlen dem WDR den Kauf und die Ausstrahlung der US-TV-Serie *Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss*. Und in den vergangenheitspolitischen Schlachten der Ära Kohl siegten das andere Deutschland und eine SPD, die die historischen Dimensionen ihrer Politik klar erkannte.

Kristina Meyer: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990. Wallstein, Göttingen 2015, 549 S., 42,00 €.



Karsten Rudolph

war MdL in NRW, lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und ist Beirat der NG/FH.

karsten.rudolph@rub.de

Dietmar Herz

Der politische Intellektuelle Peter Glotz

»We've seen it all go and we'll watch it go again; The great thing is to last and get your work done and see and hear and learn and understand; and write when there is something that you know; and not before; and not too damned much after. Let those who want to save the world if you can get to see it clear and as a whole. Then any part you make will represent the whole if it's made truly. The thing to do is work and learn to make it. No. It is not enough of a book, but still there were a few things to be said. There were a few practical things to be said.«

Ernest Hemingway, Death in the Afternoon

War Peter Glotz ein politischer Intellektueller? Diese Frage wurde in den zehn Jahren seit seinem Tod immer wieder, wenn auch in den letzten Jahren seltener, gestellt. Dabei mag der eine oder andere Kommentator mehr an seine Themen als an seine Thesen und Einlassungen denken.

Für Erhard Eppler, der selbst als ein Intellektueller in der Politik gilt, obwohl er sich nicht als solcher sieht, war Peter Glotz ohne Frage – in der Zeit seines Wirkens – der wichtigste intellektuelle Kopf der SPD: »Er konnte im Kreise der anerkannten Intellektuellen durchaus mithalten und trotzdem als Bundesgeschäftsführer der SPD sehr praktische Arbeit leisten, sich auch im politischen Umfeld behaupten. Inzwischen muss man konstatieren: Ein neuer Glotz ist nicht in Sicht. Vielleicht ist diese Verbindung von politischem Alltag mit intellektueller Diskursfähigkeit nicht wiederholbar,« schreibt Eppler in seinen Erinnerungen *Links leben*. Ein Befund, der im Übrigen nicht nur für die SPD gilt, sondern auch ein Defizit anderer Parteien beschreibt. Nils Minkmar hat hierzu, anlässlich des zehnten Todesjahres von Glotz im SPIEGEL Ende 2015 sehr weit-sichtig – und nicht ohne einen Anflug von Melancholie – Erhellendes gesagt: »In seinen Essays und Zeitungsartikeln zitierte Glotz die neuesten Schriften der interessantesten europäischen Denker, verhandelte banale Gegenwart, als wäre sie spannendste Geschichte, und er nahm seine politischen Gegner oft ernster als diese sich selbst. Glotz flog und fuhr wochentags kreuz und quer durch die Republik (...). Er mochte gute Hotels und Maßanzüge und wäre wohl ausgeflippt, wenn man ihm mit Entschleunigung und Achtsamkeit gekommen wäre. Seine poetische Sensibilität floss in sein literarisches Werk ein. Mehrere Tagebuchbände hat er publiziert, sie lesen sich heute wie ein großer Gesellschaftsroman der alten Bundesrepublik.« Einige Zeit zuvor hat Minkmar sich ausführlicher, in der Sache aber ähnlich in seinem Buch *Der Zirkus* geäußert: »Glotz pflegte einen eleganten bis luxuriösen Lebensstil und verteidigte ihn auch. (...) Er war genervt, wenn man ihm einige luxuriöse Pausen von seinem aufreibenden Alltag missgönnte, seinen Geschmack an guten Hotels missbilligte oder ihn deswegen kritisierte, dass seine Bundestagsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter beim Verfassen seiner Bücher und Artikel halfen. Der Mann, der zu meiner Zeit mehr dafür tat als jeder andere, dass die Sozialdemokraten eine moderne Partei waren und nicht bloß das Museum ihrer selbst, nicht bloß politisches Weltkulturerbe, wollte auch ein Leben führen, das nicht

spießig war und nicht unter seinem Niveau. (...) Er (...) konnte mit Intellektuellen aus allen europäischen Ländern diskutieren und machte dabei oft die beste Figur. Als einer der wenigen hielt er noch die Fahne des Internationalismus hoch und lebte wirklich politische Kultur in dem Sinne, dass er das Gespräch auch mit schwierigen Intellektuellen und Wissenschaftlern suchte. (...) Glotz erhöhte permanent die Komplexität. In Zeiten, in denen die Linken und Grünen in immer dolleren Moralorgien schwelgten, in denen der Kitsch den politischen Diskurs verklebte und der Manichäismus dominierte, verwirrte seine stets unvorhersehbare Argumentation und hielt einen auf Trab. Richtig gemütlich wurde es mit ihm nie, heute wäre er ganz aufgeschmissen: Kein Stallgeruch.«

*Er verwirrte,
hielt auf Trab*

Immer aber ein Intellektueller, wie Eppler und Minkmar ihn beschreiben. Ein Parteintellectueller wie vor dem Ersten Weltkrieg Franz Mehring war Glotz aber nicht. Als Bundesgeschäftsführer der SPD war Peter Glotz ein »Modernisierer«, am Anfang und Ende seiner Karriere war er Wissenschaftler. In seinen Schriften und Einlassungen versuchte Glotz, Parteipolitik und intellektuelle Einsicht miteinander zu verbinden und sie in ein Gleichgewicht zu bringen. In seiner erfolgreichsten Zeit konnte er so »Vermittler« zwischen Politik, Literatur, Kunst und Lebensstilen sein. Nicht immer zur Freude der Genossen.

Überlegt man etwas grundsätzlicher, was denn den politischen Intellektuellen Glotz kennzeichnet, dann gerät eine solche Beschreibung oft zu einer Aufzeichnung von Eigenschaften, die zusammengenommen meist kein prägendes Bild ergeben – von einer Definition des Begriffs ganz abgesehen. Das Bild wird noch verschwommener, fragt man nach der Rolle des Intellektuellen in Parteien oder dem politischen Betrieb im engeren Sinne – statt, wie meist üblich, Politik weit zu fassen und dabei in erster Linie an ein politisches Wirken in der Öffentlichkeit zu denken – und dabei stillschweigend eine Distanz zum politischen Betrieb oder Alltagsgeschäft anzunehmen. Gerade Letzteres galt für Glotz nun ganz und gar nicht. Aber Parteipolitik setzt eben auch Grenzen. In diesem Spannungsfeld bewegte sich Peter Glotz.

Verfügt der politische Intellektuelle über eine bestimmte Form der (politischen, intellektuellen) Sozialisation? Meist fällt in diesem Zusammenhang (bei der SPD) als erstes der Name Carlo Schmid. Dieser galt lange als der »Vorzeigeeintellektuelle« der SPD – in Wirklichkeit war er ein nahezu typischer Sprössling des Bildungsbürgertums auf dem Weg zum Gelehrten oder Literaten. In diesem Sinne schildert er seine Erziehung und Selbsterziehung als eine typische »Bildungsbiographie« der Kaiserzeit. Formalbildung kam dabei nur eine untergeordnete Rolle zu. Wichtiger war allemal die Erziehung im Elternhaus. Diese Art der Auseinandersetzung mit Literatur, Kunst und Philosophie ordnete sich auch das Leseprogramm des Studiums unter. Ein solches intellektuelles Profil weist Ähnlichkeiten mit dem Denken anderer Gelehrter der späten Kaiserzeit bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik auf. Man denke an Friedrich Sieburg, den Thomas Mann einen »sonderbaren Kopf« nannte, den bedeutenden Romanisten Ernst Robert Curtius oder einflussreiche Schriftsteller dieser Epoche und der vorausgegangenen, wie Alfred Döblin, Robert Musil oder die in den deutschen Bildungskanon eingegliederten großen russischen Erzähler: Fjodor Dostojewski und Iwan Turgenev, Anton Tschechow und vor allem Leo Tolstoi.

Glotz weist keine solche »Bildungsbiographie« auf. In seiner Autobiografie *Von Heimat zu Heimat* notiert er: »Wir waren anders. Mit achtzehn stierte ich neidisch auf Bilder des Rockstars Peter Kraus, eines Frühstarters meines Jahrgangs 1939, die in Kinoschaukästen hingen. (...) Wie alt war der Verfasser des Gedichts »Zwischen schnei-

denden Bogen« in einer damals berühmten Anthologie? Nur zwei Jahre älter? Wieso war ich – der ich allerdings niemals Gedichte geschrieben habe – noch nicht in ein solches Kultbuch vorgedrungen? Ich haßte das Jugendalter, diesen Vor- und Übungsraum des Lebens, diesen trostlosen Wartesaal, dessen Türen verrammelt zu sein schienen. Wie könnte man sich in die Strukturen der wirklichen Welt einfädeln?« Die biografischen Voraussetzungen führten Peter Glotz – gerade auch durch ihre Überwindung – zur Lebensform des Intellektuellen. Jean Paul Sartres *Die schmutzigen Hände*, Erich Maria Remarques *Im Westen nichts Neues*, das Werk Gottfried Benns, waren erste prägende intellektuelle Erlebnisse. Es sind die Bildungserlebnisse der »skeptischen Generation« (Helmut Schelsky): »Die Argumente und Lebensentscheidungen Hamlets, Franz Mohrs und jenes monologisierenden Parkbank-Burschen aus Edward Albees ›Zoogeschichte‹ beeindruckten uns mehr als Bismarck oder Stalin. (...) Auf fürchterliche Art führte uns Helene Weigel als Mutter Courage vor, wieviel Verrat nötig ist, um durchzukommen. Dazu führen wir sogar nach Berlin. Leidenschaftlich diskutierbare Thesen, klare Rollen, große Schauspieler – die Bühne oder die Leinwand boten uns mehr Futter als Politik, Schule, Universität, Kirche und Elternhaus zusammen« (*Von Heimat zu Heimat*).

**Keine »Aneignung«
der Kultur, sondern
mühsamer Erwerb**

Die Herkunft (aus dem »sudetendeutschen Bürgertum«), die Erfahrung von Flucht und Vertreibung sind die biografischen Wurzeln von Glotz' Intellektualität. Nicht die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht oder Klasse prägen den Intellektuellen, sondern die in jungen Jahren erworbene Distanz. Dabei wusste Glotz um die Wirkmächtigkeit der Biografie – seine besten Schriften, auch die politisch-theoretischen entstammen einem biografischen Kontext. Was für Carlo Schmid eine Aneignung der Kultur war, ist für Glotz doch mühsamer Erwerb, der immer auch an den Lebensstil gebunden ist – und dessen Kern für den »Erwerber« Glotz die Distanz ist.

Diese Distanz behielt er bei, auch als er begann, sich für die SPD zu engagieren und eine Karriere in der Partei zu machen. Er war nun zum politischen Intellektuellen geworden. Das politische Engagement gehörte zu dieser Lebensform. Bei Glotz trat es alsbald sogar in den Vordergrund.

Der Intellektuelle erscheint entweder in der »Politik« oder im »politischen Alltagsbetrieb« (in seinen verschiedenen funktional unterschiedlichen Institutionen, wie Parteien, Verbänden, Parlamenten, exekutiven Ämtern und Verwaltungen). Glotz hat den zweiten Weg gewählt. Dabei blieb er seiner geistigen Freiheit treu – ungewöhnlich für einen sozialdemokratischen Funktionär fühlte er sich sogar zu einer Literatur eher konservativer Provenienz hingezogen. Antonio Gramsci entdeckte er erst später.

Das Leben eines Intellektuellen ist in der deutschen Öffentlichkeit nicht einfach. Anders als in Frankreich, wo die Intellektuellen als Modell für die Politik gelten, wird im deutschen Sprachraum meist ein Gegensatz konstruiert: Das Selbstverständnis des sich als Intellektueller fühlenden Denkers, Publizisten, Redners oder Aktivisten – inner- und außerhalb des politischen Betriebes im engeren Sinne – widerspricht daher dem Bild, das die Öffentlichkeit von dessen Rolle und Bedeutung hat. Im deutschen Sprachraum ist dies zumeist eine kritische, oft polemisch formulierte Ablehnung. Der Begriff »Intellektueller« ist meist mit einem pejorativen Unterton versehen – allzu leicht ersetzt es Zuschreibungen wie »weltfremd«, »naiv«, »theorielastig«. Peter Glotz war sich dessen bewusst. Sein letzter Beitrag »Tod am frühen Nachmittag« in der Zeitschrift Cicero (der an Hemingway gemahnende Titel stammt nicht von ihm, sondern von dem Redakteur, der den Text nach Glotz' Tod veröffentlichte) zeigt, dass er sich bis

zum Ende seines Lebens als einen in erster Linie »politischen« Intellektuellen definierte.

Schreiben – eng verknüpft mit dem Nachdenken über die eigene Biografie – war für Glotz ein wesentlicher Teil seiner Lebensaufgabe, aber nicht genug: »Warum habe ich (...) ein Vierteljahrhundert in dieser deutschen Politik verbracht? (...) Kennedy, Brandt, Kreisky, Palme hatten in uns Hoffnungen geweckt, übertriebene, zugegebenermaßen. Nach ihren Toden oder Ermordungen zog es uns fröstelnd um die Schultern. Der Power-Container des keynesianischen Wohlfahrtsstaats-Modells verlor einen Großteil seiner Macht.«

In seiner Autobiografie konstatiert Glotz ernüchternd aber durchaus selbstbewusst: »Man könnte sich fragen: Wozu all die Bücher, Artikel, Interviews, Vorträge, Reden, Ämter? Wievielen Leuten hat man wirklich geholfen, wieviele hat man angeregt, wieviele wenigstens amüsiert? Solche Kinderfragen habe ich mir im vollen Lauf nie gestellt. Jetzt fange ich damit nicht mehr an. Besser eine ›vita activa‹ als ergebnisloses Schürfen nach dem Sein!«

Peter Glotz war letzten Endes ein »Fremdkörper« in der Parteipolitik (mehr als in seinen exekutiven Ämtern), er richtete sein Leben an den Grundsätzen einer selbstgewählten *vita activa* aus. Dabei ist seine (biografische) Selbstbeschreibung im Grundsatz folgerichtig. In diesem Sinn war er – trotz Parteizugehörigkeit und wichtiger Parteiämter und der gelegentlich notwendigen, damit verbundenen Disziplin – ein politischer Intellektueller.

Die Schlussequenz von Hemingways *Death in the Afternoon* kann durchaus mit Blick auf das Wirken des politischen Intellektuellen Glotz gelesen werden.



Dietmar Herz

ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Erfurt, Lehrstuhl Vergleichende Regierungslehre, und Vorsitzender des Beirates der Willy Brandt School of Public Policy.

dietmar.herz@uni-erfurt.de

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Kurt Beck, Sigmar Gabriel, Klaus Harpprecht, Jürgen Kocka, Thomas Meyer und Bascha Mika

Redaktion

Thomas Meyer (Chefredakteur und verantwortlich), Jana Heisel, Hanjo Kesting, Dirk Kohn, Klaus-Jürgen Scherer, Clemens Kind (Internet)

Redaktionsberater

Peter Brandt, Johano Strasser

Anschrift Redaktion

Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, T (030) 26935 7151, -52, -53
F (030) 26935 9238, www.ng-fh.de, ng-fh@fes.de

Redaktionsbeirat

Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Eckhard Fuhr, Susanne Gaschke, Gerhard Hofmann, Richard Meng, Wolfgang Merkel, Siegmars Mosdorf, Herfried Münkler, Karin Priester, Karsten Rudolph, Hans-Joachim Schabedoth, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wolfgang Thierse, Volker Ullrich, Heidemarie Wiczorek-Zeul und Christoph Zöpel

Verlag

Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn,
T (0228) 184877-0, F (0228) 234104, www.dietz-verlag.de
Geschäftsführer: Michael Dauderstädt, Amtsgericht Bonn HRB 887,
Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 122118114

Bezugsbedingungen

Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag.

Vertrieb: Heidemarie Pankratz (heidemarie.pankratz@dietz-verlag.de)

Die NG/FH erscheint zehnmal im Jahr (Heft 1+2 und 7+8 als Doppelheft).

ISSN 0177-6738.

Einzelheft: € 5,50; Doppelheft: € 10,80 (zzgl. Versand); Jahresabonnement: € 50,60 (frei Haus). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1.1.2015, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH
Flora Frank (flora.frank@dietz-verlag.de)

Gestaltungskonzept

tiff.any GmbH, Berlin

Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung

Limberg Druck GmbH, Kaarst

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.